

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis: Prämienantrag  
 Vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM.,  
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzige Nummer 5 Pf., Sonntag-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Frei-  
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Ausschluss der  
 Deutsch- und Österreich-Ungarn-  
 Post, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 erste oder dritte Raum 50 Pf., für  
 politische und werblich-anzeigen  
 und Vernehmlichungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das sechsgewöhnliche  
 Wort 20 Pf., (zufällig 2 sechsgewöhnliche  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,  
 Geschäftspläne und Geschäftsverhand-  
 lungen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Wespele“,  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Reminiszenzen.

Zwei umfangreiche Militärvorlagen sind in den beiden letzten Jahren vom Deutschen Reichstag bewilligt worden. Als vor etwa Jahresfrist über die Aufhebung und Ausdehnung des erst 1911 beschlossenen Duinquennats verhandelt wurde, gaben die Redner aller Parteien der Meinung Ausdruck, daß in einigen Jahren (Herr Müller-Reinigen glaubte in kaum drei bis vier Jahren) weitere Militärforderungen kommen würden. Die Herren waren allzu optimistisch; Kosch kann nicht einmal ein paar Jährchen warten. Nicht ganz 12 Monate später wird von den Verbündeten Regierungen die größte Militärvorlage angekündigt, die das deutsche Volk je gesehen hat, angekündigt mit einer Selbstverständlichkeit und einer derart vagen politischen Begründung, daß man entsetzt sein könnte, wenn es überhaupt noch lohnte, sich über die Ergebnisse Vehmännischer Regierungswissenschaft zu entsetzen. Worüber man aber mit Recht erstaunt sein dürfte, das war, wenn man die anfänglichen oppositionellen Redensarten des Zentrums verdichtermassen unbeachtet läßt, die begeisterte Aufnahme, die diese ungeheuren, noch nie dagewesenen Forderungen bei den bürgerlichen Parteien gefunden haben.

Tausend Millionen Mark für einmalige und zweihundertvierzig bis zweihundertfünfzig Millionen für dauernde Zwecke sind gewiß kein Pappenstiel, sondern Unsummen, die keine Volksvertretung der Welt ohne die allergewissenhafteste Prüfung genehmigen dürfte. Im deutschen Vaterlande aber erhebt sich, abgesehen von der Sozialdemokratie, kaum eine einzige warnende Stimme gegen diese Mißempfindung. Und was da warnt, tut's zum größten Teil deshalb, weil sich herausgestellt hat, daß auch die besitzenden Klassen diesmal in den Beutel werden greifen müssen. Das ist, bei aller imperialistischen Verblendung der deutschen Bourgeoisie, die wir als mildernenden Umstand anerkennen wollen, ein solch starkes Zeichen des Niedergangs, daß man sich fast schämen könnte; besonders wenn man sieht, wie in Frankreich der Widerstand gegen die militärischen Tollheiten immer weitere Kreise zieht.

Da ist es gewiß nicht ohne Nutzen, sich der Jahre 1892/93 zu erinnern und die Zeit ein wenig ins Gedächtnis zurückzurufen, die zum letzten Male einen energischen parlamentarischen Widerstand bürgerlicher Parteien gegen eine große Militärvorlage sah, und die auch sonst noch, wie wir sehen werden, mancherlei Ähnlichkeiten mit der heutigen aufweist.

Da die neue Militärvorlage dem Reichstage noch nicht zugegangen ist, sind ihre Einzelheiten noch unbekannt, aber wir kennen aus den Veröffentlichungen der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ alles das, worauf es in der Hauptsache ankommt. Man darf auch sicher sein, daß die schriftliche Begründung der Vorlage wenig Neues bringen, und daß ihre Einführung im Reichstage durch den Reichskanzler höchstens langatmiger und phrasenreicher sein wird als das, was man bis zur Stunde der Öffentlichkeit mitgeteilt hat.

Genau wie 1892/93 beabsichtigt die Regierung heute, die allgemeine Wehrpflicht durch Heranziehung aller diensttauglichen durchzuführen. Bereits Ende der achtziger Jahre hatte die Regierung danach gestrebt; sie mußte aber ihre Pläne zurückstellen, weil der Reichstag die hierfür nötigen großen Geldmittel nicht bewilligen wollte. Im Jahre 1890 hatte der Reichstag drei Resolutionen Windthorst angenommen, von denen die erste, die sich besonders gegen diesen Gedanken ausspricht, lautete:

„Die Erwartung auszuspochen, daß die Verbündeten Regierungen Abstand nehmen werden von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst durchgeführt werden soll, indem dadurch dem Deutschen Reiche unerschwingliche Kosten erwachsen würden.“

Auf den Voden dieser Resolution stellte sich fast das gesamte Zentrum, und besonders der inzwischen verstorbene Dr. Lieber vertrat energisch den ablehnenden Standpunkt seiner Partei. Einen ebenso ablehnenden Standpunkt nahmen die Freiwillichen ein — die scharf gegnerische Stellung der Sozialdemokratie war selbstverständlich —, während die übrigen größeren Parteien des Reichstages nur kleine, unwesentliche Schönheitsfehler an der Militärvorlage zu entdecken vermochten, im übrigen aber für ihre Durchführung eintraten. Auch die damalige Militärvorlage war, ebenso wie die heutige, die größte, die bis dahin dem Volke präsentiert worden war, aber die Kosten der damals größten Militärforderung waren unendlich viel geringer als die der jetzigen. Mit vierundsechzig Millionen Mark für dauernde Zwecke betrug sie nur ein Viertel und mit zweiundsechzig Millionen Mark einmaliger Ausgaben gar nur den sechszehnten Teil der heute verlangten Summen. Aber selbst diese Forderungen wurden damals von der großen Mehrheit der Volksvertreter als eine viel zu weitgehende Belastung empfunden und von manchen Rednern, nicht nur der Sozialdemokratie, als unerschwinglich bezeichnet. Und diese Auffassung der Abgeordneten war damals die allerdings nur sehr gemäßigte Wiedergabe der Stimmung fast des gesamten Volkes. Und Eugen Richter sagte bei der zweiten Lesung der Vorlage wörtlich:

„In keinem Parlament der Welt ist meines Wissens jemals eine solche Militärvorlage gemacht worden, die einer Volksvertretung das anfaßt, mit einem Schlage eine solch hohe, neue

Belastung des Friedensstaats zu übernehmen, wie es in der gegenwärtigen Vorlage der Fall ist.“

Und obgleich die Regierung 1893 mit dem Geschenk der zweijährigen Dienstzeit kam, lehnte der Reichstag am 6. Mai die Militärvorlage mit 210 gegen 182 Stimmen ab, und es bedurfte einer Auflösung des Reichstages, um die Mehrheit der Volksvertreter zur „Räson“ zu bringen. Wenn man diese zwei Jahrzehnte zurückdenkt, so erschrickt man fast bei dem Gedanken, daß die bürgerlichen Parteien heute ohne jede Opposition das Vielfache dessen bewilligen werden, was die Regierung 1893 ohne Neuwahlen und heftige Kämpfe nicht erreichen konnte. Welche außerordentliche Veränderungen haben sich in diesen zwei Jahrzehnten im Denken und Leben der deutschen Bourgeoisie vollzogen! Die expansiv imperialistischen Tendenzen haben in den ausschlaggebenden Kreisen, jedenfalls in ihrer augenblicklichen parlamentarischen Vertretung, eine Stimmung erzeugt, die bereit ist, geradezu mit Hurra unerhörte Mißempfindungen in das Danaidenfaß des Militarismus zu schleudern. In dieser Situation ist die Aufgabe der Sozialdemokratie eine doppelt schwere, aber um so freudiger wird sie sie, im Interesse der breiten Schichten des Volkes, erfüllen.

## Wahnsinniges Morden.

So soll also der Balkankrieg nicht zu Ende gehen, ohne die letzten und sinnlosesten Greuel, die der Krieg in sich birgt, den Völkern als abschreckendes Beispiel vor die entsetzten Augen zu stellen! Man stelle sich nur den verbrecherischen Wahnsinn der Armeeführer, die die armen bulgarischen Soldaten zum mörderischen Sturm treiben, in seiner ganzen Abscheulichkeit deutlich vor: Das Schicksal des Krieges ist entschieden, über alle wesentlichen Friedensbedingungen sind die Mächte einig. Adrianopel wird den Bulgaren gehören. Aber die bulgarischen Generale sind damit nicht zufrieden. Ihr Ehrgeiz fordert neuen Kriegsrühm. Und so werden Tausende neuer Menschenleben geopfert, um die Stadt, die so lange alle Schrecken der Belagerung hat aushalten müssen, im Sturm zu nehmen. Menschenopfer unerhört werden geschlachtet, sinn- und zwecklos. Aber muß nicht in dieser Sinnlosigkeit die verbrecherische Torheit des Krieges notwendig gipfeln? Der Krieg ist die Barbarei und die Wildheit. Die Vergewandung von Gut und Blut ist für ihn eine Selbstverständlichkeit. Deshalb ist eine Kulturmach nicht diese letzte Waffentat allein, sondern der Krieg überhaupt ist für unser Bewußtsein eine Schande und ein Verbrechen geworden, denn wir Sozialisten wissen, daß es für die Aufgaben, die der Menschheit gestellt sind, andere Lösungen gibt als die durch den Schlachtenmord. Und die, die die Notwendigkeit des Krieges behaupten, gestehen im Grunde genommen nur die Ohnmacht jener Gesellschaftsordnung ein, die sie verteidigen und wir bekämpfen, und sprechen ihr zugleich das schärfste Verdammungsurteil.

Der Fall Adrianopels, so schwere Opfer er auch gekostet hat, wird an den Friedensbedingungen, wie gesagt, kaum mehr etwas ändern. Denn Adrianopel war ja für die Türkei längst verloren. Und sein Fall beweist aufs neue, welche Torheit es war, daß die Jungtürken damals Kiamil Pascha gestürzt haben. Hat doch der Umsturz der Türkei nur neue größere Opfer aufgelegt, die Friedensbedingungen noch ungünstiger gestaltet und den Krieg unnütz verlängert. Nur Feuilletonisten, denen kindliche Freude über eine schöne Geste das Urteil bestimmt, konnten damals meinen, daß das, was ein Zeichen der Zerfegung war, den Anfang einer Wiedergeburt bedeute. In Wirklichkeit haben die Jungtürken das Schicksal der Türkei nicht zu ändern vermocht und nur den Krisenzustand für Europa verlängert, ohne ihrem eigenen Lande im geringsten zu nützen.

Aber nicht nur vor Adrianopel sind unglückselig Tausende geopfert worden, sondern auch an der Tschataldtscha-Linie wird gekämpft. Die energischen Erklärungen, die im englischen Unterhause von der Regierung abgegeben worden sind, lassen aber hoffen, daß nunmehr dem strengen Spiel endlich ein Ende gesetzt wird. Dies ist um so notwendiger, da nach dem Falle Adrianopels die bulgarische Belagerungsarmee für den Vormarsch frei würde und der so vermehrten Angriffsmacht die türkische Armee auch hinter Tschataldtscha kaum mehr gewachsen wäre.

In der Skutari-Frage ist ein neuer Zwischenfall eingetreten. Während die montenegrinische Regierung auf das Drängen Oesterreichs und der Mächte hin in den Abzug der Zivilbevölkerung endlich eingewilligt hat, weigert sich jetzt der Kommandant von Skutari Essad Pascha, diesen Abzug zu bewilligen. Die Mächte werden nunmehr also auch die Pforte bewegen müssen, ihrem Kommandanten die entsprechenden Weisungen zu geben.

Es sei bei dieser Gelegenheit noch daran erinnert, daß auch vor zwanzig Jahren schon das härteste Argument der Regierung der Krieg nach zwei Fronten war, den der Freiherr von Stumm damals als nahe bevorstehend bezeichnete, während der Reichskanzler besonders den Krieg mit Rußland an die Wand malte. Man meint Vehmänn-Hollweg sprechen zu hören, wenn man sich der Caprivischen Worte erinnert, daß es sich bei der Militärvorlage um die Ehre, das Dasein und die Zukunft Deutschlands handle. Davon kann natürlich nicht die Rede sein, und viel mehr als um die Ehre Deutschlands handelt es sich um falsche politische Voraussetzungen überhaupt und um die wechselnden Ansichten der militärischen Sachverständigen, die keinen Anspruch machen können auf unbedingte Zuverlässigkeit. Hierüber waren die Meinungen von jeher sehr geteilt und in hohem Maße von der Stellung abhängig, die diese sogenannten Sachverständigen in der Militärverwaltung einnahmen.

Diese verschiedenen und wechselnden Auffassungen über die Kopfzahl und Organisation der Truppen sind geblieben, und an der Wiege der neuen Vorlage haben sie in hartem Kampfe miteinander gelegen.

## Die Erstürmung Adrianopels.

Die Uebergabe.

Sofia, 26. März. Die Agence telegraphique bulgare meldet: Die Bulgaren haben Adrianopel eingenommen. Schneuri Pascha hat sich um 2 Uhr nachmittags dem General Juansoff ergeben.

Die Eroberung der Ostfront.

Sofia, 26. März. (Meldung der Agence Bulgare.) Heute bei Tagesanbruch bemächtigten sich die Bulgaren nach einem kühnen Angriff der ganzen Ostfront der Festung Adrianopel mit den Forts Kivassaba, Aidchioglu, Kestenk, Kurtscheich, Jildiz-Tabia, Topoln und Kavkas-Tabia sowie sämtlicher Batterien dieser Forts. Die Bulgaren haben jetzt auf diesen Forts eine feste Stellung inne.

Der Angriff im Süden.

Sofia, 26. März. Die achte Division aus Tandja besetzte auf dem südlichen Sektor vor Adrianopel die vorgehobenen Stellungen des Feindes, nachdem sie 20 Kanonen und Maschinengewehre erbeutet und 800 Türken gefangen genommen hatte. — Gegen 5 Uhr nachmittags näherten sich die Truppen auf 300 Schritte den Forts, die anzugreifen sie sich ansetzten.

Brand und Panik.

Sofia, 26. März. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Türken in Adrianopel haben alle Depots in Bajdini, Kemur, Hodilik, Raik und Karaghöjn, das Arsenal und das Artilleriedepot, ferner die kleinen Kasernen zwischen Janik, Kifala und dem Spital, sowie die Kasernen im Norden der Stadt in Brand gesteckt. Die Flammen vorheeren an zahlreichen Punkten die Stadt. Die Bevölkerung flüchtet in wahnsinniger Aufregung längs der Befestigungslinien. Nach Informationen aus nichtamtlicher Quelle soll ein bulgarisches Regiment heute morgen Adrianopel betreten haben.

Eindringen der Kavallerie.

Sofia, 26. März. Nach Mitteilungen aus glaubwürdiger Quelle ist bulgarische Kavallerie in Adrianopel eingedrückt.

Begeisterung in Sofia und Petersburg.

Sofia, 26. März. Die Nachrichten aus Adrianopel haben bei der Bevölkerung stürmische Begeisterung hervorgerufen. Die Stadt ist reich geflaggt. Die freudige Erregung ist unbeschreiblich.

Petersburg, 26. März. Dem Präsidenten der Reichsduma wurde heute nachmittag 4 Uhr eine Depesche überreicht, daß Adrianopel gefallen sei. Die Nachricht wurde sofort im Saale bekannt und rief begeisterte Hurrarufe hervor. Der Redner hielt inne. Abgeordneter Krupenski betrat die Tribüne und rief aus: „Adrianopel ist gefallen! Hurra!“ Stürmischer Beifall erfüllte den Saal. Die Abgeordneten und das Publikum erhoben sich und brachen in langanhaltende Hurrarufe aus.

## Kämpfe bei Tschataldtscha.

Sofia, 26. März. (Meldung der Agence Bulgare.) Bei der Tschataldtschalinie wurde vorgestern nachmittag die türkische Vorhut von einer Division der Vorhut der bulgarischen Truppen geschlagen, worauf die bulgarischen Truppen einen allgemeinen Angriff ausnahmen und die Dörfer Delepec, Indjes, Subaschn und Serbeli besetzten; die Türken ziehen sich zurück.

## Die Skutariffrage.

Cetinje, 26. März. (Amtlich.) Nachdem die Vertreter der Großmächte bei der montenegrinischen Regierung einen Kollektivbrief unternommen haben, damit der nicht am Kampfe beteiligten Bevölkerung Skutaris gestattet werde, die Stadt zu verlassen, fand der Oberkommandant Erbprinz Danilo durch einen Parlamentär einen Brief an Essad Pascha, worin er ihm bekannt gab, daß der König der nicht am Kampfe beteiligten Bevölkerung freien Abzug binnen 30 Stunden gewähre. Essad Pascha erwiderte brieflich, er danke für diesen Edelmut, könne jedoch das Anerbieten nicht annehmen, da er von seiner Regierung hierzu nicht ermächtigt sei.

## Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten.

London, 25. März. Nach der Rede Grens ergriff in der Debatte auch Asquith das Wort und sagte unter anderem: Die Türkei und die Verbündeten sollten einsehen, und ich hoffe und glaube, daß sie es einsehen, daß sie bei einer Fortsetzung des Kampfes absolut nichts zu gewinnen haben. Völlige Unparteilichkeit und Willigkeit werden die Entscheidungen der Mächte in allen den Fragen, welche sie sich vorbehalten haben, kennzeichnen, und es liegt gleichmäßig im Interesse beider Parteien, daß die Verständigung rasch erreicht wird, und daß die nutzlosen Opfer an Gut und Blut aufhören. Ich hoffe, es wird als das wohlwertigste Urteil des Hauses zu allen Parteien hinausdringen, daß nach unserer Meinung die Zeit gekommen ist, daß dieser schreckliche Krieg sein Ende finde.

## Verhaftungen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 26. März. Eine Anzahl Personen, angeblich fünfzehn, wurden wegen Teilnahme an einem politischen Komplott verhaftet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. März 1913.

### Eine andere Couleur.

Die Konfusion in der Redaktion der „Neuen Zeit“ nimmt immer bedenklichere Formen an; bereits ist sie so weit gediehen, daß die heutige Morgennummer selbst die weiße Folgerungen verspottet, die der Verfasser des Leitartikels der letzten Sonntagnummer aus dem Attentat auf den Griechenkönig gezogen hatte. Während der Stridlar, der ausstößigste des Sonntagartikels fabriziert hat, von dem Attentäter Schinos zu beweisen suchte, daß er nicht geisteskrank, sondern ein Sozialdemokrat sei, für dessen Tat die Verteilung der deutschen Sozialdemokratie zum mindesten eine Mitverantwortlichkeit trage, da sie ja außerhalb sei, die Leidenschaft eines einzelnen aufgehetzten und verwirrten Menschen im Zaume zu halten, meint der Verfasser des Ueberblicks über die Ähäre Politik, Herr Professor L. Schiemann, in der heutigen Morgennummer, daß wahrscheinlich die Gerichtsverhandlung „die völlige sittliche Inhabilität des Mannes“ darzutun werde, der als Kind jener anarchischen sittlichen Krankheitsperiode betrachtet werden müsse, die in Deutschland glücklich seit Jahrzehnten überwunden sei. Herr Schiemann schreibt nämlich:

„Das ruflose Verbrechen ist, wie wir hoffen, der letzte Ausläufer der Königinmorde, welche die Schande des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts bilden. In Deutschland sind die ihr Ziel nicht erreichenden Attentate von Dodel und Nobiling Symptome einer zum Glück überwundenen ephemerischen Krankheitsperiode gewesen. Die großartige soziale Gefeggebung Kaiser Wilhelms I. und ihr Ausbau bis in die Gegenwart hinein hat dem deutschen Sozialismus seinen anarchischen Giftzahn genommen. Auf slavischen, halbslavischen und romanischen Boden aber wirkt das sozialistische Wurzel aufwachsende Gift des Anarchismus fort, und weber in Frankreich, noch in Rußland, noch in Spanien und Portugal ist es erstorben. Alexander I., Carlos von Portugal, König Humbert sind ihm zum Opfer gefallen, in Frankreich Sadi Carnot, in Oesterreich die Kaiserin Elisabeth, überall aber läßt sich der Zusammenhang verfolgen, der die Würder ihrer Rechtfertigung in Doktrinen suchen ließ, die auf dem Boden des Sozialismus entstanden und zu anarchischen Anschauungen auswuchsen. Auch jener Schinos, dessen Opfer König Georg wurde, rühmte sich, Sozialist zu sein, und fand darin die Rechtfertigung seiner Tat. Es war ein über, bezommener Mann, der den Begriff des Vaterlandes ebenso über Bord geworfen hatte, wie die heilige Scheu, die in aller Welt das Sanktobershaupt harrt. Wir fühlen keinen Verur, seine Psyche zu analysieren. Wahrlich einleuchtend wie die Gerichtsverhandlung die völlige sittliche Inhabilität des Mannes darzutun.“

Nachdem der eine Mitarbeiter des Blattes den anderen so schön als unwissenden Phrasen charakterisiert hat, können wir uns jede weitere Kritik ersparen.

### Die Teuerung.

Wie in früheren Jahren veröffentlicht das „Reichsarbeitsblatt“ eine Zusammenstellung über die Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im letzten Jahre. Wenn allgemein eine ganz beträchtliche Preissteigerung gegenüber 1911 konstatiert wird, so gilt das nicht nur für das Jahr 1912. Auch heute bewegen sich die Preise auf ungefähre der gleichen Höhe wie im Vorjahr; zum Teil stehen sie sogar noch über dem Durchschnittspreise von 1912. Beim Rindfleisch vollzog sich die Preisentwicklung so, daß am Jahresanfang 1912 die Preise unter dem Durchschnitt standen; sie stiegen dann bis zu ihrem Höchststand im Spätherbst und gingen in den beiden letzten Jahresmonaten um ein geringes zurück. Aber nur in Berlin führte dieser Rückgang unter den Jahresdurchschnitt. Ähnlich ist die Preisbildung beim Kalbfleisch und beim Hammelfleisch vor sich gegangen. Auch hier ergeben sich allenthalben höhere Jahresdurchschnitte als 1911. Eine von dem Jahre 1911 abweichende Richtung haben im Jahre 1912 die Durchschnittspreise für Schweinefleisch genommen, insofern, als dem 1911 eingetretenen Preisrückgang nunmehr eine erhebliche Preissteigerung gefolgt ist, die in allen Berichtsorten noch über den Stand von 1910 hinaufreicht. Die Preissteigerung war erheblich als die bei allen anderen Fleischsorten. Sie betrug z. B. in Posen 23 Pf. pro Kilo. Auch unterscheidet sich hier die Preisentwicklung von der der übrigen Fleischsorten insofern, als nur ganz vereinzelt ein Sinken gegen Jahreschluss eintrat. In den meisten Orten blieb sie im Steigen, in einigen hielt sie sich auf dem Höchststand vom Herbst. Für die Ernährung der breiten Massen, die sich allenfalls noch Schweinefleisch leisten konnten, ist diese Preisentwicklung von besonderer Bedeutung. (Recht als die Hälfte des deutschen Fleischverbrauchs entfällt auf Schweinefleisch.) Auch die Milchpreise sind gegen 1911 weiter gestiegen. Das gleiche gilt in erhöhtem Maße von den Futter- und Tierpreisen.

Was den Verbrauch an Nahrungsmitteln anbetrifft, so wird er zunächst durch einen starken Rückgang der Schlachtungen charakte-

risiert. Wie im Jahre 1911, so ist auch 1912 die Zahl der gemetelt geschlachteten Ochsen, Bullen, Jungriinder, Rube und Kalber zurückgegangen. Im Gegensatz zu 1911 haben aber auch die Schlachtungen der Ziegen und vor allem der Schweine abgenommen. Gesunken ist nur die Zahl der Schlachtungen bei den Pferden und Schafen.

Nach den vom Reichsgesundheitsamt aufgestellten Zahlen, die bekanntlich viel zu hoch angenommen sind, ergibt sich für das Jahr 1912 ein durchschnittlicher Gesamtfleischverbrauch pro Kopf von 53,2 Kilogramm. Der Fleischverbrauch der deutschen Bevölkerung stand danach um 0,9 Kilogramm unter dem des Vorjahres. Da schon der frühere Verbrauch vom Gesundheitsamt als nicht ausreichend beurteilt wurde, hat er im vergangenen Jahre noch eine weitere Verschlechterung erfahren. Das Junkertum fragt nichts nach der Gesundheit des Volkes!

## Militär-„Reformen“ des Zentrums.

Es ist eine alte Geschichte, daß das Zentrum um seiner Wähler aus dem Arbeiterstande willen bei allen die Volkinteressen har! berührenden Vorlagen größtmögliche Spiegelschere treibt, um die Zentrumswähler aus den unteren Volksschichten zu täuschen, wenn ihnen von den Reichstagsvertretern des Zentrums schwere Lasten auferlegt werden. Trotz allen inneren Klubschens ist das Zentrum offenbar entschlossen, die neuen Militärlasten zu bewilligen, schon um sich die Gunst der Regierung nicht zu verfahren. Aber das geht nicht auf geradem Wege, den Zentrumswählern muß wenigstens soviel Dunst vorgemacht werden, daß sie das verwerfliche Treiben der von ihnen Erwählten nicht mehr zu sehen vermögen. Ein Musterbeispiel, wie das gemacht wird, gibt die „Noblinger Volkszeitung“, das Blatt des Zentrumsgesandten Dr. Markow, in ihrer letzten Nummer. Ein Leitartikel beschäftigt sich dort mit der Militärvorlage. Von vornherein wird zugestanden, daß der Reichstag die neuen Forderungen nicht werde verweigern können. Und dann kommt die für die Zentrumswähler berechnete Spiegelschere: „Freilich, er (der Reichstag) wird es nicht leichtens verweigern tun, denn die Last der Rüstungen wird fast übermächtig für die Schultern des Volkes, und er wird streng zu prüfen haben, inwieweit das auswärtige Amt und das Kriegsministerium mitschuldig daran sind, daß eine derartige Vorlage als notwendig zu betrachten ist.“

Die Volksoberleitung muß „rücksichtslos streichen“, so wohl im gewöhnlichen Etat wie in der neuen Vorlage, wo etwas an unnützen Ausgaben gestrichen werden kann. Eine einfache und praktische Einheitsuniform muß angeschafft werden, welche für ebenso prunkvolle als unnütze und überflüssige Kostüme zum Fenster hinausgeworfen werden, eingeführt werden.“ Nur unter der Bedingung der praktischen und einfachen Uniformierung darf die neue Heeresvorlage bewilligt werden.

„Also fort mit den blauen, braunen, grünen, roten, schwarzen Husarenjaden, fort mit den Gradabzeichen, den Büschen, Lifen und Treppen der Gardeinfanterie und der Grenadierregimenter, fort mit den Kürassen und Kollern der Kürassiere, mit den Pelzen und mit all solchem Schamwerk, das beim Dienst im Felde wegfällt. Es ist dies... eine gewaltige Ersparnis, die nach vielen, vielen Millionen zählt.“

Weiter verlangt der Militärfaktor des Zentrums, daß „alle überflüssigen Repräsentationskosten: Gouverneure offener Städte, Gouverneure von Festungen (Kommandanten genügen voll-), ohne jede Ausnahme gestrichen werden.“ Dann wendet er sich gegen die Adjutantur der Fürsten und fordert Wegfall „aller überflüssigen Reife- und Pferdegelber.“ Mit dem bisherigen Pensionierungssystem „müsse ein für allemal gebrochen werden“; heute müßten tüchtige Männer in den besten Jahren in Unfähigkeit und Philistertum gehen, obwohl sie dem Heere noch bedeutende Dienste tun könnten. „Für prunkvolle Dienstwohnungen und Kasinos ist in Zukunft kein Pfennig mehr zu haben“ usw., usw., bis es zum Schluß des Artikels heißt: „Nebenfalls aber ist es Sache des Reichstags, nur unter dieser Bedingung der Regierung neue gewaltige Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Die Zentrumskritik des Reichstages wird sich sehr schnell und sehr gern belehren lassen, daß solche „Reformen“ nach Meinung der militärischen Sachverständigen nicht durchführbar sind, und sie werden bedingungslos der Regierung die „neuen gewaltigen Mittel“ bewilligen.

## Die Grenzen werden wieder geschlossen!

Die preussische Regierung hat ihre angekündigte Maßnahme auf Spernung der niederländischen Grenze gegen die Einfuhr von Rindvieh am 22. d. Mts. zur Tatsache gemacht. Von Holland darf also kein Schlachtvieh mehr eingeführt werden. Damit kommt eine der Ende September d. J. von der preussischen Regierung gegen die Fleischsteuer getroffenen Maßnahmen wieder in Kraft. Die anderen Regierungen werden selbstverständlich folgen. — Da dieses Vorgehen lediglich im Interesse der Agrarier liegt, so werden diese der Regierung Dank wissen, während das arbeitende Volk dafür nur einen Fluch haben wird. Als Grund für die Grenzsperrung wird das vermehrte Auftreten der Maul- und Klauenseuche und der Rückgang der Einfuhr von Rindvieh angegeben. Der erste Grund war vorauszuweisen, obwohl er ohne jede Berechtigung bleibt. Der Rückgang der Einfuhr dagegen ist ganz natürlich, denn da die Sperre schon seit längerer Zeit angekündigt wurde, geriet der Handel ins Stocken.

## Herabsetzung der Dienstzeit.

Die ungeheuerlichen Opfer, die dem deutschen Volke durch die neue Heeresvorlage zugemutet werden, finden in der bürgerlichen Presse nur leisen Widerstand. Hier ist ein Unterschied zwischen rechts und links kaum mehr zu bemerken. Eine Ausnahme bildet fast nur die „Frankfurter Zeitung“. Auch sie leistet keinen prinzipiellen Widerstand, aber sie fordert wenigstens nachdrücklich Erleichterung, indem sie schreibt:

„Als vor hundert Jahren in Preußen das Volk in Waffen zur Wehrzeit werden sollte, da dachte man an etwas ganz anderes als an ein Heer im heutigen Sinne; da schwabte auch den militärischen Reformatoren die Idee eines Milizheeres mit möglicher kurzer Dienstzeit und ohne allen Kampfesgeist vor. Die Truppen, mit denen die Freiheitskriege geführt wurden, waren nicht viel anderes als Miliztruppen, die trotz einer nur ganz kurzen Ausbildung doch so Vorzügliches leisteten. Wenn man jetzt zur Agitation für die Militärforderungen an jene Zeit erinnert, so sollte man auch die ausgezeichneten Erfahrungen mit den in kürzester Frist ausgebildeten Truppen ins Gedächtnis zurufen und daraus einige Kubanwendungen für die heutige Zeit ziehen. Man kann die Lasten einer vermehrten Friedenspräsenz ohne weiteres sehr wesentlich herunterschrauben, wenn man die Dienstzeit herabsetzt. Wir verlernen gar nicht, daß in der gegenwärtigen Situation solche Vorschläge auf Bedenken stoßen; meinen aber, daß bei ruhiger Ueberlegung diese Bedenken nicht standhalten können. Ebenso gut wie die Einführung der zweijährigen Dienstzeit ohne Schaden für die Armee gelungen ist, sind auch weitere Verkürzungen möglich, wozu man nur alles unnütze

Beimogt fortläßt und durch eine bessere Sicherstellung des Ausbildungspersonals der nervösen Anstrengung ein Ende macht, unter der jetzt die Ausbildung zu leiden hat. Wir haben schon wiederholt Vorschläge für die Herabsetzung der Militärdienstzeit gemacht und erinnern hier an Ausführungen aus militärischen Kreisen, die wir vor zwei Jahren veröffentlichten. Darin wurde die Verlängerung der Rekrutenbalanz bei allen Waffen bis ins neue Jahr hinein empfohlen, wie sie früher tatsächlich schon bestanden hat. In den 70er Jahren bestand eine sehr ausgedehnte Rekrutenbalanz; oft traten die Rekruten erst im Dezember ein, und doch rückten sie vollständig ausgebildet zu den Herbstübungen aus, abgesehen davon, daß sie heute stattfinden. Da die Ausbildung dieser Rekruten tatsächlich erst im neuen Jahre begann, wäre es nach diesen Beispielen ohne jede Schädigung möglich, die Rekruten erst im Januar einzuziehen. Andererseits ist nicht einzusehen, warum nicht auch für die Kavallerie und die zehrende Artillerie die zweijährige Dienstzeit eingeführt werden kann; genau so gut wie die Einjährigen der verschiedenen Laufstufen mit der gleichen Dienstzeit auskommen, muß auch bei den anderen Soldaten möglich sein, da die Erlangung der nötigen Reifertigkeit doch gewiß auch innerhalb der zwei Jahre ohne Schwierigkeit durchzuführen ist.

Natürlich sehen wesentliche Dienstverfugungen, wie wir schon betonten, die Beschäftigung allen überflüssigen Weimerts voraus. Wir rechnen dazu den Paradezug, mit dem so viel unnötige Zeit auf Kosten der Feldübungen vergeudet wird. Noch störender ist die vielfache Beschäftigung der Soldaten mit Verrichtungen außerhalb des Waffendienstes, mit Arbeits-, Bureau- und Handwerksdiensten, mit dem Uebermaß von Wachdienst, wobei namentlich die sogenannten Ehrenwachen sehr eingeschränkt, am liebsten ganz abgeschafft wären, die Abkommandierung des Lehrpersonals usw. Es ist behauptet worden, daß auf diese Weise ein Drittel der Dienstzeit dem Waffendienst verloren geht. Das ist nicht nur eine Zeit-, sondern auch eine Geldverschwendung, wie überhaupt kein Militär noch so mancher unnötige Luxus getrieben wird, so beim Wurfenwesen, bei den höchsten Adjutanturen, bei den Besonderheiten der Garderegimenter usw. Wenn man allen diesen Dingen genau nachgeht und sich zu den angebotenen Dienstzeitverkürzungen und vielleicht auch früheren Entlassungen entschließt, lassen sich viele Millionen ersparen. Ersparnisse sind von den Kriegeministern auch schon wiederholt in Aussicht gestellt worden; aber es ist immer nur beim Versprechen geblieben. Jetzt ist es endlich an der Zeit, daß der Reichstag einmal fordert, daß hiermit Ernst gemacht wird. Es gibt noch so manche Stelle, die überflüssig ist, das Uebermaß von Reisekosten und Tagegeldern kann eingeschränkt werden usw. Ganz außerordentlich wirksam in finanzieller Hinsicht würde sich ferner eine Verringerung des militärischen Pensionswesens erweisen. Jetzt müssen Offiziere, die sich für einen höheren Posten nicht eignen und bei Beförderungen übergegangen werden, aus dem Dienst scheiden, auch wenn sie ganz tüchtig sind und in ihrem bisherigen Wirkungskreise vollständig ausreichen. Dieses System ist natürlich sehr kostspielig und belastet den Pensionsetat ganz außerordentlich. Es muß darum gefordert werden, daß endlich damit gebrochen wird. Die Armeeselbst würde dabei gewinnen, und die Offiziere selbst würden dadurch von schweren Zukunftsorgen befreit.“

Natürlich sind diese Forderungen sehr bescheiden. Aber das Bedrückende ist ja gerade, daß selbst so bescheidene Forderungen heute in der bürgerlichen Presse nur ausnahmsweise erhoben werden.

## Die Wirkung des Branntweinboykotts.

Die Branntwein-Verbrauchsabgabe liefert für das Rechnungsjahr 1912 einen Fehlbetrag von etwa 9 Millionen Mark. Statt 196 Millionen Mark, werden nach den bis jetzt vorliegenden Rechnungsergebnissen nur 186 Millionen Mark einkommen. Die Branntwein-Verbrauchsabgabe ist die einzige, noch verbliebene Ueberweilungssteuer, d. h. ihr Ertrag wird gegen die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten ausgerechnet. Früher mußte, wenn die Ueberweilungssteuer weniger brachten, als im Etat von ihnen erwartet wurde, die Differenz von den Einzelstaaten aufgebracht werden, was ihnen andererseits ein etwaiger Mehrertrag zugute kam. Nach der seit 4 Jahren in Geltung befindlichen Uebung, bei der die Einzelstaaten einen festen ungedeckten Matrikularbeitrag von 80 Pfennigen auf den Kopf der Bevölkerung an das Reich zahlen, werden etwaige Mehrerträge der einzigen Ueberweilungssteuer der Reichsliste zugeführt, diese aber trägt auch das Risiko eines etwaigen Fehlbetrages. Letzterer Fall wird für das Rechnungsjahr 1912 eintreten. Die Reichsliste wird den aus der Branntwein-Verbrauchsabgabe sich voraussichtlich ergebenden Fehlbetrag von etwa neun Millionen Mark selbst decken müssen.

## Unter sozialdemokratischer Leitung.

In ihrer letzten Sitzung beschäftigten sich die Stadtverordneten in Aachenberg mit einer Ratvorlage über den Ausbau der Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter in eine allgemeine Ortskrankenkasse nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung. Bei der Beratung betonte der Vorsitzende, der konservative Bestreuer des Aachener Amtsblatts Reuversberger unter anderem, diese Kasse stehe unter sozialdemokratischer Leitung. Doch sei diese Kasse unter den in Aachenberg bestehenden weitaus am besten ausgebaut; sie erfülle auch die gesetzlichen Anforderungen in vollem Maße und gewähre auch Familienunterstützung. Die Kasse funktioniere überhaupt sehr gut. Es sei auch nichts davon zu bemerken gewesen, daß die sozialdemokratische Leitung zu Unzutraglichkeiten geführt habe. Er müsse im Gegenteil auf Grund seiner zehnjährigen Tätigkeit im Vorstand dieser Kasse sagen, daß man immer peinlichst bemüht gewesen sei, jede Parteipolitik auszuschließen. Auch sei man gegen Simulanten und Drückeberger immer mit der nötigen Schärfe vorgegangen. Die Kasse sei unter der angezeichneten Leitung groß und leistungsfähig geworden, und er könne dem Stadtrate nur beifügen, wenn er diese Kasse zur allgemeinen Ortskrankenkasse erheben wolle. Die Aachener Stadtverordneten beschloßen auch demgemäß. Die „sozialdemokratische Krankenkassenwirtschaft“ hatte aber in diesem Falle einmal eine Beleuchtung erfahren, die den Tatsachen ausnahmsweise einmal gerecht wurde.

## Frankreich.

### Das Stimmenverhältnis des Vertrauensvotums.

Paris, 26. März. Die Mehrheit der Deputiertenkammer, die der Regierung ihr Vertrauen ausdrückt, setzt sich zusammen aus 28 Mitgliedern der Republikanischen Vereinigung, 1 der Rechten, 6 der Action libérale, 28 Progressisten, 62 Mitgliedern der demokratischen Linken, 61 linksradikalen, 25 sozialistisch-radikalen, 3 sozialistischen Republikanern und 11 Unabhängigen. — Es enthielten sich der Stimme 10 Mitglieder der Rechten, 14 Progressisten, 4 Mitglieder der demokratischen Linken, 1 der republikanischen Vereinigung, 39 linksradikale, 56 sozialistisch-radikale, 11 sozialistische Republikaner, 8 Unabhängige und 21 Mitglieder der Action libérale.

### Der Eindruck der Abstimmung.

Paris, 26. März. Ein großer Teil der Presse gibt der Ansicht Ausdruck, daß nicht nur die Stellung des Ministeriums, sondern die politische Lage überhaupt ungewöhnlich schwierig sei. Mehrfach wird betont, daß der Gesandtenwurf über die dreijährige Dienstzeit ernstlich gefährdet erscheine.

Jaurès schreibt in der „Humanité“: „Welch groteske und zugleich traurige Komödie bietet das Mißgeschick dieser armen sozialistisch-radikalen Kabinettsmitglieder, die gegen den Willen ihrer Gruppe in das Ministerium eingetreten und gleich am ersten Tage vom Sturze bedroht sind, und welche traurige und groteske Komödie bietet der Eifer, mit dem Barthou versichert, daß ihr Verrat vollständig sei, und daß sie ihre Parteifreunde und ihre Vergangenheit mit aller Offenheit verleugnen! Möchten sich die Regierungsmänner beeilen, das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, das ebenso wie das Ministerium Barthou nur noch ein Verdammt ist, endgültig fallen zu lassen, möchten sie die nationale Verteidigung mittels der Kraft des Volkes organisieren und allen Völkern Schiedsgerichte, Freundschaft und Einigkeit in gemeinsamer Arbeit für den Fortschritt anbieten: Ist Poincaré imstande, diesen Ruf zu vernehmen und über den Ernst der gegenwärtigen Krise nachzudenken? Seine Verantwortlichkeit ist bereits eine sehr schwierige, möchte er sie nicht noch verschlimmern!“

### Rußland.

#### Das Schicksal eines von Preußen Ausgelieferten.

Aus Petersburg wird uns berichtet: Das Militär-Berichtsgericht zu Tiflis verhandelte am 14. März bei geschlossenen Türen den Prozeß gegen Ter-Petrosow, der angeklagt war, Anführer jener Expropriatorengruppe gewesen zu sein, die im Sommer 1907 einen von dem Postamt ins Kontor der Reichsbank abgefertigten Geldtransport überfiel und 250 000 Rubel raubte. Ter-Petrosow wurde bekanntlich Ende 1907 in Berlin verhaftet und später, trotz des Protestes seines Verteidigers Dr. Cohn, den russischen Behörden ausgeliefert. Im Jahre 1911 wurde er zur Feststellung seiner Zurechnungsfähigkeit in einer Nervenklinik untergebracht, aus der er im Sommer 1912 flüchtete; er wurde aber im Januar 1913 in Tiflis wieder verhaftet. Das Gericht fand den Angeklagten der Zugehörigkeit zu der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Organisation jenes Raubüberfalles schuldig und verurteilte ihn zu 20 Jahren Katorga.

### China.

#### Eine amerikanische Hilfsaktion.

Dem hart bedrängten China ist in dem Präsidenten der Vereinigten Staaten unerwartet ein mächtiger Helfer erschienen. Wilson hat der amerikanischen Bankgruppe erklärt, daß das Sechsmächte-Konkordat nicht mehr auf die Unterstützung der amerikanischen Regierung rechnen dürfe und daß diese die chinesische Republik bald anerkennen werde.

Die erste Folge dieser Maßnahme war der Rücktritt der amerikanischen Bankgruppe von dem internationalen Konkordat, und ihr werden die anderen nationalen Gruppen folgen. Dieser internationalen Finanzpiraterie ist die Hoffnung entschwunden, China zu brandstehlen. Die nächste Folge wird die Anerkennung Chinas durch andere Staaten sein. Denn sie wurde ja nur zurückgehalten, um im Interesse des Konkordats einen stärkeren Druck auf die junge Republik ausüben zu können. Sollten, was höchst unwahrscheinlich ist, die anderen fünf Staaten in ihrer bisher geübten Politik beharren, so ist das amerikanische Kapital allein leistungsfähig genug, Chinas finanzielle Bedürfnisse zu befriedigen.

Die junge Republik wird ihren Helfer aus schwerer Not natürlich durch Gewährung von Handelsprivilegien und Konzessionen noch fester an die Interessen Chinas zu fesseln suchen. Und das amerikanische Kapital, das nun Handlungsfreiheit erhalten hat, wird im Interesse der amerikanischen Industrie und des amerikanischen Handels China die Mittel zur Durchführung der notwendigen Reformen vorstrecken und dadurch den Industrieprodukten Amerikas ein Absatzgebiet eröffnen, für dessen Größe die Welt kein Beispiel kennt.

Die Wendung der amerikanischen Politik hat auch die japanische Regierung zu einer Kursänderung veranlaßt. Als sie vor einigen Wochen von der Reise Sunghosens nach Japan hörte, zeigte sie nicht wenig Lust, dem großen Agitator das Betreten des Inselreichs zu verbieten. Sie sandte ihren Botschafter Geschäfts-träger speziell nach Schanghai, um Sunghosen zur Aufgabe seiner Reise zu veranlassen. Erst durch die Veränderung der politischen Verhältnisse ließ sie sich bestimmen, der chinesischen Regierung mitzuteilen, daß sie nichts gegen einen Besuch des Vertrauensmannes Quanshikais einzuwenden habe. Der Besuch hat zu Verhandlungen über den Abschluß eines Bündnisses zwischen Japan und China geführt. Der Entwurf ist vor einigen Tagen dem japanischen Abgeordnetenshaus unterbreitet worden.

Seitdem die Erklärung Wilsons erfolgt ist, sind — nach der Meldung des Botschafter Vertreters des Daily-Telegraph — deutsche Bankfirmen eifrig bemüht, einen Teil der chinesischen Reue für sich zu sichern. Auch Krupp soll der chinesischen Regierung die notwendigen Waffenlieferungen auf dreijährigen Kredit angeboten haben, wodurch die englischen Armeelieferanten verdrängt worden seien. Diese Meldung klingt glaubhaft, denn durch die Aktion Amerikas sehen sich die Kapitalisten der anderen Staaten gezwungen, ohne Verzug Angebote anzunehmen, wenn sie nicht wollen, daß das amerikanische Kapital die Ernte allein einheimst.

### Japan.

#### Das Erwachen der japanischen Arbeiter.

In der „International Socialist Review“ in Chicago gibt Genosse Sen Katayama ein Bild der Arbeiterkämpfe Japans, das im Gegensatz zu den vom Genossen Kummer in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ vertretenen, ziemlich hoffnungslosen Auffassungen einen verheißungsvollen Ausblick eröffnet. Zwar sind ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden. Vereins- und Versammlungswort werden in brutalster Weise den Arbeitern verweigert. Trotzdem treibt die Juspigung der sozialen Gegensätze die Arbeiter, aller von oben betriebenen planmäßigen Verdummungs- und Einschüchterungspolitik zum Trotz, zum Kampfe um ihre Interessen. Verdient doch der japanische Arbeiter durchschnittlich keine 90 Pfennige am Tage, während ein Textilbaron es sich leisten kann, ein Raschhundchen für 10 000 Yen (20 000 M.) zu kaufen und für den Unterhalt seiner Jagdhunde monatlich 100 Yen, den Monatslohn von 8—9 seiner Fabrikarbeiter, auszugeben.

Das Jahr 1912 brachte eine erstaunliche Menge großer wirtschaftlicher Kämpfe. Zuerst einen Streik der Straßenbahnarbeiter in Tokio, der an einem der großen Jahresfeste den Verkehr dieser großen Stadt völlig lahmlegte und mit einem vollen Siege endete. Einige Tage danach folgten die Seeleute der Linie Yokohama—Tokio. Sie unterlegten, dank dem brutalen Eingreifen

der Polizei. Ende März streikten die Färber in Yugen. Ihr Lohn ist in einem feilen Verhältnis zum Preise des Reifes berechnet, war aber trotz erfolgter Preissteigerung unbedeutend geblieben. Da auch hier die Behörden brutal eingriffen und die Leiter der Bewegung verhafteten, nahmen die Arbeiter gegen das Versprechen einer späteren Lohnerhöhung die Arbeit wieder auf. Zur selben Zeit vollzog sich der Kampf der Arsenalarbeiter von Tokio, die, 30 000 Mann, eine Lohnerhöhung und die Selbstverwaltung der auf Parlamentsbeschlüsse errichteten Unfallversicherungskasse forderten. Dieser Streik in einem Marinebetrieb entfesselte eine wahre Wut der Regierung, Polizei und Gendarmen nahmen Massenverhaftungen vor, so daß mehrere Tausend zugleich eingekerkert waren. So wurde die Bewegung niedergeschlagen, doch das Feuer glüht weiter und kann jeden Augenblick wieder aufflachen. — Im Mai folgte ein Streik der Seeleute und der Feuerwehr in Yokohama. Sie forderten 80 Proz. Lohnerhöhung und errangen einen vollen Sieg.

Neben diesen wirtschaftlichen Arbeiterkämpfen vollzieht sich der Kampf für Erweiterung der politischen Volksrechte. Bei 50 Millionen Einwohnern gibt es nur 1 1/2 Millionen Wahlberechtigte, d. h. 3 Proz. (2 1/2 bei uns). Dabei will die Adelskaste, die bis vor kurzem unumschränkt regierte, selbst der Vertretung dieser beschränkten Wählerschaft den Einfluß auf die Staatsgeschäfte verweigern. Das führte zu der jüngsten Volksbewegung und dem Sturze der konservativ-militaristischen Regierung Katsuma. Ist bereits auf dem Gebiete der auswärtigen Politik das Liebhäugeln dieser Kaste mit Rußland durch das naturgemäße Zusammengehen mit China ersetzt worden, so darf auch in der inneren Politik eine Beschränkung der wahnsinnigen, zum Staatsbankrott treibenden Rüstungspolitik und eine mehr auf das innere Gedeihen des Landes gerichtete Politik erwartet werden. Das dürfte auch der Arbeiterbewegung zugute kommen. In jedem Falle aber hat die japanische Arbeiterschaft gezeigt, daß sie selbst unter den schwierigsten Umständen nicht vor dem Kampf um Prolet und Rechte zurückschreckt.

## Aus der Partei.

### Totenliste der Partei.

Genosse Höppler in Dresden ist am Dienstag nach längerer Krankheit im Alter von 70 Jahren gestorben. Auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung war Genosse Höppler bis zu seiner vor einigen Jahren einsetzenden Krankheit außerordentlich eifrig und selbstlos tätig. Die Arbeiterbewegung Sachsens verdankt ihm viel. Bis zu den letzten Wahlen kandidierte er in dem schwarzesten Winkel Sachsens, in dem dritten sächsischen Reichstagswahlkreis Bauplan-Löbau, dem einzigen sächsischen Kreise, der trotz intensiver Arbeit im Jahre 1903 den Gegnern anheimfiel. Besonders eifrig beschäftigte sich Genosse Höppler auch auf dem Gebiet der Kommunalpolitik und hat lange Jahre im Gemeinderate des Dresdener Vorortes Cotta für die Sozialdemokratie gewirkt. Nach der Einberufung von Cotta in Dresden zog Höppler in das Dresdener Stadtverordnetenkollegium ein. Von Beruf Bäcker, mußte Höppler, um seine Existenz zu sichern, als Bauarbeiter und später in einer Strohhutfabrik Beschäftigung suchen, bis ihn die aufblühende Genossenschaftsbewegung eine Existenz als Lagerhalter bot. — Die Arbeiterschaft Dresdens wird stets das Andenken des alten und um die Arbeiterbewegung hochverdienten Kämpfers in Ehren halten.

### Verbütener Waimgang.

Auf das Ersuchen der Harburger Partei, am 1. Mai einen Festzug veranstalten zu dürfen, ist folgende Antwort eingelaufen:

Polizei-Direktion Harburg, Harburg (Elbe), den 22. März 1913.

Erwidern auf das Schreiben vom 11. d. M. Die Genehmigung zur Veranstaltung eines Festzuges am 1. Mai d. J. wird verweigert. Bei den Rat-Entscheidungen, die für das ganze Reich in Aussicht genommen und planmäßig vorbereitet werden, handelt es sich um Massendemonstrationen zu allgemeinen politischen Zwecken. Die Umzüge sind daher geeignet, die Gegensätze zwischen der sozialdemokratisch gesonnenen Einwohnerschaft und den politisch andersdenkenden Kreisen der Bevölkerung zu verstärken und zu Reibereien, Streitigkeiten und Ausschreitungen zu führen. Ganz besonders gilt dies bei der diesigen Harz gegenwärtigen Bevölkerung von dem für die Stadt Harburg beantragten Waimgang. Hingzu kommt noch, daß der 1. Mai ein Festtag ist, und daß die Märkte in die Zeit des schärfsten Wahlkampfes für die Landtagswahlen fallen wird, der von der Sozialdemokratie unter der offiziellen Parole des Kampfes gegen das preußische Wahlrecht geführt werden soll, so daß anlässlich des Waimganges auch mit Wahlrechtskundgebungen gerechnet werden muß. Aus der Veranstaltung des Waimganges ist daher Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.

Dem Herrn Polizeigewaltigen, der dieses Schreiben veranlaßt hat, kann man einen umfassenden politischen Blick nicht abspornen: er denkt an Wahlkampf, Wahlrecht, Klassengegensätze und dergleichen. Ob dieser politische Scharfblick aber auch vorhanden gewesen wäre, wenn z. B. die Arbeitervereine Harburgs um die Erlaubnis eines Waimganges nachgesucht hätten?

### Der holländische Parteitag.

Am dritten Verhandlungstage diskutierten der Parteitag über die Frauenagitation. Die innerhalb der Partei bestehende Frauenorganisation ersuchte beim Kongreß um ihre Sanktionierung. Ein großer Teil der Kongreßteilnehmer wünschte aber, daß die Frauen nicht eine besondere Organisation bilden, sondern wie in Deutschland in der Gesamtorganisation aufgehen mögen. Eine Beschlußfassung wurde ausgesetzt, da eine allen Seiten annehmbare Lösung dieser Frage gefunden werden soll. — In seinem Schlusswort ersuchte Genosse Liegen in begeisterten Worten den Genossen Scheidemann, die herzlichsten Grüße den deutschen Brüdern zu übermitteln.

Am zweiten Overtage beschloß der Verband orthodoxer christlicher Sozialisten, selbständige Kandidaten bei den Wahlen aufzustellen. Dieser Beschluß rief eine heftige Opposition hervor. Eine starke Minderheit des Kongresses trat aus dem Verband aus und schloß sich der sozialdemokratischen Partei an.

## Jugendbewegung.

### Gebt Acht!

#### Wegweiser für unsere Schulklassen.

Enblich ist der Tag herangekommen, den ihr so lange herbeigeseht habt; endlich hat sich die Schultür hinter euch geschlossen: endlich seid ihr frei! Himmel, ist das schön! Ja, ihr habt ein Recht, euch zu freuen, und ich denke nicht daran, euch diese Freude zu trüben; aber ihr erlaubt mir wohl eine Frage: Wovon seid ihr frei? „Ahn“ werdet ihr sagen, „von dem Zwang des Lernens.“ Wie? So wäre also eure Meinung, das Lernen habe nun für euch ein Ende? Wirklich? Seid ihr nun fertig? Ja, muß allerdings gesehen, so alt ich geworden bin, ich habe noch nie einen Menschen gesehen, der „fertig“ war; wohl freilich manden, der sich fertig dünkte; aber da steht der verhängnisvolle Arrium. Gibt es überhaupt einen Menschen, der jemals „fertig“ würde? Ich sage: Nein. Wenn ein Leich keine Zufuhr an frischem Wasser erhält, so stagniert er und wird trübe, faulig und stinkend. Wenn ihr euerem Körper keine frische Nahrung zuführt, dann geht ihr zugrunde. Meint ihr im Ernst, daß es mit eurem Geiste anders wäre? Meint ihr wirklich, ihr könntet

jemals das geistige Erbe eurer Väter antreten, könntet jemals nützliche, wertvolle Glieder der menschlichen Gemeinschaft werden, wenn ihr nicht unablässig arbeitet an eurer Weiterbildung? Ihr könnt es nicht meinen; ihr dürft es nicht. Denkt einmal zurück: Hat euch die Volksschule aus irgend einem Gebiete so viel mitgegeben, daß ihr damit fürs Leben ausreichen könntet? Ganz sicher nicht. Prüft doch ernsthaft euer Wissen und Können. Ich sage euch, es ist alles Stückwerk, elendes, jammervolles Stückwerk. Es kann auch gar nicht anders sein; im günstigsten Falle habt ihr eine schwache Grundlage erhalten, einen Anfang gemacht. Und damit wolltet ihr euch begnügen? Nein, nun muß die Arbeit erst beginnen, die ernsthafte, unauflöschliche Arbeit, um die Lücken eurer Bildung auszufüllen, um Kräfte zu sammeln, die ihr später dringend nötig haben werdet.

Denn darüber dürft ihr euch keinen Augenblick täuschen: das Leben, das vor euch liegt, ist kein Kinderspiel, ist nichts anderes, als ein ununterbrochener Kampf, ein unablässiges Streben nach den höchsten Gütern. Und das höchste und edelste Gut, das ihr erlangen könnt, ist: geistig freie und selbständige Menschen zu werden. Die Vorbedingung geistiger Freiheit ist aber die wirtschaftliche Freiheit, und nun fragt eure Väter und Mütter, um von ihnen zu hören, welchen Nietenkampf die moderne Arbeiterschaft seit Jahrzehnten um ihre wirtschaftliche Befreiung führt. Das herrliche Werk, das sie begonnen, das sie mit Aufbietung aller ihrer Kräfte üben, das sollt ihr dereinst fortführen. Seht ihr nun ein, wie notwendig es ist, daß ihr euch für den bevorstehenden Kampf mit geistigen Waffen ausrüstet? Glaubt nur ja nicht, daß euch dieser Kampf erspart werden könnte. Ihr seid Arbeiterkinder und euer Los wird nicht anders fallen als das Los jedes Arbeiters: arbeiten und kämpfen. Wäret ihr Kinder reicher Eltern, dann hätte ihr nicht nötig, für Gegenwart und Zukunft zu kämpfen; dann würde das Leben für euch auch ohne Arbeit und Kampf behaglich hinfließen können. Aber das seid ihr nicht, und es wäre geradezu ein Verbrechen, wenn ihr euch über euer künftiges Los einer verhängnisvollen Sicherheit hingeben würdet. Gebt Acht!

Ihr werdet schon sehr, faum der Schule entwachsen, vor eine folgenschwere Entscheidung gestellt werden. Man wird an euch heranreten mit Lodungen und Rathungen von bürgerlicher Seite; man wird euch einzulangen suchen für die Zwecke der bürgerlichen Jugendbewegung. Täuscht euch darüber nicht. Sie haben reiche Mittel; sie haben schon eingerichtete Jugendheime; sie wissen ihre Veranstaltungen so zu treffen, daß euch die Teilnahme begehrenswert erscheinen wird. Gebt Acht! Dahinter steckt etwas! Sie wollen euch in Sicherheit wiegen, damit ihr nicht merkt, wie sie euch allmählich zu sich herüberziehen, euch mit Hoch erfüllen gegen euer eigen Fleisch und Blut, gegen eure Klassenossen.

Wollt ihr die Föhne verlassen? Wollt ihr in den Reihen der Gegner gegen Vater und Mutter kämpfen? Gebt Acht! Her zu uns, mer geistig frei und selbständig werden will! Her zu uns, wer mitteilen will an der Erfüllung der herrlichsten Aufgabe, die Menschen je gestellt wurde: an der Befreiung der unterdrückten und ausgebeuteten Arbeiterklasse, an der Befreiung der Menschheit! Her zu uns! Denn dahin gehört ihr!

Auch wir werden euch Mittel an die Hand geben, die euch in den Stand setzen, an eurer körperlichen und geistigen Vervollkommnung zu arbeiten. Aber wir werden euch nicht gängeln wie willenlose Schafe; wir werden euch nicht in bunte Uniformen stecken und mit Schießprägeln ausrüsten. Wir werden euch etwas anderes, Wertvolleres geben. Ihr werdet Gelegenheit erhalten, mit euren Gefinnungsgenossen euch zu versammeln bei fröhlichem Spiel und erster Arbeit; wir werden gemeinsam Wanderungen in die freie Natur unternehmen und ihre kleinen und großen Werke kennen und lieben lernen; wir werden wertvolle Vorträge hören, gute Bücher lesen, die Werke der Kunst betrachten. Und eins werdet ihr bei uns kennen lernen, was euch niemand sonst lehren kann: den Geist der Freiheit, der die moderne Arbeiterbewegung befeuert und der niemand wieder losläßt, der ihn einmal in sich aufgenommen hat. Und nun frage ich euch: Seid ihr noch im Zweifel, wohin ihr gehört?

Tretet also ein in die proletarische Jugendbewegung, in die Bildungsbereine junger Arbeiter und Arbeiterinnen; erwerbt euch geistige Waffen, damit ihr, wenn ihr politisch mündig werdet, euch einordnen könnt in die Reihen der Kämpfer des Klassenbewußten Proletariats. Jürgen Brand.

## Aus Industrie und Handel.

### Konjunktur in der Eisenindustrie.

Einen ziemlich zuverlässigen Gradmesser für den Konjunkturverlauf in der gewerblichen Warenherstellung bildet die Eisenproduktion und -Verförgung Deutschlands. Die Gewinnung der einheimischen Hochofen und die hieraus unter Veräuflichung der Ein- und Ausfuhr ermittelte Verförgung des Inlandsmarktes mit Roheisen betrug in den Monaten Januar bis Februar der Jahre 1907—1913, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in Kilogramm:

Jan.-Febr.	Gewinnung der Hochofen	Verförgung Deutschlands mit Roheisen
1907 . . . . .	83,12	22,90
1908 . . . . .	82,90	21,94
1909 . . . . .	81,11	19,98
1910 . . . . .	85,81	22,85
1911 . . . . .	83,46	23,36
1912 . . . . .	41,34	23,36
1913 . . . . .	46,51	27,87

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß die Eisengewinnung und die Verförgung des inländischen Marktes seit dem Ende der letzten Hochkonjunkturperiode nicht nur abhol, sondern auch relativ ganz bedeutend zugenommen haben. Die Steigerung der Produktion wurde ermöglicht durch die günstige Entwicklung des Eiseneports und durch die wachsende Industrialisierung des Inlandes. Daß die Gewinnung der Hochofen in den Monaten Januar und Februar 1913 noch um 5,17 Kilogramm und die Verförgung des deutschen Marktes um 4,51 Kilogramm pro Kopf gegenüber dem Vorjahre gestiegen ist, beweist, welche starke Auftriebskraft der Konjunktur trotz aller Bemühungen noch innewohnt. Im Februar 1913 betrug die Produktion pro Kopf 22,36 Kilogramm gegen 20,20 Kilogramm im Vorjahre. Die inländische Verförgung belief sich auf 12,99 Kilogramm gegen 11,17 Kilogramm im Vergleichsmonat 1912. Wenn nach alledem das Gesamtbild der Konjunktur in der Eisenindustrie ein günstiges ist, so darf nicht übersehen werden, daß einzelne Industriegebiete von den politischen Ereignissen so stark in Mitleidenschaft gezogen werden, daß sie bereits einen Rückgang der Roheisengewinnung aufweisen. In den einzelnen Bezirken betrug nämlich die Produktion in den ersten beiden Monaten 1912 und 1913 in Tonnen:

	1912	1913
	Januar	Februar
Rheinland-Westfalen . . . . .	506 978	576 533
Siegerland, Lahndbezirk, Hessen . . . . .	650 407	633 154
Raffau . . . . .	78 556	80 404
Schlesien . . . . .	85 058	81 773
Mittel- und Ostdeutschland . . . . .	74 778	73 584
Bayer., Württemberg und Thüringen . . . . .	25 886	25 874
Saarbezirk . . . . .	100 458	99 740
Lothringen und Luxemburg . . . . .	423 784	410 607

Der Rückgang der Eisenproduktion in Schlesien charakterisiert die ziemlich bedeutenden Störungen des Geschäftslebens, die im Ostien Deutschlands als Folge der Balkanwirren auftreten.

# Gewerkschaftliches.

## Die mißlungene Aussperrung.

Am Ende der zweiten beziehungsweise dritten Aussperrungswoche hat der Verband der Maler die Zahl der Aussperrten, der Arbeitslosen und der aus den Betrieben, die nur zum Teil ausgesperrt haben, Herausgezogenen erneut festgestellt. Die Ziffern sind den Listen entnommen, die gleichzeitig als Unterlage für die Auszahlung der Unterstützung dienen, so daß an ihnen nicht zu zweifeln ist. Die Feststellungen ergeben folgendes: Es waren am Kampfe beteiligt am 11. März 14 994, am 14. März 15 782 und am 22. März 15 501 Mitglieder des Verbandes der Maler. — Die christliche Organisation ist noch mit 1147 und die Sirsch-Dunderliche mit 206 ihrer Mitglieder am Kampfe beteiligt. Danach ist während der ganzen Aussperrungszeit keine nennenswerte Veränderung in den allgemeinen Beteiligungsziffern eingetreten, wohl aber sind bedeutende Verschiebungen vorgekommen. In vielen Städten ist die Bewegung außerordentlich, zum Teil vollständig abgeklaut; in Hannover, Plauen, Reichenbach, Xena, Meerane ist sie offiziell aufgehoben. Hunderte von Aussperrten wurden anderweit untergebracht, andere arbeiten für eigene Rechnung. In Leipzig sind von den 114 Aussperrten noch ganze 12 arbeitslos, in Hamburg von annähernd 1900 noch 1100. In Frankfurt a. M. arbeiten 650 Gehilfen zu neuen Bedingungen; ähnlich liegt es an vielen anderen Orten.

Dieser Rückgang der Aussperrtensziffern wurde wieder ausgeglichen dadurch, daß im Laufe der Zeit einige Städte nachträglich noch ausgesperrt und daß der Malerverband je nach den vorliegenden Verhältnissen aus den nur zum Teil ausgesperrten Betrieben die zunächst in Arbeit gebliebenen herauszog. Teilweise hat der Terrorismus des Unternehmerverbandes gegen nichtausperrnde Meister die Aussperrungsziffern etwas erhöht. Im ganzen jedoch ist der Stand der Aussperrung gleichgeblieben.

Was demgegenüber der Unternehmerverband über die Aussperrtensziffern zusammenfabuliert, um die Öffentlichkeit irrezuführen, ist einfach unerhört. Vielleicht liegt es nicht einmal an der Leitung des Unternehmerverbandes, wenn er so hohe Beteiligungsziffern zusammenrechnet. Er addiert einfach die Zahlen, die jeder einzelne Unternehmer auf einem Fragebogen über die Zahl der von ihm Aussperrten mitteilt. Um Anfeindungen, Konventionalstrafen oder öffentlichen Abstrafungen in Versammlungen und auf schwarzen Listen zu entgehen, gibt jeder Unternehmer die Ziffern recht hoch an; indessen läßt er seine Gehilfen ungeniert oder unter allerlei Schiebnungen weiterarbeiten. Was da zur Düpierung des Unternehmerverbandes von geldgierigen Unternehmern alles geleistet wird, davon können die Gehilfenorganisationen jetzt etwas erzählen. Sie haben meist kein Interesse daran, solche Meister zu hindern, dem Unternehmerverband ein Schnüppchen zu schlagen. Auf diese Verhältnisse und auf das Bemühen des Unternehmerverbandes, die Aussperrungsziffern recht hoch erscheinen zu lassen, damit er sich einen Erfolg einbilden und seine monkelmützig werdenden Mitglieder noch einige Tage vertragen kann, ist es zurückzuführen, daß er von 3 000 Aussperrten (!) redet, während vor einigen Tagen ein süddeutscher Führer des Unternehmerverbandes 20 000 herausrechnete. Wie der Unternehmerverband die Öffentlichkeit mit mindestens ganz leichtfertig ermittelten Zahlen (die er sogar als amtlich bezeichnet) bedient, zeigt zum Beispiel, daß er für Leipzig jetzt 246 Aussperrte angibt, während es, wie schon bemerkt, nur noch 12 sind; für Plauen werden 170 aufgeführt, während die Aussperrung dort durch Abschluß eines korporativen Tarifvertrages aufgehoben ist. In gleicher und ähnlicher Weise sind alle Zahlen entstellt. Diese Zahlenmanöver zeigen, wie verzweifelt der Unternehmerverband kämpfen muß, will er seine Position nicht völlig verlieren. Sagte doch am 20. März der Veranlasser der Aussperrung in einer Versammlung: „Wenn eine Stadt wie Berlin den Kampf aufgibt, sei der Kampf für die Unternehmer auf der ganzen Linie verloren; auch wolle er es unterlassen, zu prüfen, ob der Aussperrungsbeschuß nicht etwa verfehlt gewesen wäre. Unter harter Zustimmung stellte in der gleichen Versammlung ein Redner fest, daß die Unternehmer düpiert seien, die die Aussperrung mitmachten, denn ein großer Teil der Städte und gerade die größten Unternehmer künnten sich nicht um die Aussperrung und ließen die kleinen Meister allein. Diese Einsicht bricht immer mehr durch. Und nun auch bekannt wird, daß die Unternehmer von ihren Führern mit falschen Zahlen und unwahren Behauptungen über die Veranlassung und den zu erwartenden Ausgang der Aktion bedient werden, ziehen sie die Konsequenzen, die schon eine große Zahl Unternehmer gezogen haben.

### Berlin und Umgegend.

#### Die deutsche Herrenkonfession und der Export nach dem Auslande.

Eine der hauptsächlichsten Ausflüchte der Unternehmer ist, daß der Export in Zukunft überhaupt unmöglich sei, wenn die Löhne in der Berliner Herrenkonfession noch erhöht werden. Dabei wurde auch immer erklärt, daß die Berliner Herrenkonfession in ihren Umfassungsziffern zurückginge und von Jahr zu Jahr den deutschen und ausländischen Markt verliere.

Die „Soziale Praxis“ hat in ihrer Nr. 24 diese Frage des Näheren geprüft und stellt dabei nach Meerwarth (Untersuchungen über die Hausindustrie, Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, Heft 20) fest, daß der auf die Ausfuhr entfallende Teil der Gesamtproduktion sich auf nur 4% der Gesamtproduktion belaufe und daß hieron im Jahre 1912 etwa 37 Proz. nach der Schweiz, 11 Proz. nach den Niederlanden und 7 Proz. nach England und nach nicht 1 Proz. nach Kanada und den Vereinigten Staaten ausgeführt wurden.

Das Ausfuhrgeschäft nach Amerika ist nie bedeutend gewesen. Soweit England für die Ausfuhr in Frage kommt, exportiert Deutschland nach dort auf Grund der niedrigeren Löhne in Deutschland, nach Holland aus den gleichen Gründen und nach der Schweiz, weil dort eine eigentliche Konfession nicht vorhanden ist.

Wenn die Konfessionäre erklären, daß die Gefahr bestehe, das Ausland werde Konfession nach Deutschland einführen, so ist hierauf gar nichts zu geben, weil die deutschen Güter die Einfuhr unterbinden und derart große Frachttäge und Reisekosten zu tragen wären, daß sich die Einfuhr überhaupt nicht mehr lohnen würde. Insbesondere stellt die „Soziale Praxis“ fest, daß die Ausführungen der Arbeitgeber nach dieser Richtung der statistischen Haltbarkeit entbehren. Es wird hier festgestellt, daß Deutschland lediglich für den eigenen Bedarf produziert und in der Lohnfestsetzung von den Zuständen im Auslande völlig unabhängig ist. Es ist weiter von den Konfessionären gesagt worden, daß die letzten Lohnerhöhungen

in der Herrenkonfession die Berliner Konfession auch auf dem inländischen Markt zurückgebrängt hätten. Demgegenüber stellt der Jahresbericht der Berliner Handelskammer fest, daß im Jahre 1911 die Umsätze gegen das Vorjahr zugenommen haben, also gerade in jenem Jahr, wo die erhöhten Löhne vom Jahre 1910 zur Geltung kamen. Das Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie stellt im Jahre 1911 fest, daß die Nachfrage nach Waren so stark war, daß nur der kleinste Teil der Aufträge erledigt werden konnte. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Arbeitgeber erklarten, daß sie Lohnerhöhungen auf die am meisten verlangten Kleidungsstücke nicht gewähren könnten. Es kann sich daher gar nicht darum handeln, daß die Arbeitgeber im Ernst nicht in der Lage sind, höhere Löhne zu bewilligen, sondern die Dinge liegen so, daß ihnen der gute Wille hierzu fehlt. Soweit sich aus den Berichten der Kaufmannschaft ergeben läßt, führen die Konfessionäre nicht einen Existenzkampf, sondern sie fühlen sich berufen, wegen einer berechtigten Forderung der Arbeiterschaft eine Nachprobe zu veranstalten.

**Deutscher Bauarbeiterverband.** Bei der Wahl am Sonntag, den 16. März d. J., sind in den Zweigvereinsvorständen folgende Kollegen gewählt worden: 1. Vorsitzender: D. Hanke, 2. Vorsitzender: H. Reyle, 1. Kassierer: M. Wartenberg, 2. Kassierer: G. Richter, 1. Schriftführer: G. Lehmann, 2. Schriftführer: H. Käfer, Revisoren: A. Berger, A. Graul und E. Thoms. Die Gewerkschaftskommission bilden folgende Kollegen: P. Döring, A. Eckert, F. Göhne, F. Kaiser und A. Jiggel. In die Schiedskommission sind gewählt: G. Beder, H. Frisch, A. Giese, F. Greulich, F. Kaiser, G. Müller und D. Jedler. Ueber das Resultat der Sektionsleitung der Puher wird erst in einer demnächst stattfindenden Mitgliederversammlung entschieden werden. Das Wahlkomitee.

### Deutsches Reich.

#### Zum Streik in der Binnenschifffahrt.

Bereits sechs Wochen dauert der Kampf und ein Ende ist nicht abzusehen. Der Transportarbeiterverband hat am 22. d. M. eine Stillfist aufgenommen über die Schiffsbewegungen. Es wurde dabei festgestellt, daß auf der Elbe der Verkehr wieder abnimmt, weil die Fahrzeuge, die beladen waren, gelöscht sind. Und zur Bewegung des Schiffsparcs fehlt es an Mannschaften. Es sind nur soviel Arbeitswillige vorhanden, daß etwa 300 Fahrzeuge vorchristlichmäßig bemannt werden können. Die Unternehmer helfen sich dadurch, daß sie die strompolizeilichen Vorschriften ignorieren. Die Behörden sollen Anweisung erhalten haben, die Unternehmer deswegen nicht zu belästigen. Ein Teil der Steuerleute, Inspektoren und andere Angestellte werden in der Weise beschäftigt, daß sie die Fahrzeuge nach ihrem Bestimmungsort schaffen und dann wieder auf andere Fahrzeuge gehen. Unter diesen schwierigen Verhältnissen erweisen die Unternehmer den Aufsehn, als sei es ihnen möglich, den Schiffsverkehr aufrechtzuerhalten. Auf der Elbe und der Havel verkehren ja auch vereinzelte Schiffe, auf der Oder aber ruht die Schifffahrt fast vollständig. Für die Oder-Schifffahrt sind Bestrebungen im Gange, um Unterhandlungen anzubahnen; eine größere Firma hat sich direkt an die Verbände gewandt. Verhandlungen werden demnächst aufgenommen.

Die Unternehmer haben ein Zirkular verfaßt, in dem sie sagen: Handel und Industrie verlangen, daß die Schifffahrt sich in Bewegung setze. Sie behaupten, die Nachfrage sei bewilligt und fordern die Mannschaften auf, die Arbeit anzunehmen. Das beweist wohl doch, daß die Wirkung des Kampfes nicht gering ist; wahrscheinlich drängt auch die Kaufmannschaft auf einen Abbruch des Streiks, um ihre Güter befördert zu sehen.

Die Zahl der Arbeitswilligen ist sehr gering, und viele laufen auch bald davon, weil ihnen die Arbeit zu gefährlich ist. Bei der ungenügenden Mannschafft kommen täglich schwere Unfälle vor. So ereignete sich am 22. d. M. in Spandau ein schwerer Unfall. Auf dem Dampfer „Grünberg“ vom Berliner Uld wurde ein Arbeitswilliger vom Schlepptau über Bord geschleudert. Er kam dabei den Schrauben so nahe, daß er verletzt wurde und im Schraubentunnel stecken blieb. Unter vielen Mühen mußte der Dampfer hinten gehoben werden; doch der Arbeitswillige konnte nur noch mit zertrümmertem Schädel und zerschlagenen Armen als Leiche geborgen werden.

Die Unternehmer wollen übrigens auch Material zu einem Zuchthausgesetz sammeln. In einem Aufruf an alle Schiffsunternehmer ersuchen sie um Sammlung von Material, das geeignet ist zu einer Eingabe an die Regierung, um den Schutz der Arbeitswilligen herbeizuführen.

Die Bewegung steht für die Schiffsmanschaften nach wie vor durchaus günstig. Sie denken nicht daran, den Kampf aufzugeben, sondern sie werden ihn mit unvermindelter Kraft weiterführen. Ob die Engaden der Privatschiffer an den Reichsanzler irgendwelche Wirkung gehabt haben, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

### Gebrochener Innungsterrorismus.

Die Malerzunftgenossenschaft in Solingen hatte beschloffen, alle organisierten Schiffe auszusperrn. Nichterfüllung dieses Beschlusses sollte mit 20 M. bestraft werden. Die Aufsichtsbehörde hat diesen Beschuß als unzulässig aufgehoben.

**Ueber die Verschmelzung der Keramarbeiter** berichteten wir in unserer Nummer vom 20. März. In der betreffenden Notiz haben sich leider einige Fehler eingeschlichen. Im ersten Satz der Notiz muß es statt „Konferenz der Verbände“ Konferenz der Vorstände heißen und zum Schluß des zweiten Absatzes statt „Verbandsmitglieder“ Vorstandsmitglieder. Es haben also bisher nur die Vorstände der drei Verbände über die Verschmelzung beraten.

### Ausland.

#### Kongress des Syndikats der italienischen Eisenbahner.

Die stärkste gewerkschaftliche Organisation des italienischen Bahnpersonals, das aus 60 000 Mitgliedern zählende „Syndikat der Eisenbahner“, hat in Mailand seinen fünften Kongress abgehalten. Das Syndikat war Jahre hindurch die einzige größere Gewerkschaftsorganisation in Italien, deren Leiter auf dem Boden des revolutionären Sozialismus standen. In der Folge ging es zum Syndikalismus über, und auch der letzte Kongress hat gezeigt, daß syndikalistische Tendenzen noch immer die Oberhand haben. Als wichtigste allgemeine Frage sollte der Kongress darüber entscheiden, ob das Syndikat, das sich vor Jahren von der Konföderation der Arbeit losgelöst hat, dieser wieder beitreten sollte. Freilich wurde dieser Vorschlag nicht im Sinne einer Billigung der reformistisch sozialistischen Richtung befürwortet, die in der Konföderation die Oberhand hat, sondern nur als ein Mittel, die Einigung der proletarischen Kräfte zu ermöglichen, wobei sich das Syndikat bei seinem Eintritt die Aufgabe stellen sollte, die Haltung der Konföderation im revolutionären Sinne zu beeinflussen. Aber auch mit dieser Einschränkung fand sich nur eine winzige Minderheit, die für die Konföderation stimmte, während die Zahl derer, die den Anschluß an die syndikalistische Zentrale, die „Unione Sindacale“ befürworteten, beinahe die Hälfte der Stimmen erlangte. Die Mehrheit sprach sich für die Autonomie des Syndikats aus, wobei allerdings die Resolution den syndikalistischen Methoden die Sympathie der Eisenbahner ausdrückt. Da das Organisationsstatut des Syndikats seinen Sektionen zur Pflicht macht, sich Ort für Ort den lokalen Arbeiterkammern anzuschließen, beschloß man, daß dieser Anschluß an die lokale Zentralorganisation auch dann

erfolgen müsse, wenn die betreffende Arbeiterkammer bei der Konföderation der Arbeit organisiert ist. Wo in einem Orte zwei Arbeiterkammern bestehen, eine reformistisch-sozialistische und eine syndikalistische, steht der Eisenbahnersektion die Wahl frei. — Der Kongress beschloß weiter, die durch ein besonderes Komitee geleitete Wirksamkeit für die Einigung der verschiedenen Eisenbahnerorganisationen (es existieren deren nicht weniger als fünf) eifrig fortzusetzen, lehnte die Gründung von Hilfskomitees für Krankheitsfälle usw. unter den Mitgliedern ab mit der Begründung, daß das Syndikat eine Organisation des Klassenkampfes, nicht eine solche der gegenseitigen Unterstützung sei, und setzte fest, daß das Jahrbuch künftighin wöchentlich erscheinen soll, unter Ausbaunng des technischen und hygienischen Teils. Die weiteren Beschlußfassungen bezogen sich auf die Stellung der Organisation zum Staate und im besonderen zur Generaldirektion der Staatsbahnen und auf die Durchsetzung der Forderungen des Personals im Hinblick auf die herrschenden Gelege. Schließlich wurden vier Mitglieder zum internationalen Londoner Transportarbeiterkongress delegiert.

## Die Unwetterkatastrophe in Amerika.

Ueber die gewaltige Unwetterkatastrophe, die in einem Teil Nordamerikas noch nie erlebte Verheerungen angerichtet hat und über die wir an anderer Stelle unseres Blattes bereits berichtet haben, gehen uns noch folgende Nachrichten zu:

**New York, 26. März.** Nach den letzten Nachrichten aus den überschwemmten Gebieten ist die Lage in der Stadt Peru in Indiana trostlos. Aus den benachbarten Städten sind Lebensmittel und Kleidung für 5000 Personen gesandt worden; sie konnten jedoch wegen der reichenden Stremung den Bestimmungsort nicht erreichen. Die Lage in Denton ist noch immer hoffnungslos. Der Wasserstand beträgt teilweise 40 Fuß. Die Schuttdämme drohen einzustürzen. Zahlreiche andere Orte Ohios sind gefährdet und aus allen überschwemmten Gebieten werden Verluste an Menschenleben gemeldet. — In Indianapolis stand das Wasser heute morgen höher als je zuvor, es erreichte in der Nacht das Stadtviertel Fall Creek. Alle Hotels sind überfüllt; es macht Schwierigkeiten, für die Flüchtlinge, deren Zahl etwa 10 000 beträgt, Nahrungsmittel zu beschaffen. — Aus Chicago wird gemeldet, daß das Hochwasser die Stationen der östlichen Eisenbahnlinien in Indiana und Ohio abgeschnitten hat. Heute ist die Lage beträchtlich schlechter als gestern. Es ist keine Aussicht auf ein Abklaffen der Ueberschwemmung vorhanden. Die Cleveland—Cincinnati—Chicago- und St. Louis—Cleveland- und die Ohio- und die Pittsburg—Cincinnati—Chicago- und St. Louis-Eisenbahnen geben bekannt, daß ihre Fahrpläne aufgehoben sind. Die Lakeshore- und Michigan—Southern Railway ist die einzige Linie, die keinen ernstlichen Schaden erlitten hat. — Amtlich wird erklärt, daß die Ueberschwemmung seit zwanzig Jahren nicht in diesem Maßstabe ausgebreitet ist, aus allen betroffenen Gebieten wird unaufhörlicher Regen gemeldet. In Cincinnati haben die Behörden dringende Maßnahmen für die Rettung getroffen.

Der Schaden, den die Ueberschwemmung durch Unterbrechung des Bahnverkehrs den Eisenbahnen verursacht hat, wird von den beteiligten Kreisen auf mindestens zehn bis fünfzehn Millionen Dollars geschätzt. In der Geschichte des Landes ist eine derartige Unterbrechung des Bahnverkehrs, wie sie jetzt in Ohio und Indiana eingetreten ist, noch nicht vorgekommen. Betriebsbeamte erklären, daß normale Zustände wahrscheinlich erst nach einem Monat zu erwarten seien, daß aber nach den letzten Meldungen das Wasser zurückweiche.

**Columbia, 26. März.** Der Gouverneur hat die Mitteilung aus Denton erhalten, daß das ganze Geschäftsviertel von Denton brenne und wahrscheinlich völlig zerstört werden würde. Die Leute sprangen von den Dächern ins Wasser.

**Washington, 26. März.** Präsident Wilson hat einen Aufruf an die Nation zur Unterstützung der Ueberschwemmten erlassen. Er sagt darin, daß das furchtbare Hochwasser die Größe eines nationalen Unglücks angenommen habe.

## Letzte Nachrichten.

### Keine erneute Interpellation der französischen Regierung.

**Paris, 26. März.** (W. T. B.) Die Gegner des Kabinetts wünschen aus verschiedenen Gründen nicht, daß Barthou morgen nochmals interpelliert werde. Der Hauptgrund ist die Befürchtung, die Regierung mindestens sechzig Stimmen gewinnen zu sehen, denn verabschiedete, die gegen die Regierung stimmten, würden morgen für die Regierung stimmen, um den Präsidenten der Republik nicht zu desavouieren und das Regime nicht zu gefährden. Der Abgeordnete Decton, der interpellieren wollte, hat auf seinen Plan verzichtet.

### Churchills Flottenrede.

**London, 26. März.** Im Unterhaus begann heute abend die Flottendebatte. Churchill erklärte zuerst die Gründe für die Erhöhung des Budgets. Die Zahl der Schiffe und Mannschaften hätten durch die in Europa neu geschaffene Situation eine notwendige Erhöhung erfahren müssen. Im Deutschen Reichstage sei die Situation sehr richtig und ausführlich festgestellt worden. Es sei keine Möglichkeit, die Anzahl der Schiffe oder der Mannschaften zu verringern, solange eine Rivalität zwischen seefahrenden Nationen bestehe. England müsse sich darein fassen, die großen Flottenlasten zu tragen, die aus der großen Ausdehnung der von der englischen Flotte zu beschützenden Küsten erklärlich seien. Außerdem habe England den Vorteil, keine große Landarmee unterhalten zu müssen.

Zur weiteren Verlauf seiner Rede über die englische Flottenpolitik führte der Erste Lord der Admiralität weiter aus: Warum sollte sich nicht zwischen allen Seemächten ein Uebereinkommen erzielen lassen, in dem sie sich verpflichteten, ein Jahr lang keine großen Kriegsschiffe zu bauen und gleichsam Ferien in den Flottenrüstungen eintreten zu lassen? Ich habe das bereits in meiner vorjährigen Flottenrede angedeutet und wiederhole heute diesen Vorschlag offiziell. An der gegenwärtigen Stärke der Flotten würde dadurch nichts geändert werden, und das Budget der betreffenden Länder würde dadurch eine wesentliche Erleichterung erfahren. Die Flottenpolitik Englands, die er auch vor Deutschland mit gutem Gewissen verantworten könne, basiert auf dem Bewußtsein von der Stärke der englischen Flotte und der Freimütigkeit, mit der England die englischen Rüstungen vor Deutschland rechtfertigen könne. Sie ließe beiden Ländern völlige Bewegungsfreiheit und in letzter Zeit hätte sich nichts ereignet, was ihn veranlassen könnte, irgendwelche Aenderungen an diesem Programm vorzunehmen.

### Eine große Feuersbrunst.

**Jansbrud, 26. März.** (W. T. B.) In der Nacht hat in Trifsen bei Dabuz (Niederrhein) ein bei heftigem Windsturm ausgebrochener Schadenfeuer sechzehn Wohnhäuser samt den Kellern und Scheunen zerstört. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Badischer Fabrikinspektionsbericht für das Jahr 1912.

Der Jahresbericht des „Badischen Gewerbeaufsichtsamtes“, wie der offizielle Titel für die Fabrikinspektion lautet, ist in diesem Jahre etwa einen Monat später erschienen als im vergangenen. Das hängt wohl damit zusammen, daß dem Berichte eine besondere Arbeit des stellvertretenden Direktors des Gewerbeaufsichtsamtes, Regierungsrat Dr. Köhlich, über: „Die Steinindustrie in Baden“ beigelegt ist.

Der Bericht bestätigt von neuem, daß die industrielle Entwicklung Badens mit Riesenschritten vorwärts geht: Es betrug die Zahl der Betriebe mit mindestens

Table with 3 columns: Year (1910, 1911, 1912) and rows for workers (10, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100), young people, and school children.

Revisionen wurden vorgenommen 10 133 gegen 10 465 im Jahre 1911. Von den Revisionen wurden nur 57 Proz. der Betriebe gegen 61,7 Proz. im Vorjahre erfährt. Auch die Zahl der in den revidierten Betrieben beschäftigten Arbeiter ist dementsprechend — von 195 737 auf 193 900 — gesunken. Die geringere Revisionstätigkeit hat zur Folge gehabt, daß auch die Zahl der gemachten Auflagen, und zwar von 4358 auf 4239, herunter gegangen ist.

Die Auflagen betrafen

Table with 2 columns: Category (Verhütung gesundheitsgefährlicher Einflüsse, Unfallverhütung, Allgemeinschutz) and Year (1806, 1413, 1520).

Nach der Arbeiterzahl ist die Gruppierung der badischen Industrie die folgende:

Table with 2 columns: Industry type (Maschinen, Instrumente und Apparate, Nigarrenindustrie, Metallverarbeitung, etc.) and Percentage (15,9, 14,5, 13,7, etc.).

Die übrigen Industrien beschäftigen von 5840 herunter bis zu 697 Arbeiter.

Aus dem Kreise der Arbeiterschaft liefen 148 Schriftsätze über Mißstände in den Betrieben ein. Davon waren 60 direkt von Arbeitern und 78 von gewerkschaftlichen Organisationen eingereicht worden. Von den Beschwerden wurden 55 für völlig und 34 für teilweise begründet befunden; 36 Fälle sah das Gewerbeaufsichtsamtsamt für unbegründet an und 23 Fälle sind noch unerledigt.

Die auch in früheren Berichten schon des öfteren konstatierte Tatsache, daß von Arbeitern nur wenige Beschwerden eingehen, die nicht als begründet nachgewiesen werden können, zeigt, wie vorichtig die Organisationen und auch die meisten Einzelbeschwerdeführer verfahren und wie unrecht die Unternehmerorganisationen haben, wenn ihrerseits behauptet wird, die Arbeiter hätten in den meisten Fällen keinen Grund zu Beschwerden gehabt. Die von den Arbeiterorganisationen geübte Vorsicht hat vielmehr zur Folge, daß Beschwerden, deren Berechtigung nicht von vornherein feststeht, überhaupt nicht erhoben werden.

Der Ausländerfrage wird im Bericht, wie schon im vorigen Jahre, ein besonderes Kapitel gewidmet. Es wird unter anderem mitgeteilt, daß Auswanderungsamt in Mailand mache die Ausstellung von Anwerbescheinen von einer Bedingung abhängig, die mit dem deutschen Gewerbegesetz im Widerspruch stehe.

Die italienische Behörde fordert nämlich, daß die Arbeitgeber sich auf längere Zeit des Arbeitsvertrags, z. B. ein Jahr, binden, während für die Arbeiterinnen die gesetzliche Kündigungsfrist von 14 Tagen gelten soll. Diese Ungleichheit widerspricht dem § 122 der Gewerbeordnung, der für beide Teile gleiche Kündigungsfristen fordert. Trotz der auf unsere Veranlassung vom italienischen Generalkonsul erfolgten Vorstellungen und trotz der vom Direktor des Gewerbeaufsichtsamtes persönlich in Mailand gegebenen Aufklärungen über die deutsche Gesetzgebung und die unzutreffende und irreführende Uebersetzung des dem Auswanderungsamt zur Verfügung gestellten Gesetzes, wick die italienische Behörde nicht von ihrem Standpunkte ab; sie erbliebt in der Verpflichtung des Arbeitgebers auf eine längere Zeit „nur ein Äquivalent für das Opfer, welches die italienischen Arbeiterinnen um dem Verlassen des Elternhauses und der Heimat und dem Aufenthalt in der Fremde bringen“, und glaubt, daß alle Weiterungen am besten dadurch zu vermeiden seien, daß für die italienischen Arbeiterinnen der § 122 der Gewerbeordnung außer Kraft gesetzt werde.

Wenn das Auswanderungsamt in Mailand nicht von seinem Standpunkte abzurücken ist, obgleich der Direktor des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes, Dr. Wittmann, persönlich in Mailand vorstellig wurde, so wird es wissen, warum es so hartnäckig an seiner Praxis fest hält. Die Erfahrung hat eben gelehrt, daß nicht die angeworbenen italienischen Arbeiter, sondern die deutschen Unternehmer ein Interesse an einer langen Vertragsdauer haben. Der italienische Arbeiter, dem bei der Anwerbung die deutschen Verhältnisse sehr günstig geschildert worden sind, sieht sich, namentlich durch die geringe Kaufkraft, die das Geld in Deutschland hat, meist in seinen Hoffnungen betrogen und hat daher häufig ein lebhaftes Verlangen, von der auf ein volles Jahr eingegangenen Verpflichtung, sich über Gebühr ausbeuten zu lassen, loszukommen. Uns ist ein Fall bekannt, wo italienische Arbeiter, die von einer großen Jutezpinnerei aus Oberitalien eingeführt worden waren, geschlossen in den Streik traten, um von ihrem Vertrag loszukommen.

Ueber die in Ziegeleien in bedeutender Zahl verwendeten reichsländischen Polen sagt der Bericht unter anderem: „Die Arbeiter sind der deutschen Sprache vollkommen unkundig und stehen auf einer sehr niederen Bildungstufe. Sie sind einzeln im fremden Lande nahezu hilflos und praktisch nicht fähig, über die Gestaltung ihres Arbeitsverhältnisses mitzubestimmen. Sie sind aus diesen Gründen billiger als Italiener, die früher fast ausschließlich als Erntehelfer für die den Saisonbetrieben mangelnden einheimischen Arbeitskräfte herangezogen wurden; sie sind sogar so billig, daß sie der Gegenwart eines anscheinend recht lohnenden Vermittelungs- oder eigentlich Vermietungsgewerbes sind. Denn die Tätigkeit dieser Geschäfte geht in allen Fällen über den Rahmen der Stellenvermittlung weit hinaus. Die Betriebsunternehmer wollen sich um die leibliche Versorgung der Leute, deren Sprache sie nicht verstehen und deren Bedürfnisse sie nicht kennen, nicht kümmern und überlassen diese Pflicht den Agenten, denen sie nur die eingekauften Räume für die Unterbringung und Verpflegung der Leute bereitstellen.“

Der Agent ist hier Akkordant, denn in den meisten Fällen schließen die Unternehmer nicht mit dem einzelnen Arbeiter, sondern nur mit dem Agenten Verträge ab. Häufig wird aber auch ein anderes Verfahren eingeschlagen, wonach der Agent namens des Betriebsunternehmers mit den einzelnen polnischen Arbeitern Verträge abschließt. Der Agent übernimmt in einem zweiten Verträge alle Verpflichtungen des Unternehmers gegen eine auf Kopf und Tagesleistung der Arbeiter berechnete Entschädigung. Nach Abzug der Naturalleistungen, die etwa auf 1 M. für den Kopf und Tag zu bewerten sind, erhalten in bar:

Table with 2 columns: Category (Männer über 20 Jahre pro Tag, Große Jungen von 18 bis 20 Jahren pro Tag, etc.) and Amount (1,30 M., 1,00, 0,90, 0,90).

Von dem Lohne werden noch die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung, für etwa gestellte Kauttionen und die Kosten der Reise zur Arbeitsstätte abgezogen. Daß die polnischen Arbeiter sich mit solchem Jammerlohn begnügen

der Volkschor dort ja regelmäßig seine Aufführungen. Aber am Karfreitag darf es nicht sein. Warum? Ist das Lokal nicht würdig? Gewiß doch. Unter den Tausenden, die es letzten Karfreitag und sonst füllten, hat gewiß niemand diesen Eindruck gehabt. Liegt das Polizeipräsidium die „Vossische Zeitung“? Dort findet es eine Kritik der letzten Aufführung. Und was sagt der Regentent? „Was sich bei diesem Konzert, das draußen in der „Neuen Welt“, dasenheide, stattfand, zunächst anfragte, war ein Gefühl von der Arbeitskraft und Fähigkeit, die Dirigent wie Chor bei der Einübung des Werkes entwickelt haben mußten. War ferner ein Gefühl höchster Achtung vor der lautlos lauschenden Aufmerksamkeit, mit der die in dem Riesensaal dicht zusammengedrängte Jüdderscharen den musikalischen Ereignissen folgte.“

Reimt der Polizeipräsident andere Konzerte, in denen es am Karfreitag ruhiger, würdiger, kunstfreudiger und — andächtiger zugeht? — Er nennt sie. Heilig ist nicht die Sache der Ort? Ist nicht die Stätte der Erhebung für den Christen der wahre Tempel? Wüßte nicht der Polizeipräsident darüber Ansichten wahrer und großer Christen zu hören (die er wahrscheinlich nicht kennt)? Gott bewahre! Die Obrigkeit will überhaupt nichts hören von Widerrede, von Motiven, Verweisen, von Künstler- und Kirchenautoritäten. Sie verbietet von Amts wegen.

Um der Sozialdemokratie eins auszuweisen. Sie sieht die Massen lieber in den Kneipen, nur damit das Volk seine Kulturflehre nicht nach eigenem Willen stützen darf. Sie mordet Kunstwerke (würde Jöben sagen). Nur damit ihr Knippel als das prangende Abzeichen preussischer Barbarei triumphiere.

Die „denkenden Pferde“ und die Wissenschaft. Die rechnenden und fremde Sprachen verstehenden Pferde, die Herr Kraal in Ebersfeld zu wahren Wundertieren erzogen haben will, sind immer noch nicht, wie der „Kuge Hans“, ihr Vorbild, wissenschaftlich erledigt. So gar einige Zoologen sind zum Glauben an die Rasse bekehrt worden. Dagegen und gegen den ganzen Aberglauben, der mit den Tieren getrieben wird, wurde jetzt auf dem internationalen Zoologenkongress in Monaco protestiert. Professor Drexler aus Prag verlas eine Erklärung, in der u. a. gesagt wird:

„Die dem Entwicklungsgedanken völlig zuwiderlaufenden, mit den bisherigen Ergebnissen der wissenschaftlichen Sinnesphysiologie und Psychologie der Tiere unvereinbaren, durch keine exakte Methodik gestützten Lehren Kraals und seiner Anhänger gewinnen in Deutsch-

land wachsende Verbreitung, obwohl bis zum heutigen Tage keine den Grundfragen kritischer Beobachtung entsprechende Nachprüfung stattgefunden hat und keinerlei beweiskräftige Experimente bekannt geworden sind.“

Die Angaben und theoretischen Schlüsse (der Zoologen) Fiegler, Sarasin und Krämer in Sachen der Krallischen Pferde müssen solange als ungewiesen und höchst unwahrscheinlich bezeichnet werden, solange ihnen nicht allgemein zugängliche Protokolle über die Untersuchungen unterlegt werden, die den modernen Anforderungen tierpsychologischer Forderung und Sinnesphysiologischer Methodik entsprechen. Eine empirische Disziplin des Tieres der „rechnenden“ Pferde wird nur dann möglich, wenn Herr Kraal die betreffenden Tiere zum Zwecke der durchaus notwendigen Nachprüfung unter Anwendung der exakten Methoden der experimentellen Psychologie und Physiologie völlig frei zur Verfügung stellt, also auch in die Hände jener Forscher gibt, die sich angeichts des bisher vorliegenden Materials offen als Gegner der Krallischen Auffassung bekennen müssen.“

Unterzeichnet ist dieser Protest von 14 Zoologen und Forschern.

Die Gesundheitschädlichkeit des Kinos. Daß das heute so allbeliebte Kino für die Gesundheit eine gewisse Gefahr bedeutet, hat Kraldo Jelle durch eine Reihe von Beobachtungen festgestellt, über die er im neuesten Heft der „Anschau“ berichtet. Es handelt sich dabei nicht etwa nur um die allgemeinen Schädigungen der Gesundheit, die durch unzulängliche Räume hervorgerufen werden können, sondern um die Wirkungen auf die Augen und die Nerven. Gegenüber den Eindrücken, die die Natur liefert, haben die Bilder des Kinos ein viel intensiveres Licht, und eine schnellere Egenenfolge ruft ein intensiveres Sehen hervor. Jelle hat nun an drei verschiedenen Versuchspersonen Versuche gemacht, wie lange ein normaler Mensch solchen Lichtbildervorführungen bewohnen kann. Ein geistig tätiger Akademiker, ein nervöser Künstler und ein robuster Durchschnittsmensch wohnen gemeinsam einer Kinodauervorstellung bei. Nur der Künstler hatte schwache Augen-nerven, die beiden anderen hatten durchaus normale Augen. Das Resultat war überraschend. Nach 1—2 Stunden ergab sich eine Steigerung der Pulschläge bis zu 28,2 Proz.; nach 3 Stunden gingen sie bis zu 13,3 Proz. zurück. Bei dem Künstler trat Ermüdung und Tränen der Augen nach 2 1/2 Stunden ein, bei dem Akademiker nach 2 Stunden 55 Minuten, bei dem Robusten nach 3 Stunden 20 Minuten. Kopfweh bekamen die Versuchspersonen in derselben Reihenfolge, die erste nach 3 Stunden, die zweite 50 Minuten später und der Robuste nach 4 1/2 Stunden. Aber gerade der Letztere verfolgte am frühesten; nach etwas über 3 Stun-

Es wurden von Streiks und Aussperrungen Betriebe ergriffen 254 Davon wurden völlig stillgelegt 68 Die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter betrug 7730 Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden und Aussperrten betrug 4180 Die Forderungen der Streikenden betrafen: Lohnfrage 52 Fälle Arbeitszeit 11 Einhaltung des Tarifs 12 Das Ergebnis war: Voller Erfolg 32 Fälle Teilweiser Erfolg 27 Kein Erfolg 22 Einhaltung des Tarifs 8

Die Arbeiterschaft hat, wie hier gewissermaßen amtlich bestätigt wird, nicht umsonst gekämpft. In welcher Weise die Unternehmer sich ein Streikbrechertum zu züchten versuchen, lehrt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit folgende Mitteilung: „Eine größere Maschinenfabrik hat mit einer Anzahl von älteren und tüchtigen Arbeitern Sonderverträge zu dem Zwecke abgeschlossen, bei einem etwaigen Streik die Aufrechterhaltung des Betriebes wenigstens einigermaßen zu ermöglichen. Die Firma zahlt diesen Leuten feste Wochenlöhne von 35 bis 40 M. bei neunstündiger Arbeitszeit. Während des jährlichen Urlaubs, bei Krankheitsfällen und militärischen Leistungen wird der Lohn bis zur Dauer einer Woche weiterbezahlt, Abzüge für Feiertage und dergleichen erfolgen nicht, die Beiträge zur Krankenkasse zahlt die Firma. Die Kündigungsfrist ist monatlich und nur auf den Monatsanfang zulässig. Die Arbeiter verpflichteten sich, keiner Organisation anzugehören. Die Firma erkennt im übrigen die Organisation an und trug keinem Arbeiter etwas nach, der der Organisation zuliebe den Abschluß eines solchen Vertrages ablehnte.“

Daß die Fabrikleitung die Organisation anerkennt und keinem Arbeiter etwas nachträgt, der es ablehnt sich zu verpflichten, an seinen Arbeitskollegen zum Judas zu werden, ist nichts weiter als eine dummdreiste Redensart und es ist verwunderlich, daß in dem Bericht der Fabrikinspektion hiervon überhaupt Kenntnis genommen wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich hier um eine Mannheimer Fabrik, deren Arbeiter zum weitaus größten Teile organisiert sind. Die Streikbrecher auf Vorrat werden durch die ihnen gewährte Bevorzugung natürlich bald als Verräter erkannt und werden von den Arbeitern mit ehrlichem Empfinden entsprechend gewürdigt. Nicht uninteressant wäre es zu erfahren, ob die Fabrikleiter auch zu den Befürwortern einer nationalliberal-fortschrittlich-sozialdemokratischen Großblockpolitik gehören oder ob sie den schwarzblauen Block unterstützen und ihre gekauften Kreaturen entsprechend instruieren. Die nächsten Landtagswahlen dürften voraussichtlich hierüber Klarheit bringen.

Ueber die mangelnde Beachtung der geschlichen Bestimmungen werden im Bericht die alten Klagen wiederholt. Zahlreiche Unternehmer mißachten immer und immer wieder die zum Schutze von Kindern, Arbeiterinnen und Arbeitern im allgemeinen erlassenen Bestimmungen, indem sie dieselben entweder einfach ignorieren oder ihnen eine

land wachsende Verbreitung, obwohl bis zum heutigen Tage keine den Grundfragen kritischer Beobachtung entsprechende Nachprüfung stattgefunden hat und keinerlei beweiskräftige Experimente bekannt geworden sind.

Die Angaben und theoretischen Schlüsse (der Zoologen) Fiegler, Sarasin und Krämer in Sachen der Krallischen Pferde müssen solange als ungewiesen und höchst unwahrscheinlich bezeichnet werden, solange ihnen nicht allgemein zugängliche Protokolle über die Untersuchungen unterlegt werden, die den modernen Anforderungen tierpsychologischer Forderung und Sinnesphysiologischer Methodik entsprechen. Eine empirische Disziplin des Tieres der „rechnenden“ Pferde wird nur dann möglich, wenn Herr Kraal die betreffenden Tiere zum Zwecke der durchaus notwendigen Nachprüfung unter Anwendung der exakten Methoden der experimentellen Psychologie und Physiologie völlig frei zur Verfügung stellt, also auch in die Hände jener Forscher gibt, die sich angeichts des bisher vorliegenden Materials offen als Gegner der Krallischen Auffassung bekennen müssen.“

Unterzeichnet ist dieser Protest von 14 Zoologen und Forschern.

Die Gesundheitschädlichkeit des Kinos. Daß das heute so allbeliebte Kino für die Gesundheit eine gewisse Gefahr bedeutet, hat Kraldo Jelle durch eine Reihe von Beobachtungen festgestellt, über die er im neuesten Heft der „Anschau“ berichtet. Es handelt sich dabei nicht etwa nur um die allgemeinen Schädigungen der Gesundheit, die durch unzulängliche Räume hervorgerufen werden können, sondern um die Wirkungen auf die Augen und die Nerven. Gegenüber den Eindrücken, die die Natur liefert, haben die Bilder des Kinos ein viel intensiveres Licht, und eine schnellere Egenenfolge ruft ein intensiveres Sehen hervor. Jelle hat nun an drei verschiedenen Versuchspersonen Versuche gemacht, wie lange ein normaler Mensch solchen Lichtbildervorführungen bewohnen kann. Ein geistig tätiger Akademiker, ein nervöser Künstler und ein robuster Durchschnittsmensch wohnen gemeinsam einer Kinodauervorstellung bei. Nur der Künstler hatte schwache Augen-nerven, die beiden anderen hatten durchaus normale Augen. Das Resultat war überraschend. Nach 1—2 Stunden ergab sich eine Steigerung der Pulschläge bis zu 28,2 Proz.; nach 3 Stunden gingen sie bis zu 13,3 Proz. zurück. Bei dem Künstler trat Ermüdung und Tränen der Augen nach 2 1/2 Stunden ein, bei dem Akademiker nach 2 Stunden 55 Minuten, bei dem Robusten nach 3 Stunden 20 Minuten. Kopfweh bekamen die Versuchspersonen in derselben Reihenfolge, die erste nach 3 Stunden, die zweite 50 Minuten später und der Robuste nach 4 1/2 Stunden. Aber gerade der Letztere verfolgte am frühesten; nach etwas über 3 Stun-

Preussische Kultur — von Polizeipräsidenten Gnaden.

Gibt es in der Welt jemand, der glaubt, daß die neueste Jagowade irgend etwas mit Recht und Gerechtigkeit zu tun hat? Daß sie nicht vielmehr krafftlose Unterdrückung Andersdenkender bezweckt? Ist sie nicht ein Exempel jener im Grunde lächerlichen, aber in Preußen permanenten Mißfälle in die absolutistische Bevormundungspolitik, mit der Potentaten früher Untertanen gänzelten? Oder wie: es gibt ernsthaftige Gründe, warum vom Jahre 1914 an die Arbeiterschaft nicht mehr Karfreitagkonzerte in der „Neuen Welt“ aufführen darf?

Wer das zu beweisen versuchen würde, den würde ein schallendes Gelächter in den Rinnstein!

Aber mit dem Gelächter wirft man leider noch keinen Polizeipräsidenten vom Sockelchen. Und die Kulturkreise geben in Preußen weiter.

Zuerst versuchte der Repräsentant preussischen Autentums es mit Programmabtreibungen. Deutorien, wie „Der heilige Franziskus“ von Tinel und Vizitz „Heilige Elisabeth“ waren auf einmal nicht Karfreitagwürdig. Herr Jagow mußte sich damals hier nachfragen lassen — und ganz Berlin hat dazu gespottet — daß er mit solchen Verbotsen sich untertänig lächerlich macht: die katholische Kirche hat niemals das weltliche Vorleben des heiligen Franz gezeugnet, an dem der protestantische Polizeioberster solchen Anstoß nahm. Und war es nicht eine Verschimpfung des großen Künstlers und Menschen Franz Vizitz, sein Deatorium zu verbieten? Kann ein Mann von Kultur — oder erhebt Herr v. Jagow keinen Anspruch darauf, es zu sein? — sich so an den heiligsten Gütern seiner Nation vergreifen, daß er die Allmacht aller Polizeipräsidenten der Welt überdauernde Kunstwerke tötet, für Tausende tötet, die andächtig und hingegenben sich von ihnen erfüllen lassen wollen? Ehrt er so die Großen seines Volkes?

Da die Nadelstiche und Hemmungsmandate nichts mehr halfen und ein ausgeprochen artistisches Deatorium schließlich erlaubt werden mußte, ging man auf ganz andere Weise vor: der brutale Polizeiknippel des Dauerverbotes faufte nieder. Da Geist und Blut nicht ausreichten, griff man zum dümmsten „Erziehungsmittel“: man verbot, man verbot für immer und ewig aus pures Unterdrückungsinst. Aus Schillene.

In der „Neuen Welt“ dürfen das ganze Jahr Konzerte aufgeführt werden, wenn sie jemand dazu pachtet, und in der Tat veranstaltet

unmögliche Auslegung geben. Die Berichte sind, wenn der Aufsichtsbearbeiter sich nicht mit einer Verwarnung begnügt und es überhaupt zu einer gerichtlichen Verhandlung kommt, sehr milde. Hierfür werden eine Reihe Beispiele angeführt.

Eine lobende Anerkennung wird der Mannheimer Kinderschulskommission im Berichte gezollt. Es heißt da:

„Eine Kinderschulskommission der Freien Gewerkschaften in Mannheim fördert die Durchführung des Kinderschulgesetzes sehr. Die Mitglieder dieser Kommission suchen die gewerblich tätigen Schulkinder zu ermitteln, Zuwiderhandlungen gegen die Befehle durch persönliche Einordnungen abzustellen und den Ursachen von Mißhandlung und Ausbeutung der Kinder nachzugehen. Nur wo auf gutlichem Wege Abhilfe nicht erreicht wird, soll die Hilfe der Behörden in Anspruch genommen werden. Die Zahl der Kommissionsmitglieder ist groß, auf den einzelnen entfallen nur wenige, leicht überschaubare Häusergruppen. Die Zahl der polizeilich ermittelten Befehlswidrigkeiten ist denn auch in Mannheim verhältnismäßig klein.“

Dass hier von den Gewerkschaften praktische Arbeit geleistet wird, muß selbst von einer staatlichen Behörde offen anerkannt werden.

Bezüglich der Unfallverhütung scheint sich nichts gebessert zu haben. Denn der Bericht schweigt sich über die Zahl der vorgekommenen Unfälle völlig aus. Es wird nur mitgeteilt, daß 48 Unfälle mit tödlichem Ausgang gemeldet worden seien. Er konstatiert aber doch allgemein vielfach hartnäckige Nichtbeachtung der Vorschriften und der gemachten Auflagen. Ein Arbeitgeber und ein Arbeiter, die durch eigenes Verschulden den Tod eines Arbeiters herbeigeführt hatten, waren zu drei und zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Im Gnadenwege wurden die Strafen in 500 und 100 M. umgewandelt.

Die Klagen über die Verträge gegen die gesetzlichen Vorschriften seitens des Unternehmertums werden auch im nächsten Jahre sicherlich wiederkehren. Das Affordsystem, das Bestreben der Unternehmer, jede Maschine möglichst bis zur höchsten Leistungsfähigkeit auszunutzen, wird verhindern, daß die Zahl der Unfälle zurückgeht.

Das Unternehmertum unterscheidet sich auch im Musterlande durch nichts von seinen Klaffensgenossen in den übrigen Ländern. Der Import billiger Arbeitskräfte, um die Löhne der einheimischen Arbeiter niedrig zu halten, die Bildung von Streikbrechergarden zu dem gleichen Zwecke sind die Mittel, die es gegen die aufstrebende Arbeiterschaft genau so praktiziert wie die preussischen Kohlenbarone.

## Französischer Parteitag.

Erster Tag.

Westf., 23. März. (Fig. Ber.)

Der 10. Parteitag unserer französischen Genossen tagt in einer sozialistischen Stadt. West hat einen sozialistischen Gemeinderat und einen sozialistischen Deputierten, den Genossen Soude. In diesem Nordwestwinkel Frankreichs werden häufige politische Kämpfe geführt. Der Ort ist nicht leicht für revolutionäre Ideen zu gewinnen, ist er aber einmal gewonnen worden, hält er zäh daran fest. In West sind die Parteien stark geschieden. Der Sozialismus hat es hier mit einem kampflustigen, sonatistischen und rücksichtslosen Merkantilismus zu tun. In den vorletzten Gemeindevahlen gelang es diesem, die sozialistische Stadthausmehrheit zu stürzen. Eine insame Lügenkampagne, die ihre Wesseln bis in die Verleumdung des Wahlerschaft unseren Genossen das Vertrauen von neuem beschigt und so die Anlagen der Merkantilen und Kapitalistischen Gegner Lügen gestraft.

Für die Organisation und sozialistische Erziehung der Arbeiterschaft bleibt indes noch genug zu tun. Für eine sozialistische Wählerchaft von 7000 ist der Mitgliederstand der lokalen Parteisektion — etwa 250 — sehr gering. Auch ist unter der Arbeiterschaft des Arsenals, die den Kern der Partei bildet, auch das gelbe Element noch stark vertreten. In West war ja seinerzeit der berühmte Diktator gewählt worden.

Dem Kongress sind am Freitag und Sonnabend zwei Volksversammlungen vorangegangen, deren Besucherzahl mit 4000 nicht zu hoch eingeschätzt ist. In der zweiten sprach neben Baillant, Compère-Morel und Sach in auch Genosse Wollenbuh, der Delegierte des deutschen Parteivorstandes, dessen Erscheinen auf der Tribüne eine begeisterte Kundgebung für die deutsche Sozialdemokratie und die internationale Solidarität auslöste. Als Schlichter setzte Genosse Grumbach die Friedenspolitik der Sozialisten und aller Parteien des Reichlandes auseinander. Zwei Duzend Merkantile Jünglinge, die mit der Absicht gekommen waren, zu demonstrieren, wagten sich gar nicht in den Saal und begnügten sich, ihren patriotischen Horn vor dem Tor kundzugeben. Die Versammlungen aber gestalteten sich zu

den fühlte er eine hochgradige Ermattung und Schwere der Augenlider, so daß er erklärte, er könne nicht mehr, sein Kopf sei schon ganz wässrig und die Augen schmerzten. Der Akademiker hielt den Versuch etwas über 1/2 Stunden aus; dann waren auch äußerliche Zeichen der Erschöpfung bei ihm bemerkbar, und nach am nächsten Morgen fühlte er eine große Mattigkeit. Der Künstler, trotz seiner Herosität ein willensstarker Mensch, hielt 50 Minuten aus, hatte dann aber sehr heftigen Kopfschmerz und ungewöhnlich langsamen und schwachen Puls; er mußte sich sofort zu Bett legen, und er hatte dann das Gefühl, als habe und senke sich das Bett mit ihm; es dauerte stundenlang, bis er den Schlaf finden konnte. Aus diesen Ergebnissen seines Versuches folgert der Verfasser, daß bei häufigen und andauernden Besuchen von Lichtspielen, wie sie gerade bei Jugendbildern heute beliebt seien, die schädlichen Folgen für Augen und Nerven geradezu verheerend sein müßten.

## Notizen.

Die Künstler organisieren sich wirtschaftlich. Nachdem München vorangegangen (dort sind an 1200 Mitglieder dem „Wirtschaftlichen Verband bildender Künstler“ beigetreten) folgt jetzt Berlin in der Organisation der Künstler. In den ersten Apriltagen wird hier eine große öffentliche Künstlerversammlung stattfinden, die den erstrebten wirtschaftlichen Zusammenschluß der Künstlerchaft zunächst für Berlin vorbereiten soll. Namhafte Künstler verschiedener Lager sind für den Aufbruch gewonnen und die verschiedenen Künstlerverbände beraten ihrerseits über Wege und Ziele.

Die „Räuber“ auf historischem Boden. Auf der Höhe über Stuttgart, im Popfswald, wo Schiller insgeheim sein Erstlingswerk im Kreise der Freunde von der Karlschule vortrug, soll in diesem Jahre eine Freizeitanstalt für die Aufführung von Schillers „Räuber“ errichtet. Mitglieder des Hoftheaters und die Studentenschaft der Technischen Hochschule werden mitwirken. Insgesamt sollen 200 Personen, darunter 80 zu Pferd, die Naturbühne füllen und 3000 Personen werden auf dem Zuschauerraum Platz finden.

Die Gemäldesammlung Remes, die zurzeit in der Düsseldorfener Kunsthalle ausgestellt ist, soll im Mai in Paris versteigert werden. Die Sammlung, die gute Impressionisten, aber auch alte Meister, darunter den neuesten Modestücken Greco enthält, wurde reichhaltiger auch in München ausgestellt. Früher trennten sich die Liebhaber sehr schwer von ihren Schätzen, heute sehr gern, denn sie sammeln ja meist aus Spekulation.

einem wahren Volksprotest gegen die dreijährige Dienstzeit.

Am Sonntag fand auch eine nationale Konferenz der sozialistischen Jugend statt, die nützliche Arbeit leistete und vorbereitete.

Heute vormittag hat der Kongress begonnen. Er tagt im Festsaal der Stadt, einem Raum von sehr großen Dimensionen, der mit dem schlechten Brunkelmauerwerk ausgefüllt, aber mit seiner elenden Akustik für seine heutige Aufgabe wenig geeignet ist. Inbes haben sich die Genossen der Stadt alle Mühe gegeben, den Delegierten alle, ihre Arbeit erleichternden Bequemlichkeiten zu bieten.

Die Vormittagsitzung, die von Genossen Dubreuilh eröffnet wird, gilt der Festsetzung der Tagesordnung. Vorher aber heißt der Parteisekretär den Genossen Wollenbuh willkommen und bittet ihn, im Bureau Platz zu nehmen. Der Kongress heißt den Abgeordneten der deutschen Sozialdemokratie mit anhaltendem Beifall willkommen. Baillant legt hierauf dar, daß die politischen Ereignisse der letzten Zeit die Einhaltung der ursprünglich festgesetzten Tagesordnung unmöglich gemacht haben: Was jetzt in erster Linie zu stehen hat, ist der Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit, gegen Militarismus und Imperialismus. Dieser Gegenstand muß aber schon morgen behandelt werden — denn am Dienstag müssen alle Deputierten in der Kammer sein. Unter diesen Umständen ist es aber auch nicht möglich, die „allgemeine Aktion der Partei“, die mit der Agrarfrage der Hauptgegenstand der festgesetzten Tagesordnung war, zu diskutieren. — Compère-Morel will auch die Beratung der Agrarfrage vertagen. Man schlägt vor, die Diskussion über beide Gegenstände einem eigenen Kongress vorzubehalten. Unter diesen Umständen wäre aber auch die Ausdehnung des Parteitag auf eine volle Woche überflüssig. Es ist klar, daß das Fehlen der Deputierten — Jaurès, der in der Armeekommission überbeschäftigt ist, und Guéde, der schwer krank ist, sind überhaupt nicht gekommen und Thomas ist durch die Arbeit in der Budgetkommission zurückgehalten — die Debatten sehr beeinträchtigen muß. Man beschließt, den Abschluß der Diskussion über die dreijährige Dienstzeit abzuwarten und dann zu bestimmen, wann der Parteitag beendet werden soll.

Am Nachmittag veranstaltete die Partei eine Straßenkundgebung, an der mehrere Tausend Personen teilnahmen. Unter der Fahne der Föderation des Departements Finistère zog die Masse vom Stadthaus zum Kongressgebäude, von dessen Freitreppe die Genossen Brade und Baillant Ansprachen hielten. Nebenher ertönten Protestrufe gegen die dreijährige Dienstzeit. Man sah viele Soldaten des Heeres und der Marine in den Straßen. Am Beginn der Nachmittagsitzung ergreift das Wort

Genosse Wollenbuh: Wenn wir die Kongresse der Arbeiterparteien befehlen, ist das nicht eine bloße Höflichkeitserklärung, sondern ein Ausdruck der Tatsache, daß alles, was den Sozialismus eines Landes berührt, auch unsere eigenen Interessen berührt. Der Fortschritt des Sozialismus in einem Land ist auch sein Fortschritt im anderen. Die deutsche Partei wird oft wegen der Millionenfiguren in unseren Berichten von den ausländischen Parteien beneidet. Man glaubt daraus schließen zu dürfen, daß wir lächerliche Kerle seien als die Genossen anderswo. Aber es sind nicht unsere eigenen Tugenden, sondern zum Teil unsere Gegner, die dies bewirkt haben. Wenn man bedenkt, daß die deutsche Sozialdemokratie auftrat zu einer Zeit, da bei uns noch mehrere Duzende Staaten mit einer Tyrannei in vielfältigster Form bestanden, wenn man sich des Sozialistengesetzes erinnert, das uns zwang, die Unterdrückung der zahllosen Verfolgten und Gemährten zu organisieren. Man fragt uns jetzt: Was könnt ihr mehr leisten als die Genossen anderswo? Darauf müssen wir antworten: Leider nichts. Wohl haben wir alle Elemente des Fortschritts vereinigt, aber auch alle reaktionären, kapitalistischen sind zusammengeschlossen. Wir haben die geschlossene Phalanx der Gegner gegen uns. Dies führt uns auf politische Gebiet hinüber. Heute spielt auch bei uns die Militärfrage eine entscheidende Rolle. 1887 gingen in dieser noch das Zentrum und die Freisinnigen mit uns. 1893 noch das Zentrum und der größte Teil der Freisinnigen. Seither sind Zentrum und Freisinn umgefallen. Die Sozialdemokratie ist jetzt der einzige Gegner des Militarismus. Wer diese unsere Gegnerschaft leugnet, ist ein Verleumder. Warum scheitern die Versuche, die Versicherungsgesetzgebung zu verbessern? Warum hat man erst unlängst die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre abgelehnt? Am lumpigsten 8 Millionen Mark wüßten. Für den Militarismus aber bewilligt man leicht 80 Millionen. Wir sind für den Weltfrieden. Die herrschenden Klassen sehen im Militarismus einen Schutz ihrer Klasseninteressen. Wir bekämpfen den Militarismus um dieser Eigenschaft willen, ferner wegen des Schabens, den er der Volkswirtschaft zufügt, durch Verschwendung von Arbeitskräften und Geld. Aber die Hauptsache ist, daß wir Anhänger des Friedens und Gegner der reaktionären Gesellschaft sind, die ein Volk gegen das andere aufspielen will. Der Militarismus hat die Klassensinteressen hinter sich, aber die große Masse des Volkes, nicht nur die Arbeiterklasse, will den Frieden haben, ein Staatswesen, das die Wohlfahrt aller fördert. (Stürmischer Beifall.)

Compère-Morel, der den Vorsitz führt, dankt Wollenbuh, besonders auch für die Versicherung, daß die deutsche Sozialdemokratie ebenso gegen den Militarismus kämpft wie die französische — eine Versicherung, die angesichts der Lügen der Bourgeoispressen von besonderer Wichtigkeit ist. (Beifall.)

Dubreuilh verliest Begrüßungen der Parteien Englands (J. L. P.), Italiens, Belgiens, Hollands, Oesterreichs, der russischen Sozialrevolutionäre, der rumänischen Sozialisten und der Sozialisten von Saloniki.

Es wird hierauf in die Diskussion über die Parteiberichte eingegangen. Der Bericht des Sekretariats wird einstimmig angenommen. Beim Bericht des Kassierers kommt es zu einer längeren Debatte, die mit der Annahme einer Resolution endet, worin bestimmt wird, daß eine fünfjährige Kommission zum Studium der Reorganisation der Verwaltung gewählt werden soll. Gleichzeitig wird ausgesprochen, daß damit kein Mißtrauen, sondern nur das Streben nach einer Modernisierung der Verwaltung kundgegeben werden soll.

Es kommen nun Konfliktsfälle zur Sprache. Die Ausschließung des Deputierten Faure, der sich an einer Spielbank beteiligt hatte, findet keinen Widerspruch. Sehr heftig ist die Diskussion über einen Konflikt in der Ferienkolonie der Partei „Le Grand Air“, dessen früherer Verwalterin Genossin Comber Anklagen gegen andere Genossen gerichtet und den von ihr selbst gewählten Schiedsrichter, Genossen Pressensé, der Parteilichkeit beschuldigt hat.

In der Nachmittagsitzung, die angefangen werden muß, um morgen mit der Militärdebatte zu beginnen, wird die Entscheidung des Schiedsgerichts mit allen gegen vier Stimmen zur Kenntnis genommen.

Hierauf erstattet Genosse Brade den Bericht über die „Gummanit“. Der Fortschritt des Blattes spiegelt sich in folgenden Ziffern wider. Am 24. Januar, d. h. am letzten Tag, wo das Blatt vierseitig erschien, wurden in Paris und Umgebung 24 800 Exemplare verkauft. Die Provinz hatte 4400 Abonnenten, im ganzen wurden in der Provinz 50 000 Exemplare täglich abgesetzt.

Jetzt ist der Absatz in Seine-Departement um durchschnittlich 50 000 gestiegen. Die Abonnentenzahl ist um 5000 vermehrt, sie beträgt in der Provinz 7400, im ganzen beträgt die Steigerung des Absatzes 73 Proz. Die unverkauften Nummern erreichen nirgends mehr als 80 Proz., ein recht günstiger Satz. Am Tage der Friedensmanifestation in Pro St. Germain am 17. März wurden über 180 000, am folgenden Tag über 145 000 Nummern verkauft. — Die Hauptkategorie bleibt zur Sicherung des Blattes erstens die Erhöhung der Abonnentenzahl und die Errichtung der eigenen Druckerei. Brade hebt besonders noch die Einigkeit aller Mitarbeiter und ihr ungebrochenes Einvernehmen mit dem Direktor des Blattes Jaurès hervor.

Die Sitzung wird um Mitternacht geschlossen.

## Kongress der belgischen Arbeiterpartei.

Brüssel, 24. März. (Fig. Ber.)

### Die Generalfestreife.

Es erfolgen die Berichte der Vertreter der Wahlkreisorganisationen.

Deputierter Maroille (Voringe) teilt mit, daß sich sowohl die Föderation der Bergarbeiter, die 18 000 Organisierte zählt, wie die Föderation des Voringe, die 150 Organisationen vereinigt, einstimmig für den Generalfeststreik ausgesprochen haben. Wenn das Signal gegeben werden wird, werden im Osten von Voringe 40 000 Arbeiter feiern. Mit derselben Disziplin werde auch die Wiederaufnahme der Arbeit im gegebenen Moment erfolgen.

Souplit (Charleroi) berichtet im selben Sinne. Die Organisationen votierten einstimmig den Generalfeststreik. Die Begeisterung unter der Arbeiterschaft ist groß. Der Redner versichert, daß in Charleroi die Disziplin gewahrt werden und der Streik in aller Ruhe verlaufen wird. Souplit fordert, daß ein Kongress allein das Ende des Streiks bestimmen soll.

Coureur (Soignies) berichtet, daß im Hennegau die begeisterte Streikstimmung herrscht und die Arbeiter seines Kreises einstimmig und enthusiastisch dem Streik zugestimmt haben.

Rouffeu (Thun) berichtet das gleiche und erklärt sich ebenfalls dafür, daß ein Kongress das Ende des Streiks festsetzt. Auch dieser Redner verbißt einen friedlichen Verlauf.

Carlier (Ath-Tournai) vertritt einen größtenteils ländlichen Kreis. Die Situation dort hat sich früher wesentlich gebessert und es steht zu hoffen, daß die Region etliche Tausende Streikende zählen wird. Der Redner wünscht eine Politik der energischen Aktion gegenüber jenen Leuten, die die Arbeiterschaft betrogen und gehöhnt haben.

Trochet (Lüttich) teilt mit, daß die Broqueville'sche Handlungsweise die Streikstimmung wieder insbesondere in der Bergarbeiterschaft entfaltet hat. Die Provinz Lüttich wird nicht zurückstehen und am 14. April wird es im Lütticher Becken mindestens 50 000 Streikende geben.

Es sprechen noch Debarsh (Huy) und Hoën, der für die Region von Verdiers günstige Aussichten stellt. Die dortige Föderation hat mit überwältigender Majorität den Streik beschlossen. Die Arbeiter sind äußerst erdittert gegen die Regierung und die Scharfmacher der Merkantilen.

Edelers (Antwerpen) charakterisiert nur kurz die komplizierte Situation in der Hafenstadt, in der zwei Tendenzen in der Streikfrage existieren, da noch ein anderer Redner die Verhältnisse unter den Doodarbeitern behandeln wird.

Verchraegen (Gent) verspricht für Gent 20 000 bis 25 000 Streikende. Zum erstmalig werden diesmal auch die Arbeiter kleiner Orte an der Bewegung partizipieren. Die ganze Provinz dürfte gegen 50 000 Streikende aufbringen.

Debunne (Courtrai) kann nur das Eintreten eines Teiles der Arbeiter Courtrai in Aussicht stellen. Das Hauptkontingent der Arbeiter der Region ist in Frankreich beschäftigt.

Der Redner für Löwen stellt eine Beteiligung der städtischen Arbeiter in Aussicht — auf das Land sei nicht zu rechnen. Es wurde überraschend viel für den Streik gepart.

Pladet (Brüssel) stellt fest, daß Brüssel weit besser abschneiden wird, als man anfangs gedacht. Es ist mächtig vorgearbeitet worden, die gewerkschaftlichen Versammlungen zeigten den besten Geist. Man kann annehmen, daß Brüssel 30—35 000 Streikende zählen wird. Es sind besondere Maßnahmen getroffen, damit der Streik seinen vorbestimmten ruhigen Charakter behält. Ein Stab von 250 Genossen wird die „Ordnungspolizei“ der Streikenden bilden.

In der Nachmittagsitzung kommen die Vertreter der großen beruflichen Organisationen zu Wort.

Für die Föderation der Metallarbeiter spricht Sekretär Solau. Die 31 000 organisierten Metallarbeiter warten auf das Lösungswort des Kampfes und sind bereit.

Im Namen der Bergarbeiterföderationen spricht Lombard. Die Bergarbeiter haben bewiesen, daß sie Disziplin zu halten verstehen und sie werden sie auch im Generalfeststreik getreulich beweisen. In bezug auf die Bergarbeiter sei der Erfolg gesichert.

Für die Steinarbeiter gibt Martel einen günstigen Bericht. Mit Ausnahme Kamärs, wo die Organisationen schwach sind und der Merkantilismus festhält, werden die Arbeiter dieser Branche wie ein Mann in den Streik treten.

Die Lage im Antwerpener Hafengebiet setzt Wieme auseinander. Die Dooder machen eben eine Krise durch; die Einführung von Maschinen, die bevorstehende Heranziehung ländlicher Arbeiter läßt die Dooder Arbeitslosigkeit befürchten. Auch ist die Zeit des Streiks nicht günstig für die Dooder. Wenn die Hafenarbeiter indes entsprechend unterstützt werden, wird auch Antwerpen Erfolg bringen.

Für die Fabrikarbeiter in der flandrischen Textilindustrie, für die Gutarbeiter und Glasbläser werden günstige Situationsberichte gegeben.

Als erster Redner der Minorität des Streikkomitees spricht

Huymans, der erklärt, nicht Gegner des Generalfeststreiks überhaupt zu sein, sondern nur gegen seine Anwendung im gegenwärtigen Augenblick. Der Redner hält dafür, daß der Streik derzeit überflüssig ist und den erhofften Erfolg, die Revision, nicht bringen könne. Im Gegensatz zu Anseles findet Huymans, daß sich die zweite (letzte) Erklärung des Ministerpräsidenten wesentlich von der ersten unterscheiden und wegen unterscheiden. Die von dem Kabinettschef zugestandene Kommission muß logischerweise zu einer Untersuchung und Prüfung des gesamten Wahlrechtsproblems führen. Diese Idee liegt der Kommission implizite zurunde. — In seiner weiteren Argumentation sagt Huymans, der übrigens oft von heftigen Zwischenrufen unterbrochen wird, die ihn minutenlang am Reden hindern, daß die Arbeiterklasse die Taktik des Zuwartens wohl verstanden und sich zu ihr heute befehrt haben würde, gerade so wie sie sich seinerzeit überzeugen ließ. (Hier erfolgen wiederholte heftige Zwischenrufe: Keim, die Arbeiterschaft würde das nicht begreifen. Huymans wiederholt seinerseits: die Arbeiterschaft würde das begreifen! Der Lärm legt sich erst nach geraumer Weile.) Der Redner fährt fort: Die Revision ist auf dem Marsch. Die liberale Partei, ein Teil der Rechten verlangen sie. Also einen Streik, um eine neue ministerielle Erklärung herbeizuführen? Wenn der Streik nach Anseles Meinung ein „Energiestreik“ sein soll, würde er dann nicht eigentlich gescheit, um zu einem Resultat zu kommen, das wir ohne Streik haben können; zur Erweiterung der Kommission? Der Redner widerspricht auch Anseles in Hinsicht der Gewerkschaften, die nicht den Generalfeststreik wünschen können. Huymans kommt schließlich zur Konklusion: der Streik kann die Sache der Revision nicht vorwärts bringen, ihr viel eher schaden. Ein Streik ohne erreichbares Ziel ist ein Fehler. Diese Auffassung auszusprechen“, schließt Huymans, „war ich meinem Gefühl der Verantwortlichkeit schuldig.“

Der nächste Redner, Deputierter Desfröe, bekämpft die Argumentation des Vorredners unter dem demonstrativen Beifall des Kongresses in längerer Rede.

Als letzter Redner, gleichfalls als Sprecher der Minorität, erhält noch das Wort

Vanderweide, der sich in jedem Betracht mit dem Vorredner solidarisch erklärt. Die Argumente, die ich gegen Desfröe und Anseles liefern könnte, würden nur unseren Feinden dienen — ich unterlasse sie daher. Die von uns verfolgte Taktik des Entgegenkommens vor nicht dem Gefühl, sondern der Vernunft entspringt. Aber sie konnte nur so lange unseren Zwecken dienlich sein, so lange wir alle unsere Freunde auf unserer Seite hatten. —

Am dem Tag, an dem Desiro und Ansele dem Generalstreik zustimmen, war dessen Triumph gewiß. Mehr als der Wille dieser hat freilich die Regierung dazu beigetragen, die persönliche Taktik der Herrlichen Blätter. Sie haben sich gefügt und ernten nun Stürme. Der Sturm ist da. Um so schlimmer für sie." Wandervogel schließt mit den Worten, daß er in den sechs letzten Monaten nichts unterlassen, das Menschenmöglichste getan, um im Verein mit den übrigen Genossen der Arbeiterklasse den Kampf zu eripieren. Nun sei die Stunde da und die "Besten" der Minorität werden an der Seite aller für den Sieg der Sache gegen den gemeinsamen Feind kämpfen.

(Wir haben über die Abstimmung, die Annahme der Generalstreikresolution bereits telegraphisch gemeldet; den Zusatzantrag bringen wir morgen noch im Wortlaut.)

## Der 21. Parteitag der Independent Labour Party.

II.

Manchester, 24. März. (Eigener Bericht.)

Der Eröffnung des 21. Parteitags der Independent Labour Party zu Manchester gingen eine Reihe von Vorlesungen und Versammlungen voraus. Besondere Erwähnung verdienen die Konferenz der sozialistischen Gemeindevertreter, die Freitag und Sonnabend tagte, und die große Demonstration, die gestern (Sonntag) in der Free Trade Hall stattfand. Die Demonstration wurde durch das Treiben der Suffragettes sehr gestört, die namentlich den Genossen Keir Hardie beständig unterdrückten. Man mußte mehrere Rednerinnen aus dem Saale entfernen. Was diese Frauen damit bezwecken wollen, daß sie die besten Freunde des Frauenstimmrechts beständig belästigen, ist jedem vernünftigen Menschen ein Rätsel. Wie unfruchtbar ihr Treiben ist, erhellt aus dem Vorwurf, den eine der militanten Damen dem Genossen Keir Hardie machte, nämlich daß er und seine Freunde in der Rede-Debatte kein Amendement über das Frauenstimmrecht gestellt hätten. Wäre nun ein derartiges Amendement gestellt und — was sicher ist — niedergestimmt worden, so hätte man in dieser Session überhaupt keine Frauenstimmrechtsvorlage einbringen können.

Der Parteitag wurde um 10 Uhr morgens in der Association Hall von dem Vorsitzenden der I. L. P., dem Genossen Anderson eröffnet. Es waren 178 Mitgliedschaften durch 232 Delegierte vertreten. Nach Verlesung der Begrüßungsgramme, die von der Sozialdemokratie Deutschlands und Belgiens, von der S. S. P. und einigen anderen englischen Organisationen eingelaufen, und nach den Begrüßungsreden der Vertreter der lokalen Organisationen nahm der Vorsitzende das Wort zur Eröffnungsrede.

Genosse Anderson schilderte in breiten Worten die gegenwärtige Tätigkeit der I. L. P. während der 20 Jahre ihrer Existenz. Er wies darauf hin, daß sich in dieser Zeit viel verändert, daß die politischen Streitfragen der bürgerlichen Parteien die Wähler nur noch schwach interessieren, daß die Politik einen anderen, einen sozialen Inhalt bekommen hätte. Wenn heute die Regierung vorschläge, das Haus der Lords abzuschaffen, würde dies höchstens noch die Lords in Erregung bringen. Das soll plagten andere Sorgen. Die Löhne ständen still, die Reallohne sanken, und die Einkommen der Besizenden stiegen um 200 Millionen Pfund in einem Jahre. Die Streiks, die in den letzten Jahren stattgefunden, warnten die Herrschenden, daß die Zustände nicht so bleiben könnten, wie sie seien. Dann ging der Redner auf die Sozialreform der Regierung ein und wies darauf hin, daß all diese Reformen nicht die Kernfrage berührten. Was habe man getan, um der Ausbeutung der Armen durch die Reichen Einhalt zu gebieten. Nichts, absolut nichts. Der moderne Kapitalismus drücke den Arbeiter mit größerer Schnelligkeit tiefer herab, als ihn die Sozialreform aufrechte. Jeder Fortschritt in der Technik diene nur den herrschenden Klassen. Die Liberalen versuchten einen brüchigen Damm dadurch zu heilen, daß sie die Hand vor das eine oder das andere Loch hielten. Aber es zeigte sich immer neue Risse. Kein Flickwerk tue not, sondern ein neuer Damm. Sie, die Sozialisten, hätten eine neue Charter des Volkes entworfen, keine politische, sondern eine soziale Charter. Gute und gesunde Wohnungen, Minimallohn, Achtundstündtag, Verpflegung der Kinder; das seien Punkte in dem neuen Freibrief. Manche Genossen möchten sagen, daß dies nicht Sozialismus sei. Aber um die sozialistische Gesellschaft zu errichten, müsse man vor allen Dingen zuerst die Sämpfe und Moräste des Kapitalismus austrocknen.

Besonders warm waren die Worte des Genossen Anderson in bezug auf den internationalen Rüstungswahnsinn. „Ich benutze diese Gelegenheit“, so führte er aus, „um unseren sozialistischen Genossen in Deutschland und Frankreich wegen ihres tapferen und unermüdbaren Kampfes, den sie augenblicklich gegen den wahnsinnigen Militarismus führen, unsere tiefste und wärmste Bewunderung auszusprechen. Wir versichern ihnen, daß wir in diesem Lande dem Internationalismus und dem Frieden nicht weniger treu ergeben sind. In dieser Frage sind die Herrschenden die offenen Feinde des Volkes, und die Solidarität der Arbeiter der Welt bietet den einzigen wirksamen Schutz gegen den Vormarsch des Militarismus. Wir sagen unseren deutschen Genossen, daß welches Vertrauen Deutschland gegenüber auch in dem Kriegsministerium oder dem Auswärtigen Amt Großbritanniens bestehen mag, bei dem britischen Proletariat gibt es kein Mißtrauen Deutschland gegenüber, sondern nur den Wunsch nach engerer Freundschaft und einem besseren Einverständnis. Wir werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln ein Friedensbündnis zwischen Großbritannien, Deutschland und Frankreich erstreben. Länder, die vereint die Welt von einem furchterlichen Aberglauben befreien könnten. In bezug auf die Agitation zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht habe ich nur ein Wort zu sagen: Wir werden sie mit der ganzen Macht unserer Bewegung bekämpfen, wir werden sie mit jeder uns zu Gebote stehenden Waffe bekämpfen, wir werden gegen sie bis zum letzten Atemzug kämpfen.“

Der größte Teil des ersten Tages wurde von den Debatten über den Vorstandsbericht in Anspruch genommen. Die präzise finanzielle Lage der Partei und die Politik der parlamentarischen Vertreter wurden lebhaft besprochen. Der Vorstand legte auseinander, wie die Herausgabe des Tagesblattes („Daily Citizen“) den Absatz des „Labour Leader“, des offiziellen Wochenblattes der Partei, beeinträchtigt habe. Der Kassierer der Partei gab in bezug auf die Lage der I. L. P. einige interessante Erklärungen ab. Er führte aus, daß man von dem Rückgang der Beiträge, die die Sektionen an die Hauptkasse abgibt, nicht auf die Lage der Partei schließen könne. Man dürfe nicht vergessen, daß die Mitgliedschaften in den letzten 3 oder 4 Jahren gewaltige finanzielle Opfer gebracht hätten. Die I. L. P. habe in der Zeit gegen 40 000 Pfund (800 000 M.) für zwei allgemeine Parlamentswahlen, die Ausdehnung der Wahlberechtigung und für den „Daily Citizen“ aufgebracht. Die finanzielle Kraft der Mitgliedschaften sei in anderer Richtung in Anspruch genommen worden; ihm hänge nicht vor der Zukunft.

Sehr interessant war die Debatte über den Teil des Vorstandsberichts, der von dem Frauenstimmrecht handelt. Dort wird die Nationale Union der Frauenstimmrechtsvereine „die einflussreichste der Frauenstimmrechtsorganisationen“ genannt. Gegen diese Vereinerung erhoben Lansbury und verschiedene seiner Freunde heftigen Einspruch. Sie behaupteten, Frau Bankhurst und ihre Gefolgschaft hätten weit mehr zur Popularisierung des Frauenstimmrechts beigetragen als die Nationale Union, die vor kurzem der Arbeiterbewegung ihre Hilfe angeboten habe. Darauf gab Dr. Marton Phillips, die Sekretärin der „Womens Labour League“ die Antwort, daß die weit verbreitete Ansicht, die Suffragettes hätten die Frage des Frauenstimmrechts in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gerückt, durchaus falsch sei. Frau Bankhurst habe es glücklicherweise so weit gebracht, daß man nur noch die Unheil der gewalttätigen Propaganda diskutierte und das eigentliche Ziel aus

dem Auge verloren habe. Sie habe keinen Grund, sich für die Nationale Union ins Zeug zu legen. Vor etlichen Jahren habe sie diese Organisation verlassen, da sie zur Ansicht gekommen sei, daß der Platz für eine Sozialistin in den Reihen der sozialistischen Partei ist. Sie müsse jedoch zugeben, daß nach der Arbeiterbewegung die Nationale Union das meiste für die Propaganda des Frauenstimmrechts geleistet habe. Genossin Webb, eine Vizepräsidentin der National-Union, verließte vermittelnd einzugreifen; aber der Parteitag sprach sich mit großer Mehrheit für die Beibehaltung der Worte im Vorstandsbericht aus.

Das Frauenstimmrecht gab später noch Anlaß zu einer interessanten Episode. Wie erinnerlich sein wird, unterstützte die I. L. P. bis vor einigen Monaten eine opportunistische Politik in der Frage des Frauenstimmrechts. In dem diesjährigen Vorstandsbericht heißt es aber, daß die politische Gleichstellung der Frau die endgültige und demokratische Lösung der Frage sei. Ein Delegierter verlangte nun, der Vorstand solle sein Bedauern für die falsche Politik ausdrücken, die er sieben Jahre lang verfolgt. Western sei Keir Hardie von den Anhängern der Frau Bankhurst öffentlich beleidigt worden. Das sei der Dank, den man ernte, und das sei die Folge davon, wenn man das Prinzip dem Opportunismus geopfert habe.

## Soziales.

Aus dem Oberversicherungsamt Groß-Berlin.

Seit dem 1. Juli 1912 sind die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung entsprechend der Reichsversicherungsordnung in königliche Oberversicherungsämter umgewandelt, ihre Befugnisse und ihr Wirkungsbereich ist dadurch wesentlich erweitert worden. An maßgebender Stelle scheint man sich indessen über die Aufgaben des königlichen Oberversicherungsamts selbst nicht klar zu sein.

Wir greifen hier zunächst nur eine für die Verletzten und auch für die Arbeiter im allgemeinen wichtige Bestimmung der Reichsversicherungsordnung heraus.

Der § 140 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung besagt: „daß die Oberversicherungsämter den „Ortslohn“ festzusetzen haben. Bisher sind die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten zu hören, das Versicherungsamt hat sich nach Anhörung der Gemeindebehörden und der Vorstände der beteiligten Krankenkassen gutachtlich zu äußern.“ § 151 bestimmt: „daß die Ortslöhne gleichzeitig im ganzen Reiche, und zwar zunächst bis zum 31. Dezember 1914, dann immer auf vier Jahre festgesetzt werden müssen.“

Dies wäre dringend zu wünschen, daß das Oberversicherungsamt dieser Pflicht nachkommt. Denn in dem Bezirk des Oberversicherungsamts Groß-Berlin bestehen „Ortslöhne“ (Tageslohn gewöhnlicher Tagelöhner), die seit vielen Jahren festgesetzt sind und die in gar keinem Verhältnis zu dem heute wirklich verdienten Lohne der Arbeiter bzw. Arbeiterinnen stehen. Der „Ortslohn“ spielt indessen bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes zur Festsetzung der Rente eine sehr wichtige Rolle (siehe §§ 567, 570 der Reichsversicherungsordnung). Deshalb das Oberversicherungsamt Groß-Berlin noch nicht zur richtigen Festsetzung der Ortslöhne unternommen hat, ist unverständlich.

Ueber die Anwendung der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung für die Unfallversicherung scheinen die Ansichten der Herren Degeneraten der Spruchkammern recht kraus zu sein.

Der Artikel 60 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung besagt ausdrücklich, daß, soweit die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung den Verletzten günstiger sind wie das bisherige alte Recht, und das Rentenfestsetzungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, die neueren günstigeren Bestimmungen zugunsten des Verletzten anzuwenden sind.

Man sollte nun annehmen, daß der Vorsitzende einer Spruchkammer auch dementsprechend handeln würde. Nach uns zureichenden Mitteilungen und Beschwerden ist das fast nicht der Fall. § 563 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß von dem ermittelten Jahresarbeitsverdienst 1800 M. soll (früher 1600 M.) und der überschüssige Teil mit einem Drittel in Anrechnung zu bringen sind. Diese Bestimmung bedeutet einen Vorteil für die Unfallverletzten gegen früher. Denn dadurch steigt der der Rentenberechnung zugrunde zu legende Jahresverdienst ohne weiteres um 200 M. Daher ist gemäß Artikel 60 des Einführungsgesetzes die neue Bestimmung der Reichsversicherungsordnung bei allen noch nicht erledigten Sachen, ganz gleichgültig, wenn der Rentenfestsetzungsentscheid erteilt ist, in Anwendung zu bringen.

Das geschieht auch in einigen Spruchkammern. Indessen der Vorsitzende der Spruchkammer VIII scheint den Artikel 60 des Einführungsgesetzes der Reichsversicherungsordnung nicht zu kennen. Vor uns liegen einige Entscheidungen dieses Herrn, aus denen ersichtlich ist, daß er nicht einmal in den Fällen, wo die Verletzten um Anwendung der ihnen günstigen Bestimmungen gebeten haben, darauf eingegangen ist.

Ein derartiges Verhalten ist geradezu unverständlich. Das ist eine Schädigung der Verletzten, gegen die auf das allerentschiedenste Protest erhoben werden muß. Liegt das an ungenügender Information? Oder ist es böser Wille? Hier sollte Herr v. Goltzowski, der Vorsitzende des Oberversicherungsamtes, für Abhilfe sorgen.

### „Kassenlöwen“.

Zu diesem Kapitel erhielten wir u. a. nachstehende Zuschrift eines Arbeiters:

„Gehalten Sie mir zu dem Artikel beiliegend: „Kassenlöwen“ in Nr. 62 des „Vorwärts“, eingehandelt von einem Arzt, einige Bemerkungen.“

Betreffs der Ueberfüllung der Wartezimmer sagte der Arzt: „Man kann sich nicht genug wundern, daß auch die großstädtische, speziell Berliner Arbeiterschaft, die doch in modernem Geiste erzogen und politisch gut geschult ist, diesen schweren Uebelstand ruhig erträgt.“ Ebenjogut könnte man auch sagen: Man kann sich über diese Arbeiterschaft nicht genug wundern, daß sie das schrofne, ja manchmal brutale Wesen einzelner Ärzte Kranken, hauptsächlich Arbeiterfrauen, gegenüber ruhig erträgt. Wir sind viele Fälle bekannt, in denen Ärzte Frauen gegenüber, sowohl was Umgangsformen wie auch Feststellung der Diagnose betrifft, sich von einer Seite gezeigt haben, daß man es den betreffenden, sich krank meldenden Kassenmitgliedern nicht verargen kann, wenn sie ein zweites Mal solch einem Menschenfreund nicht mehr konsultieren. Es braucht ein Arzt kein schönes Gewerbe zu haben, auch ein aufgelautes Wesen ist jedem Arbeiter unüber; man darf aber von einem Arzt erwarten, daß er einen sich krank fühlenden freundlich gegenübertritt. Man darf ferner von ihm erwarten, daß er nicht von vornherein jeden sich krank Meldenden für einen Simulanten ansieht. Ist doch noch nicht immer gesagt, daß, wenn der Arzt keine Krankheit feststellen kann, der betreffende Patient nun ein Simulant ist. Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß angewiesene Patienten nicht wußten, wie sie vor Schmerzen nach Hause kommen sollten und schließlich nach einigen Tagen oder gar nur Stunden gestorben sind. Deshalb meine ich, ist es ganz falsch, wenn der Arzt in dem Artikel über seine Kollegen herzieht, die auf die Wünsche der Patienten eingehen. Es gibt Ärzte genug, die den Patienten gegenüber überhaupt nicht freundlich sein können, die Arbeitsunfähigkeit erst dann feststellen, wenn es absolut nicht anders geht, erst dann, wenn man, wie der Berliner sagt, „auf die Kasse fällt“, die sich aber sehr beeilen, den Patienten wieder arbeitsfähig zu machen.

Erst in den letzten Tagen habe ich wieder solchen Fall erlebt, und sei es mir gestattet, denselben hier vorzutragen: Eine Frau

bekam nachts gegen 12 Uhr schwere Unterleibsblutungen, und zwar so stark, daß sie ohnmächtig wurde; als sie sich später wieder erheben wollte, um Hilfe herbeizurufen, fiel sie wieder ohnmächtig zurid. Dies wiederholte sich mehrere Male, bis ich sie am nächsten Morgen 6 1/2 Uhr bewußlos in ihrem Bette schwimmend in der Küche auf dem Fußboden vorfand. Auf der Infallstation wurde ich von dem Arzt abgewiesen, trotzdem ich ihm den Ernst der Situation klar gemacht hatte; er hielt mir aber einen Vortrag darüber, daß ich seiner Meinung nach zu stark an der Nachtlage gezeugen hatte. Ich fand dann glücklich einen anderen Arzt, der die Blutungen stillte und die Frau weiterbehandelte. Bei seinem Fortgang an diesem Morgen sagte er: „Gönnen Sie mich eine Inappe Stunde länger gerufen, so wäre alles umsonst gewesen.“

Nach 2 1/2 Wochen erhielt die Frau eine Vorladung von der Ortskrankenkasse zur Nachuntersuchung vor dem Vertrauensarzt. Ich ging zu dem die Frau behandelnden Arzt und bat ihn um ein Attest, daß sie wegen der großen Schwäche infolge des großen Blutverlustes nicht zur Nachuntersuchung zu erscheinen brauche. Der Arzt weigerte sich, solches Attest auszustellen, weil er, wie er offen erklärte, die Krankenkasse fürchtete. Er gab mir den Rat, die Frau möge sich hinschleppen, den eventuellen Schaden trüge die Krankenkasse. Die Frau hat sich denn auch — leider — im wahrsten Sinne des Wortes hingeschleppt. Als sie nach der Untersuchung fragte, was nun würde, ob sie nun arbeiten müsse, wehrte der Arzt ab: „Nein, nein! Liegen, liegen!“

Am so größer war aber unsere Bewunderung, als zwei Tage später ein Schreiben von der Krankenkasse entlieft des Inhalts: „Sie sind auf Grund der Nachuntersuchung vom ... d. M. ab für arbeitsfähig erklärt.“ Zwischen dem Tage der Nachuntersuchung und dem Tage der Arbeitsfähigkeit lag gerade eine Woche. Der Kassenzahl war über dieses Schreiben sehr verwundert, könne aber, wie er sagte, hieran nichts ändern. Wenn es nach mir ginge, könnten Sie noch vier Wochen zu Hause bleiben“, meinte er.

Es ist nun ganz ausgeschlossen, daß die Frau arbeitsfähig ist. Sie muß eben arbeiten, um nicht mit ihrem Kinde zu verhungern.

Mir ist weiter von einem anderen Arzt bekannt, daß er die Patienten, welche bei der Untersuchung schlafen oder bei einem operativen Eingriff laut wimmern, anheißelt: „Haben Sie sich nur nicht so!“

Oder ist es vielleicht schön, wenn ein Arzt zu einem lungenkranken jungen Menschen, der den Wunsch äußert, er möchte gern in eine Heilstätte, sagt: „Ich möchte auch in eine Erholungsstätte“, und ihn o h n e Untersuchung entläßt, den Schein aber behält, also „aalglat“ einstreicht?

Oder was soll man dazu sagen, wenn ein Zahnarzt zu einem jungen Mädchen äußert: „In Ihrem Munde sieht's ja aus wie in einem Lumpenfeiler“, und ihr außer dem kranken Zahn, der gezogen wurde, noch einen gefunden Zahn abbricht? Vielleicht auch „aalglat“.

Ich könnte noch mehrere solcher Fälle vorbringen, will aber davon Abstand nehmen.

So richtig es ist, daß gerade die Ärzte, die „laue Anschauungen“ haben (es kommt nur darauf an, was man unter „laue Anschauungen“ versteht), den meisten Zuspruch finden, so richtig ist es aber auch, daß die organisierte Arbeiterschaft von allen Ärzten verlangen muß, daß sie die Arbeiter und Arbeiterinnen h u m a n behandeln, dann wird sich alles andere finden.“

Die vorstehende Zuschrift ist eine von vielen uns zugegangenen. Es ist unmöglich, jeder einzelnen Beschwerde nachzugehen, die häufig sich wiederholen. Die Klagen über schrofne Behandlung und über Voreingenommenheit des Vertrauensarztes können nicht völlig aus der Luft gegriffen sein. Die Kassenmitglieder sollten ihre berechtigten Beschwerden insbesondere in den Generalversammlungen ihrer Kasse anbringen und dort auf Abhilfe dringen.

In einigen Kassen scheint der „Vertrauensarzt“ in ähnlicher Weise zu fungieren, wie „Vertrauensärzte“ vom Berufsgenossenschaft. Uns liegt ein Krankenkassenschein vor, auf den aufgestempelt ist:

„Nach Befund unseres Herrn Vertrauensarztes in höchstens drei Tagen arbeitsfähig.“

Wie kann ein Arzt eine solche Prophezeiung aufstellen. Es ist begreiflich und berechtigt, wenn Ärzte, denen ein solcher Urteilsbefehl vorgelegt wird, gegen die in ihm liegende Zumutung, einen Kranken nach höchstens drei Tagen arbeitsfähig zu schreiben, dagegen aufstehen. Hier sind die Interessen der Arbeiter und der so bedachten Ärzte identisch. Beide müssen sich gegen die Ueberbannung bürokratischen Formalismus und unbedingter Simulationenriederei wenden, gleichviel, ob es sich um Betriebs- oder um Ortskrankenkassen handelt.

### Wohnungsnot in Pforzheim.

Wenn schon unser gegenwärtiges Baukapital sich für Arbeiterwohnungen im allgemeinen wenig, oder doch höchstens unter staatlicher oder kommunaler Protektion zu interessieren vermag, weil durch die überall gleiche Boden speculation die Bodenpreise sehr hohe geworden sind, geschieht in der sich mit rascher Folge entwickelnden Industriestadt Pforzheim vom privaten Baukapital in bezug auf Arbeiterwohnungen so gut wie gar nichts. Durch die rasche Entwicklung und durch Terrainchwierigkeiten herrscht in dieser noch in voller Entfaltung begriffenen Stadt eine Wohnungsnot, die der Stadtverwaltung schon seit einigen Jahren ganz erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Ganz abgesehen davon, daß unter solchen Verhältnissen auch enorme Mietpreise — hauptsächlich für Arbeiterwohnungen — zu zahlen sind, ist es fast unmöglich, eine 2- oder 3-Zimmerwohnung aufzutreiben, bei der Wohnungsabhängige, Preis und Einkommen auch nur annähernd ihre gegenseitige Ergänzung finden. Am 1. Oktober 1912 und am 1. Januar 1913 waren ungefähr 60 Familien obdachlos. Sie konnten von der Stadtverwaltung nur zum Teil untergebracht werden. Soweit die betreffenden Familien nicht in den angrenzenden Ortschaften unterlaken, stellte die Stadtverwaltung vorübergehend sogar ein Schulhaus zur Verfügung. Am 1. April cr. wird sich das Bild in gleicher Weise wiederholen! Man ist sehr leicht zu folgern, daß von dieser Unannehmlichkeit fast nur Familien mit großem Einkommen betroffen werden; und nicht etwa nur zahlungsunfähige Mieter! Nach zuverlässigen Informationen waren unter den Betroffenen ungefähr ein Drittel mit einem Gesamteinkommen von über 2000 M., die durch diese oder jene Umstände wohnungslos wurden. Die Tatsache, daß kinderreiche Familien schwer, sehr schwer eine Wohnung bekommen, geschweige denn eine gute Wohnung, ist eine allgemeine Erscheinung und steht mit dem Befehl und Getue über den Geburtenrückgang im direkten Gegensatz.

Ein Vorgehen des Bezirksamtes verschärft noch die Wohnungsalamität.

Nach der abgeänderten Landesbauordnung dürfen seit drei Jahren in Häusern mit vier Etagen inklusive Parterre keine sogenannten Dachwohnungen mehr eingerichtet bzw. eingebaut werden. Die bei der Uebergangszeit erbauten Häuser haben (anscheinend ohne offizielle Erlaubnis) bis auf einzelne Ausnahmen durchweg diese Räume eingerichtet und vermietet.

Mitte Februar d. J. erhielten sämtliche Hausbesitzer dieser Wohnungen vom Bezirksamt die Auflage, diesen Mietern bis zum 1. 4. 13 aufzulandigen.

Nach ungefährender Schätzung werden durch diese Maßregel 80 bis 100 Familien — durchweg Arbeiter — gegen ihren Willen und ohne ein Verzeichnis zum Umzug gezwungen.

Und das trotzdem für entsprechende andere Wohnungen nicht gesorgt ist. Als Wohnungen vertreiben, ohne Ersatz zu bieten, kann man nicht als Wohnungsfürsorger erachten.

Weshalb hat das Bezirksamt, weshalb die Pforzheimer Stadtverwaltung noch nichts zur Steuerung der Wohnungsnot getan? Weshalb sind sie noch nicht an den Bau von Wohnungen aus städtischen Mitteln, weshalb noch nicht an die Unterfügung der auf Schaffung von Gartenstädten gerichteten Bewegung herantreten?

**Inferem Lieben Gemessen Ramis und seiner jungen Braut** unsere besten Glückwünsche zu ihrer heutigen Vermählung. 432  
Die Funktionäre der 12. Abt.

Inferem Gemessen **Jullus Dorow und Braut** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 432  
Die Gemessen des 684. Bezirks (6. Kreis).

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis**  
**Nachruf!**  
Am Donnerstag verstarb unser Genosse, der Arbeiter **Otto Karg** (Ackerstr. 58, Bezirk 628.)  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung fand bereits am 24. März auf dem Elisabethkirchhof, Prinzen-Allee, statt. 226/15  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Nachruf.**  
Am 23. März verstarb unser Genosse, der Maurer **Hermann Gillwaldt** (Schwedter Str. 227, Bezirk 502).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung fand bereits am 26. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Kirchhof der Hönsgemeinde in Nordend statt. 226/14  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnler **August Manske** am 25. d. Mis. im Alter von 48 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönholzer Friedhofes, Schönholzer Heide, aus statt.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenfahrer **Hermann Rätz** am 24. d. Mis. im Alter von 57 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. d. Mis., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Wilmersdorf, Berlin-Strasse, aus statt. 63/9  
Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Radler **Johann Boxan** (Bez. Ghansestraße 77, am 21. März) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
115/7 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Am Freitag, den 21. März, verstarb unser Mitglied **Anna Ulke.**  
Ehre ihrem Andenken!  
56/13 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres teuren Vaters **Paul Juhre** sagen wir auf diesem Wege allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Darmarbeiter-Verein, dem Wahlverein für den 4. Wahlkreis und dem Zentralverband der Fleischer unseren tiefgefühlten Dank.  
Mitte Martha Juhre geb. Jäbde nebst Kindern 392

**Dankfagung.**  
Für die überaus zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung unseres guten Vaters, des Maurerpöblers **Karl Lauterbach** sagen wir allen Verwandten und Freunden unseren herzlichsten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen: **Karl Lauterbach jun.**  
Beamtenschaftlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Anzeigenenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin SW.

**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme am Grabe unseres Sohnes **Adolf Abraham** sowie für die reichen Kranzpenden, sagen wir allen Bekannten und Verwandten unseren innigsten Dank.  
392  
**Familie Abraham.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters **Ernst Enge** sage ich allen Beteiligten hiermit herzlichsten Dank.  
732  
**Maria Enge nebst Kindern.**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Schwiegervaters **Julius Kandelhardt** sagen hiermit allen Freunden, Verwandten und Bekannten sowie dem Verband der Lithographen und Steinbrüder, den Kollegen der Firma G. Wasmuth und den Sängern für den schönen Gesang an der Gruft unseren herzlichsten Dank.  
612  
**Witwe Kandelhardt nebst Kindern.**

**CIRCUS CARRÉ FESTSPIELE!**

300 Personen sind in u. für die Circus Carré-Festspiele tätig. 300  
100 echte Kassepferde, ferner Elefanten, Kamel- und Trampeltierherden, Löwe, Bären, f. u. u. andere exot. Tiere. 100

In jeder Fest-Vorstellung **35 Attraktions-Nummern 35** also zwei Vorstellungen in einer an einem Abend.

**Eröffnung** dieses Neuen Vergnügungs-Etablissements **4. April**  
Billige Preise von 50 Pf. bis 4 M.  
Vorverkauf bei A. Wertheim & Co. in d. S. Leipziger Straße, und in sämtlichen Filialen.

**Neukölln Pflügerstr. 29/31**  
Ecke Pannierstr.  
= Nähe vom Hermannplatz =

**Knorr**

**Weibertreu-Suppe, sehr beliebte, pikante Suppe. Ein Würfel für 3 Teller 10 Pf.**

**Möbel**  
Komplette Einrichtungen mit und ohne Anzahlung zu ganz leichten Bedingungen

**Diskret - Reell - Kulant**

**154 Richard Krumbeck Berlin O. 154**  
Frankfurter Allee 154

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Vorwärts-Lesern Rabatt!**  
**Steppdecken**  
Spezialhaus

**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Oranienstr. 158.

Similseide in den Farben 5<sup>25</sup> bis 21<sup>00</sup>  
Seideners. bord. 6<sup>00</sup> bis 27<sup>00</sup>  
Wollatlas blau, oliv  
Baunendecken 25<sup>00</sup> bis 125<sup>00</sup>  
Puppensteppdecken . . . 35 Pf.  
Schlafdecken . . . 2<sup>50</sup> bis 36<sup>00</sup>  
1 Partie graue Schmitterdecken . . . 1<sup>35</sup>  
Nach auswärts per Nachnahme.

**Spezial-Katalog**  
650 Abbildungen gratis u. fr.

**Fr. Tauer's Festsäle**  
vorn. Buß 3082  
Große Franzfurter Straße 85.  
Großer Saal mit 1800 qm großem Garten zum 1. Pfingstfesttag unter fulanten Bedingungen noch frei.  
Sonntags im Nat. Juni, Juli unter sehr guten Bedingungen.

**Auf Teilzahlung, ohne Anzahlung.**  
Kein Kassierer.  
Teppiche, Gardinen, Stare, Portieren, Plüsch, Stepp- und andere Decken.  
**Matzner, Sufelandstraße 41, Bilderladen.**

**Spezialarzt**  
Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder Art, Ehrlich'sche Säuren in u. Co. Lösung, Labret, f. Blut-untersuchung, Jäden i. Horn usw. gegenüber Banoptikum.  
**Dr. Homeyer**  
Friedrichstr. 81, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Tamenzimmer.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69, Laden

**Wichtig**  
für jeden preußischen **Steuerzahler**  
Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz vom Arbeitersekretär Rud. Wissell mit 19 Formularen für Reklamationen  
Preis 30 Pf.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.**  
Grenadierstraße 37, Hof geradezu, 1 Treppe.  
Lehrplan für das 2. Quartal 1913.

Donnerstag: **Geschichte.** (Die deutsche Politik im Zeitalter Wilhelms II.)  
Kurzener Rückblick auf die deutsche Geschichte von 1871 bis 1888. — Alter Kurs und neuer Kurs. Der Fall des Sozialistengesetzes. — Die Aera Caprivi. Zollkämpfe. — Umsturzvorlage, Septemberkrisis und Zuchthausgesetz. — Die Aera Hohenlohe. — Bülow und das Einlenken in die „Weltpolitik“. — Die Zolltarifkämpfe von 1902. — Die Wandlungen im Zentrum und im Liberalismus. — Die Blockpolitik und das Ende der Aera Bülow. — Die Kämpfe um das preußische Wahlrecht. — Der Imperialismus.  
Vortragender: Konrad Hänisch.

Freitag: **Gewerkschaftswesen.** (Wichtige Probleme und neuere Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung.)  
Geschichtliche Einführung. — Arbeitsvertrag und Arbeitsrecht. — Entwicklung, Wesen und Wirkung der Kartelle und Unternehmerverbände. — Konzentrationsbestrebungen der freien Gewerkschaften. — Neuere Taktik bei unseren Lohnkämpfen. — Die gegnerischen Gewerkschaften. — Der Syndikalismus. — Entwicklungstendenzen der Gewerkschaftsbewegung.  
Vortragender: Emil Dittmer.

Sonabend: **Die politischen Parteien Deutschlands**  
Begriff der Partei. — Parteien und Klassen. — Die ökonomischen Grundlagen der Parteibildung und Parteientwicklung. — Die Geschichte der konservativen Parteien. — Das Wesen des Liberalismus. — Die Geschichte des deutschen Liberalismus bis zur Gründung der nationalliberalen Partei. — Die Nationalliberalen. — Die linksliberalen Gruppen. — Der konfessionelle Charakter des Zentrums. — Innere Entwicklung des Zentrums. — Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien.  
Vortragender: Emil Eichhorn.

Sonntag: **Nationalökonomie.** (Einführung in Marx' „Kapital“.)  
Die Nationalökonomie als selbständige Wissenschaft. — Marx' Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie. — Die Geschichte des Werkes „Das Kapital“. — Die Methode und das System des „Kapital“ und seine Grundbegriffe. — Der ökonomische Marxismus und die bürgerliche Nationalökonomie. — Der ökonomische Marxismus und seine Fortbildung.  
Vortragender: Max Grünwald.

Sonntag: **Rednerschule** (mit mündlichen und schriftlichen Übungen).  
Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Disposition der Rede und des schriftlichen Berichts. — Hilfsmittel der öffentlichen Tätigkeit: die Registratur, die Handbibliothek, das Vereins- und Versammlungswesen, die Geschäftsordnung und anderes. — Praktische Übungen.  
Vortragender: Max Grünwald.

Montag: **Preussische Zustände** (5 Vorträge).  
Die Einnahmequellen des preussischen Staates. — Die Steuern, direkte und indirekte. — Die Staatseisenbahnen; Lage der Beamten und Arbeiter. — Forsten, Domänen und staatliche Bergwerke. — Fiskus und Kohlensyndikat.  
Aus der Verwaltung des preussischen Staates. — Polizei und Landräte. — Landwirtschaft. — Öffentliche Arbeiten. — Rechtspflege.  
Kulturaufgaben des preussischen Staates. — Die Schule in Preußen. — Handel und Gewerbe; Mittelstandsfragen. — Die preussische Polenpolitik.  
Vortragender: Julian Borchardt.  
Für diesen Kursus wird ein Schulgeld von nur 50 Pf. erhoben.

**Beginn des Unterrichts**  
Donnerstag, den 3. April: **Geschichte.**  
Freitag, den 4. April: **Gewerkschaftswesen.**  
Sonabend, den 5. April: **Die politischen Parteien Deutschlands.**  
Sonntag, den 6. April: **Nationalökonomie (9 Uhr) und Rednerschule (11 1/2 Uhr).**  
Montag, den 7. April: **Preussische Zustände.**  
Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende resp. Sonntagvormittage. Abends Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. Sonntag vormittags Beginn 9 Uhr resp. 11 1/2 Uhr; Schluß 10 1/2 resp. 1 Uhr.

Die reichhaltige **Bibliothek** ist an den Unterrichtsabenden von 7 1/2-8 1/2 Uhr, Sonntags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf., das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark. Es ist spätestens in der zweiten Unterrichtsstunde zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kurses im Schullokal **Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 40a; **Reul**, Barnimstraße 42; **Vogel**, Lortzingstr. 37; **W. Kaczorowski**, Ravenstraße 6; **Horsch**, Engelufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 25 I, Goldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu richten. **Der Vorstand.**

**Phänomen**  
**GOLD**  
Feinste Cigarette  
23

**Sophien-Säle**  
Inhaber Joseph Heidrich, Sophienstr. 17-18  
**12 Säle in allen Größen mit Bühne**  
zu allen Gelegenheiten passend.  
An Sonntagen und Sonntagen noch frei!  
Kleine Vereinszimmer und 5 Kegelbahnen noch z. vergeben! \*

Zweite preussische Landeskonferenz für Säuglingschutz.

Berlin, 26. März 1913.

In Sitzungssaal des Preussischen Herrenhauses fand heute mittag die zweite Landeskonferenz der preussischen Zentrale für Säuglingschutz statt. Ratsmitglied v. Pehr-Pinnow eröffnete die Verhandlungen mit einem Rückblick auf die bisher erzielten Erfolge. Das letzte Jahr habe wiederum eine Reihe Anregungen für die praktische Arbeitsmethode gebracht. Unser Ziel ist, möglichst viele Säuglinge das erste Lebensjahr erreichen zu lassen und sie in der Körperkonstitution des ersten Lebensjahres zu festigen. Wir wollen aber nicht nur für das Kind, sondern auch für die Mutter Sorge tragen. Die Mütter wollen wir nicht nach dem ersten Lebensjahr verlassen, sondern wie wollen auch Kleinkinderfürsorge betreiben. So wollen wir die Kleinen auch weiter durch die Kleinkinderschule begleiten bis zum Schulanfang. Redner gedachte sodann des kürzlich verstorbenen Geheimrats Dr. Krohne, der die vorige Konferenz noch geleitet hatte.

Weiter verwies der Vorsitzende auf die Ergebnisse der Sterblichkeitshebungen für das Jahr 1911, die wenig erfreulich gewesen sind. In Preußen sank der Lebenserwartung der Bevölkerung um 100 000. Davon kann man ein Drittel rechnen auf die Abnahme der Geburten, ein Drittel auf die Säuglingssterblichkeit und ein Drittel auf die allgemeine Sterblichkeit. Wohl hat uns die Wissenschaft Waffen genug an die Hand gegeben, um die Sterblichkeit herabzusetzen. Aber diese Waffen zu bedienen, bedarf es geschulten und gewandter Hände. Wenn alles Nützliche der Wissenschaft angewendet werden würde, hätte niemals eine derartige Verschlimmerung der Säuglingssterblichkeit wie 1911 eintreten dürfen. Das beweist der Umstand, daß in den Orten, die eine mustergültige Säuglingsfürsorge haben, die Sterblichkeit nicht gestiegen ist. Die nunmehr abgeschlossenen Erhebungen für 1912 zeigen erfreulicherweise das Gegenteil von dem Vorgahre. Die Sterblichkeit, sowohl die allgemeine wie die der Säuglinge, ist eine so niedrige gewesen, wie wir sie noch niemals gehabt haben.

Nach einer Begrüßungsansprache des Ministerialdirektors Richter wurde in die Tagesordnung eingetreten. An erster Stelle beschäftigte sich die Konferenz mit dem Wert der Stillbeihilfen.

Bis jetzt gelangen in 823 Gemeinden Deutschlands Unterstützungen an stillende Mütter zur Verteilung. Sie werden im allgemeinen in zwei Formen gewährt, in Geld oder in Naturalien. Die Stillprämien in Geld werden in 152 Gemeinden verteilt. Die Art der Verteilung ist außerordentlich verschieden. Die Unterschiede betreffen im wesentlichen die Höhe der Prämie und die Dauer ihrer Gewährung. Die zweite Form der Unterstützung an stillende Mütter, die Stillbeihilfen in Naturalien, gelangt in 171 Gemeinden Deutschlands zur Verteilung. In den meisten Fällen wird die Stillbeihilfe in Milch gewährt, in der Regel ein Liter pro Tag auf die Dauer eines Vierteljahres. In den meisten Gemeinden wird scharf betont, daß die Gewährung von Unterstützungen an stillende Mütter den Charakter von Armenunterstützungen nicht hat und daher den Verlust irgendwelcher Bürgerrechte nicht nach sich zieht. Stillkuchen oder Stillkrippen, die Fabriken angegliedert sind, gibt es in 15 Gemeinden. Nach den Ausgaben für die Unterstützungen an stillende Mütter steht an erster Stelle Berlin mit rund 180 000 M. 248 Gemeinden gaben ihre Gesamtausgaben mit 708 700 M. an. Durchschnittlich hat also jede Gemeinde eine Ausgabe von etwa 3000 M.

Stadtarzt Paul-Wagdeburg schilderte die Einrichtungen in Magdeburg. Als Stillbeihilfe wird eine Geldprämie in Höhe von 1 M. wöchentlich von der Vollendung der 3. bis zur 15. Woche nach der Geburt des Kindes (sogenannte Winterprämie) gewährt. Für die gefährliche Zeit von Mitte Juni bis Mitte September erfolgt die Gewährung ohne Karenz bis zur Vollendung des 6. Lebensmonats (sogenannte Sommerprämie). Bezugsberechtigt sind uneheliche Mütter, die ihre Kinder selbst stillen und regelmäßig in der Beratungsstunde vorstellen, sowie eheliche Mütter, deren Ehemänner nicht über 1000 M. Einkommen haben und die außer den genannten Voraussetzungen auch die Duldung der Zehnjährigenaufsicht erfüllen. Nach Vollendung des 12. Lebensmonats wird bei Vorstellung des Kindes in der Beratungsstunde eine Schutzprämie von 1 M. gezahlt. Zu fordern ist, daß die Gewährung der Beihilfen in der Beratungsstunde erfolgt. Es ist weiter zu warnen vor zu langen Karenzen während der Gewährungszeit.

Die ärztlichen Forderungen zur Organisation der Stillbeihilfen behandelte Professor Dr. Zhiemich-Wagdeburg. Die Stillprämien lassen sich in Zuschüssen und Unterstützungsprämien unterscheiden. Jenes der ersteren ist, die Frauen allgemein über den Wert des Stillens aufzuklären und sie im Speziellen auch da vor übereiltem Absetzen zu bewahren. Die Gewährung dieser Prämien muß also unbedingt an die Mitwirkung des Arztes gebunden sein, damit er in jedem Falle auf Grund ausreichender Spezialkenntnisse das gesundheitliche Beste für Mutter und Kind raten und überweisen kann. Diese Zuschüsse können niedrig bemessen werden. Die Unterstützungsprämie muß hoch genug bemessen sein, um die vorzeitige Entwöhnung aus sozialen Gründen zu verhüten. Sie überschreitet in dieser Hinsicht den Rahmen der Säuglingsfürsorge und wird ohne als solche zu gelten, eine Art Armenunterstützung (?), denn sie gewährleistet dem in sozialer Not befindlichen Säugling das, was er zum Leben und Gedeihen braucht, und das ist die Ernährung an der Mutterbrust.

Am Nachmittag beschäftigte sich die Konferenz mit der Organisation der Kleinkinderfürsorge.

Primararzt Dr. Freund-Breslau behandelte die ärztlichen Forderungen, die an eine Organisation der Kleinkinderfürsorge gestellt werden müssen. Die Erfolge der Säuglingsfürsorge hätten das ärztliche und soziale Bewußtsein gegenüber dem aus den Gefahren der ersten Lebenszeit mit bedeutenden Mühen und Kosten Erretteten geschärft. Dieses sich zunehmend günstiger gestaltende Ergebnis der Säuglingsfürsorge im Verein mit dem ungünstigen Resultat der ersten schulärztlichen Feststellungen lege die Verpflichtung auf, den dazwischenliegenden Zeitraum durch eine großzügige Kleinkinderfürsorge zu überbrücken. Die allgemeine Betrachtung der gesundheitlichen Verhältnisse des Kleinkindalters ergibt zunächst, daß seine Sterblichkeit im Vergleich zu der des Säuglingsalters eine sehr geringe ist. Dagegen zeigt das Kleinkindalter eine erhebliche Zahl an akuten und chronischen Krankheitszuständen. Unter den akuten stehen im Vordergrund die sogenannten Ainderkrankheiten und unter den letzteren spielen eine bedeutende Rolle die Tuberkulose und die Folgezustände des rachitischen Krankheitsprozesses. In diesen gesundheitlichen Gefahren treten bei der großen Menge der Kleinkinder als bekannte soziale Schäden hinzu das Wohnungsdefizit, die schlechte Ernährung, die mangelnde Kenntnis der Mütter in der Hauswirtschaft, Kinderpflege und Erziehung und eine schlechte häusliche Verpflegung und schließlich die besondere Gefährdung der Unehelichen. Der Stand der Kleinkinderfürsorge ist quantitativ und qualitativ noch sehr unzureichend. Die Einrichtungen für die Kleinkinderfürsorge müssen daher vermehrt und auch modernisiert werden. Ein besonders großes Bedürfnis besteht nach geschlossenen Anstalten, für schwächliche, zurückgebliebene oder chronisch kranke Kleinkinder.

Ueber die Aufgaben der Gemeinden auf diesem Gebiete sprach Stadtrat Dr. Gottstein-Charlottenburg. Er betonte, daß die Kleinkinderfürsorge am zweckmäßigsten in unmittelbarer räumlicher und verwaltender Einheit mit den Säuglingsfürsorgeeinrichtungen organisiert werden muß. Durch diesen unmittelbaren Zusammenhang wird die Ueberweisung der aus der Säuglingsfürsorge aus-

scheidenden Kinder am sichersten erreicht und so das Ziel einer Fortsetzung der Säuglingsfürsorge bis zum schulpflichtigen Alter am wirksamsten gefördert. Weiter muß die Kleinkinderfürsorge in sehr nahem Zusammenhang mit der Waisenverwaltung stehen, damit diese die ihr unterliegenden Waisenkinder und die unter Generalvormundschaft gestellten Jünglinge zur regelmäßigen gesundheitlichen Ueberwachung den Fürsorgestellen überweist. Die Kleinkinderfürsorge soll sich nicht zu einer Poliklinik für kranke Kinder ausgestalten, sondern sie soll im Gegenteil für die Kinder sorgen, solange sie gesund sind. Sie soll mit allen anderen sozialhygienischen Einrichtungen der Gemeinden in möglichst engem Zusammenhang stehen und muß das Recht auf Ueberweisung geeigneter Fälle an die Schulgesundheitsstellen, die Tuberkulosefürsorgestellen usw. haben. Ueber jedes Kind muß ein Gesundheitsbogen geführt werden, der mit Beginn des schulpflichtigen Alters der Schule überwiefen und von dieser dem zuständigen Schularzt zur Verfügung gestellt wird. Damit hätte die Konferenz ihre Tagesordnung erledigt.

8. Generalversammlung der Kupferschmiede.

Stettin, 26. März.

Die Generalversammlung ist von 36 Delegierten, 3 Vorstandsmitgliedern und dem Ausschussvorsitzenden besucht. Die Generalkommission vertritt Cohen-Berlin, den Deutschen Metallarbeiterverband Massatsch-Stuttgart. Nach Einsetzung verschiedener Kommissionen wurden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

In der heutigen Sitzung erhaltete Sauppe den Geschäftsbericht

des Vorstandes. Er ergänzte in längeren Ausführungen den schriftlich vorliegenden Bericht und hob besonders den Fortschritt der Organisation und die erreichten Erfolge hervor. Die Agitation habe gute Früchte gezeitigt; zu bedauern sei jedoch die harte Fluktuation, die gebremst werden müßte. Bei den Werftarbeiterinnen gehe es gut vorwärts. Bei Aktionen in den Werften sei es notwendig, mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten. Die Beziehungen zu den anderen verwandten Organisationen wären durch gemeinsame Arbeit bei verschiedenen Kämpfen noch bessere geworden. Als eine wichtige Arbeit habe der Vorstand betrachtet, die Lehrlinge der Organisation zuzuführen. Viele Jugendliche seien auch gewonnen worden, doch müßte auf diesem Gebiete noch mehr getan, auch die Ausbildung der Lehrlinge beachtet werden. Redner besprach hierauf verschiedene Lohnbewegungen, um dann auf innere Verwaltungsangelegenheiten einzugehen. Hierbei erörterte er einige Differenzen mit dem Ausschuss über die Auslegung statutarischer Bestimmungen.

In dieser Berichtsperiode, am 1. Juli 1911, konnte der Verband sein 25jähriges Jubiläum feiern. Hierzu gab der Vorstand in Buchform die Verbandsgeschichte heraus, die von den Mitgliedern mit Begeisterung aufgenommen wurde. Bei der Agitation hat das Verbandsjubiläum guten Agitations- und Werbeeffekt geliefert, der auch schonen Erfolg brachte. Hat doch der Verband in Jubiläumsjahre 1911 allein einen Mitgliederzuwachs von 480 zu verzeichnen, im Jahre 1910 aber nur einen solchen von 42 und 1912 von 280. Insgesamt beträgt also die Zunahme 811. Zu Beginn der Berichtsperiode zählte der Verband 4445 Mitglieder, am 31. Dezember 1912 aber 5296. Die Fluktuation war außerordentlich stark; in den drei Jahren traten 3062 Kollegen in den Verband ein, der Abgang betrug jedoch 2851. Allein 2055 mußten wegen Beitragsrückständen usw. ausgeschlossen werden.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen waren, entsprechend der besseren Konjunktur und veranlaßt durch die enorm gestiegenen Preise aller Lebens- und Genusmittel, in der Berichtszeit außerst zahlreich. Es fanden in den drei Jahren 111 Bewegungen mit 4512 Beteiligten statt. Hiervon wurden 85 Bewegungen mit 2894 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung zu Ende geführt, während es bei 66 Bewegungen mit 1618 Beteiligten zur Arbeitseinstellung durch Streik oder Aussperrung kam. Zur Unterstützung der an diesen Kämpfen Beteiligten wurden 83 105 M. aufgewendet; auf die Hauptkasse entfielen hiervon 78 972 M. Als Resultat der Bewegungen ist für 1419 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2855 Stunden pro Woche eingetreten, und für 2322 Personen wurde eine Lohnerhöhung von 5308 M. pro Woche erreicht. Ferner ergab sich noch 1630 Beteiligte noch sonstige Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen. Bei den Abwehrbewegungen wurden für 76 Beteiligte Lohnkürzungen im Betrage von 225 M. pro Woche abgewehrt, ferner für 145 Beteiligte sonstige Verschlechterungen. In 51 Fällen, für 1263 Beteiligte, kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages. In den letzten drei Jahren sind 32 Tarife erneuert oder neu abgeschlossen worden. Diese Tarife betrafen sich auf 248 Betriebe mit 1457 Personen. Im Jahresabluß 1912 befanden 60 Tarife für 301 Betriebe mit über 2000 beschäftigten Personen, von denen 1365 Kupferschmiede sind.

Das Fachorgan „Der Kupferschmied“, hat in der Ausgabe sowie in der äußeren Form eine Veränderung nicht erfahren; doch ist sein Inhalt insoweit verändert, als ein technischer Teil eingefügt wurde. Die Auflage ist entsprechend der Mitgliederzunahme von 5600 auf 6600 gestiegen. — Den

Kassenbericht

gab Kassierer Bischoff-Berlin, der die Abrechnung eingehend erläuterte. Die Kassenverhältnisse des Verbandes haben sich in der Berichtszeit wesentlich gebessert. Das Verbandsvermögen stieg von 123 083 M. am Jahresabluß 1909 auf 165 306 M. am Schluß des Jahres 1912. An Beiträgen wurden in der Berichtszeit 438 614 M. vereinnahmt. Die Gesamtausgaben betrugen 1910: 168 382 M., 1911: 131 274 M. und 1912: 128 461 M.; die Einnahmen beliefen sich auf 144 429 M. im Jahre 1910, 153 783 M. 1911 und 170 100 M. im Jahre 1912. Aus den Ausgabebelegen ist hervorzuheben, daß für die Gewerkschaftenunterstützung (auf der Kasse, am Ort und bei Krankheit) im Jahre 1910: 80 059 M., 1911: 52 243 M. und 1912: 50 163 M. aufgewendet werden mußten. Die Streik- und Gemäßigtenunterstützung betrug 1910: 38 730 M., 1909 nur 5575 M.), 1911: 21 667 M. und 1912: 18 607 M. Das Hauptvermögen des Verbandes (inklusive der Lokalassenbestände) betrug Ende 1912: 223 000 M.

Für den Ausschuss berichtete Bode-Wagdeburg, der die eingegangenen Beschlüsse besprach.

An die Berichte knüpfte sich eine längere

Debatte,

in der sich die Delegierten mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden erklärten und dessen erspriehliche Arbeit anerkannten. Die Verhältnisse auf den Werften — die Schwerkriegsarten bei der Agitation usw. — wurden von mehreren Rednern erörtert. Die Arbeiter würden sich dort zu viel gefallen lassen. Verschiedene Delegierte, wie Scholz-Hamburg, Fischer-München und Kühne-Berlin, gaben ihrer Freude Ausdruck über das freundschaftliche Verhältnis des Verbandes mit dem Deutschen Metallarbeiterverband. Scholz sprach besonders die Hoffnung aus, daß aus diesem guten Verhältnis bald ein Zusammenschluß erfolge. Von anderer Seite wurde dem entgegen, dazu habe es Zeit; man solle die Entwicklung nicht gewaltsam beschleunigen. Blase-Rammsheim vermittelte in dem gebundenen Bericht eine Besprechung der Ergebnisse der aufgenommenen Berufstätigkeit, die für die Agitation ein gutes Hilfsmittel erbe. Scholz-Hamburg verlangte die Aufnahme einer Statistik über die Verhältnisse bei den Reichs- und Privatwerken. Auf Lohnbewegungen und sonstige örtliche Vorkommnisse gingen eine Reihe Redner ein. Gerwig-Berlin wünschte, daß bei Bewegungen die hygienischen Forderungen mehr in den Vordergrund gestellt werden. Mit einem Reichstarif, der ansehnlich ansteht, werde, könne er sich nicht freuen. Die Lehrlingsfrage wurde mehrfach erörtert. Der

Münchener Delegierte (und auch andere) berichtete über gute Fortschritte der Jugendabteilung. Betont wurde, die Kollegen müßten sich der Jugendlichen mehr annehmen und sie als Mitkämpfer betrachten. Dumann-Frankfurt a. M. berichtete von dort, daß die Unternehmer die Lehrlinge sofort der gelben Organisation zuführen.

Im Schlußwort ging Sauppe auf die Ausführungen der Disziplinardirektor näher ein.

Die Verhandlungen wurden dann auf Mittwoch verlagert.

Die Unwetterkatastrophe in Amerika.

Das furchtbare Unwetter, das weite Gebiete der Vereinigten Staaten heimgesucht hat, ist von noch schrecklicherer Wirkung gewesen, als zunächst angenommen wurde. Die mit den Stürmen verbundenen Wolkenbrüche haben den Flüssen so gewaltige Wassermengen zugeführt, daß an vielen Orten die Dämme geborsten sind und die Flußtäler meilenweit überschwemmt wurden. Die Berichte aus den einzelnen Landesteilen lauten tröstlos, Tausende von Menschenleben sind der Flut zum Opfer gefallen; man schätzt die Zahl der Ertrunkenen auf etwa 7000. In den Städten sind durch Einsturz der Häuser ungezählte Einwohner obdachlos geworden. Die Fabriken mußten wegen der Wassernot geschlossen werden, viele tausende Familien sind dadurch existenzlos geworden.

Ueber die Einzelheiten des entsetzlichen Unglücks berichten die folgenden Telegammeln:

Denton (Ohio), 26. März. Die Stadt ist von dem Miami-Flusse überschwemmt, der in einer Breite von drei Meilen das Land bedeckt; man schätzt die Zahl der Ertrunkenen auf zwei bis fünftausend. Ein Schulhaus mit vierhundert Schülern soll weggeschwemmt sein; man befürchtet, daß alle Kinder ertrunken sind. Das Wasser ist nirgends weniger als sechs und in den niedrig gelegenen Stadtteilen zwanzig Fuß tief. Die Lage wird noch verschlimmert durch Brände, die an etwa 12 Orten zugleich in dem überschwemmten Gebiete ausgebrochen sind, ohne daß Hilfe gebracht werden kann. Die Männer in dem Geschäftsviertel können ihre Bureau nicht verlassen. Die Frauen und Kinder in den Wohnvierteln werden durch das Wasser in die höheren Stockwerke und auf die Dächer getrieben. Hunderte von Häusern sollen mit ihren Bewohnern weggeschwemmt sein, darunter auch ein Krankenhaus mit 600 Kranken. Die Stadt ist ohne Beleuchtung. Eine Hungersnot steht bevor, denn Brot ist nur für einen Tag vorhanden; es wird nur in kleinen Portionen ausgegeben.

New York, 26. März. Durch die Ströme von Peru (Indiana) raucht das Wasser bis 20 Fuß tief. Zahlreiche Leichen von Frauen und Kindern treiben auf dem Wasser umher. Überall verbrochen die Frauen, ihre Kinder in den Armen, die Nacht auf den Dächern. Die Kälte steigert die Not. In Indianapolis ist der Wasserstand weiter gestiegen. Das dortige vornehme Wohnviertel ist überschwemmt. In Peru brach gestern plötzlich ein Staudamm des Wabashflusses. Hunderte von Menschen sind ertrunken. Auf dem Wabashflusse treiben viele Wohnhäuser. Die Bewohner haben sich an den Dächern angeklammert, aber die heftige Strömung macht es unmöglich, sie mit Booten zu erreichen.

New York, 26. März. In Youngstown in Ohio sind 25 000 Menschen infolge der Schließung der Fabriken arbeitslos. An verschiedenen Orten wurden Bahnbrücken mit Waggons weggeschwemmt. In Delaware (Ohio) wurden 200 Wohnhäuser fortgeschwemmt. In Connersville (Indiana) sind viele Personen in den Fluten des Whitewatertribers ertrunken. Auch Teile von Columbus stehen infolge von Dammsbrüchen unter Wasser.

Chicago, 26. März. Bei Hamilton (Ohio) soll ein Wasserreservoir geborsten sein; man spricht von tausend Ertrunkenen.

Springfield (Ohio), 26. März. Das Hochwasser zerstörte bei Viqua einen Damm. Es sollen 540 Menschen ertrunken sein.

Chicago, 26. März. Die Ueberschwemmungen haben den Verkehr auf den Eisenbahnen, die durch Indiana und Ohio laufen, lahmgelegt. Die Verkehrsfrage hat sich gegen gestern verschlimmert. Die Chesapeake und Vignour und andere Bahnen haben den fahrplanmäßigen Betrieb eingestellt. Viele Bahnzüge liegen auf den Strecken fest. Die Bahnbeamten erklären die Lage für die ernste seit zwanzig Jahren. Es sei unmöglich vorauszufragen, wann die Wiederaufnahme des Betriebes möglich sei. Die Lakesorebahn ist die einzige Eisenbahn, deren Gleise in Ohio nicht ernstlich beschädigt sind.

Gerichts-Zeitung.

Die Engagementsverträge aufheben.

Ein jetzt veröffentlichtes Urteil des Reichsgerichts vom 3. Januar des Jahres erklärt auf Grund nachstehenden Sachverhalts den Engagementsvertrag einer Sängerin für nichtig, weil gegen die guten Sitten verstoßen.

Die Sängerin und Schauspielerin K. in Berlin hat sich durch Vertrag vom 10. Dezember 1910 verpflichtet, bis zum Ende ihrer Bühnenlaufbahn, mindestens aber bis zum 1. September 1919, ausschließlich in den von dem Theaterdirektor J. in München zu bestimmenden Theatern, Sälen, Varietés und Kabarets aufzutreten. Als Gegenleistung waren ihr 50 Proz. des Reingewinns zugesichert, mindestens aber hatte sich J. zur Tragung ihres Lebensunterhaltes, nach der Lebensweise in einer bestimmten Pension bemessen, verpflichtet. Für den Fall des Vertragsbruchs sollte der vertragstreue Teil Vertragsfüllung und Schadenersatz von 100 Mark pro Tag verlangen oder den Vertrag lösen und eine Konventionalstrafe von 2000 M. pro Monat fordern können. Bereits im April 1910, vor Abschluß dieses Vertrages, war Fräulein K. für vier Jahre ein Engagement an das Metropolitantheater in Berlin eingegangen. Sie hat dieses Engagement am 1. September 1911 angetreten, nachdem sich der Direktor des Metropolitantheaters geweigert hatte, sie von dem Vertrage zu entbinden. J. erhob darauf Klage gegen Fräulein K. auf Vertragsauflösung, das Auftreten im Metropolitantheater und dessen Parabolarett zu unterlassen. Diese behauptet demgegenüber, der Vertrag vom 10. Dezember 1910 sei auf Grund des § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nichtig. Sie hat deshals Widerspruch auf Feststellung erhoben, daß dem Kläger aus dem Vertrage vom 10. Dezember 1910 Ansprüche gegen sie nicht zuzuführen.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Frankfurt a. M. erkannten zugunsten der Beklagten: Die Klage wurde abgewiesen und dem Feststellungsantrage der Widerklage stattgegeben. Die vom Kläger bezugsversuchte Revision ist dem Reichsgericht zurückgewiesen worden. Aus den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts sei hervorgehoben: Das Oberlandesgericht hat den zwischen den Parteien geschlossenen Vertrag mit Recht auf Grund des § 138 des

Bürgerlichen Gesetzbuch für nichtig erklärt. Es stellt fest, daß der Vertrag mit seinen hohen Vertragsstrafen von 100 M. für den Abend oder 2000 M. für den Monat die völlig verunglückte Beklagte, die auf den Erwerb aus ihrer künstlerischen Begabung angewiesen sei, für die ganze Dauer ihrer Bühnenlaufbahn, mindestens aber auf neun Jahre von dem Kläger völlig wirtschaftlich abhängig mache und sie in ihrer Willens- und Bewegungsfreiheit hemme, indem es nach dem Verträge lediglich von dem Kläger abhängt, ob, wann und wo er die Beklagte aufzutreten lassen wolle. Das Oberlandesgericht stellt weiter fest, daß den zureichenden Pflichten der Beklagten keine nennenswerten Rechte gegenüberständen. Von dem zugesicherten Mindestanspruch auf Unterhalt in Höhe von etwa 2000 M. monatlich abgesehen, habe die Beklagte nur die Hälfte des von dem Kläger erzielten Reingewinns zu beanspruchen, dessen Höhe der Kläger durch Vergrößerung der Ausgaben mindern könnte, und sie müßte von dieser Hälfte ihren Lebensunterhalt, ihre kostspieligsten Warderoben und die bedeutenden Kosten für ihr Repertoire bestreiten. Für den Fall ihrer Erkrankung habe sie selbst nicht einmal auf ihren Lebensunterhalt Anspruch, sofern der Kläger nicht seine Einwilligung zu ihrem anderweitigen Auftreten verweigere. Wenn das Oberlandesgericht auf Grund dieser Feststellung zu dem Ergebnis gelangt, daß der Vertrag dem Ansehensgefühl aller billig und gerecht Denkenden zuwiderlaufe und deshalb wegen Verstoßes gegen die guten Sitten nichtig sei, so kann dem nur beigefügt werden; auch wenn man berücksichtigt, daß der Kläger seine vertragsmäßigen Rechte nur unter Berücksichtigung von Treu und Glauben ausüben darf, daß er der Beklagten durch Zuführung von 10000 M. vor dem Vertragsabschluss die Heimkehr aus Amerika ermöglicht hat, und daß die Beklagte früher bei der persönlich abgeschlossenen Engagementsverträge sich als geschäftstüchtige erwiesen hatte.

Würde nicht der Rechtsweg durch Schiedsvertrag für Bühnengehörige meist ausgeschlossen, so dürfte eine große Anzahl von Verträgen für nichtig erklärt werden.

#### Spielerprozeß Stallmann und Genossen.

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I begann gestern der Spielerprozeß gegen den Privatier Rudolf Stallmann, den Leutnant n. D. Edmund Niemela und den Rentier Benno Cramer. Die Anklage beschuldigt die Angeklagten Stallmann und Niemela, zu Berlin am 1. Juni 1910 gemeinsam mit dem Strafgefangenen Buies einen Betrug gegen den Oberleutnant v. Dippe, bei dem es sich um einen Betrag von 80 000 M. handelt, begangen zu haben. Cramer ist angeklagt, zu Bonn, Berlin und London versucht zu haben, den Oberleutnant v. Dippe durch Drohungen zur Zahlung von 7000 Pfund Sterling zu zwingen. Die geistige Verhandlung wurde durch die Vernehmung der Angeklagten und informatorische Besprechung einiger Anlagefälle ausgefüllt.

Stallmann ist im Jahre 1871 geboren, wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung mit 1 Woche Gefängnis und wegen Führung eines falschen Namens mit 1 Monat Gefängnis und drei Tagen Haft vorbestraft. Er nennt sich von König und wird als König der Kesselspieler bezeichnet. Er gibt an: Mein Vater war Fabrikant, dann Rentier. Er besaß das Grundstück Cranienstraße 98. Ich erwarb auf dem Russischstädtischen Gymnasium in Berlin die Berechtigung zum Einjährigendienst, dann kam ich zu einem Engros- und Exportgeschäft, gab aber die Stellung bald auf, weil sie mir zu langweilig war. Ich trieb Sprachstudien und ging dann nach Südamerika. Im Jahre 1897 war ich in Venezuela zur Zeit der Revolution, dann habe ich mich in Chile aufgehalten, die Revolution in Venezuela machte ich in dem Freiwilligenkorps mit. Dann durchkreuzte ich Amerika zu Pferde und jagte. Von meinem Vater erhielt ich in dieser Zeit 2000, von meiner Mutter 3500 M. jährlich. Nach 1 1/2 Jahren kam ich nach Berlin zurück und half meinem Schwager, dem Weinbändler Wittkop, bei der Ueberführung seines Weinalters nach der Bismarckstraße einige Monate lang. Hierauf fuhr ich nach Monte Carlo, mit 20 000 M. gebrügtem Geld ausgestattet. Nach sechs Monaten lebte ich zurück. Meinonnen hatte ich nichts. In Monte Carlo führte ich den Namen König, damit mein wirklicher Name nicht in den Listen der Mitglieder des Spielklubs figuriere. Ich spielte leidenschaftlich, aber nicht gewerdmäßig. Ich fuhr dann nach Spa, dann nach München. Dort bin ich zu Unrecht wegen Zechprellerei bestraft. Im Jahre 1898 wurde ich wegen angeblicher schwerer Lehrenfälschung und Betruges verurteilt. Verurteilt wurde nur Nieger, gegen mich war die Sache verjährt. Strafbau habe ich mich aber keineswegs gemacht. Ich konnte jeden Augenblick von meiner Mutter Geld erhalten und habe in Südamerika große Terraingeschäfte gemacht. Mehr Jahre lang habe ich in einem englischen Hause Finanzgeschäfte, in Rumänien Petroleumgeschäfte und ähnliche Sachen gemacht, die mir Geld einbrachten. Von München aus ging ich nach Belgien und nach England. Ich gründete neun Spielklubs; habe etwa 100 000 Francs gewonnen. Im Jahre 1902 oder 1903 habe ich in Afrika Mineralgeschäfte gemacht. Ich bin viel gereist, neunmal um die Welt. Ich nannte mich allmählich von König, weil ich dadurch ein größeres Ansehen und bessere Chancen hatte. Im Jahre 1905 habe ich mich in Argentinien verheiratet. Der Großvater meiner Frau besitzt 25 Millionen. Meine Frau und meine Schwiegermutter haben jährlich etwa 400 000 M. zu verzeichnen, keineswegs lasse ich mich von meiner Frau ernähren. Im Jahre 1906 wurde ich aus Paris wegen Verdachts der Spionage ausgewiesen. Es ist nicht wahr, daß ich wegen Verdachts des Kesselspiels verhaftet oder verfolgt sei. Die Polizeibehörden haben über mich falsch berichtet. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Doppelgänger von König.

Der Angeklagte Niemela, 1884 geboren, ist Leutnant außer Dienst. Er ist aus dem Dienst geschieden, weil er einen Unfall als Flieger erlitten hatte. Er bezieht eine Pension von 83 M. monatlich. Als Offizier erklärte er, hatte ich monatlich durchschnittlich 150 M. Taschengeld. Durch meinen Vater und meinen Schwager, von dem allein ich etwa 50 000 M. erhielt, wurde ich in den Stand gesetzt, große Reisen in Europa zu unternehmen. Nach meiner Verabschiedung wurden mir große Angebote gemacht, um Luftschiffahrten und Automobilfahrten zu unternehmen. Strafbau habe ich mich nie gemacht, gespielt habe ich. Wichtig ist, daß ich im „Berl. Lokalanzeiger“ als „Deutscher Artilleriehauptmann“ eine Heirat mit „sehr vornehmer vermögender Dame“ suchte. Das ist nichts Angehörliches. Kechnisches kommt häufig vor. Das Inserat hatte ich von London aus aufgegeben. Die Ankunft der französischen Regierung ist unrichtig, die dahin geht, daß ich aus sämtlichen französischen Spielklubs ausgewiesen sei, weil ich im Verdacht des Kesselspiels gestanden hätte. Meine Ausweisung hängt mit militärischen Dingen zusammen. Dieser Behauptung widerspricht der Staatsanwalt entschieden. Wichtig ist, daß ich ebenso wie Stallmann mit Kesselspielern wie Buies, Schenk zu Schweinsburg und anderen verkehrt habe. Ich wußte nicht, daß es Kesselspieler sind. Buies war mit der Tochter eines deutschen Generals, Fräulein von Redern, verlobt. Stallmann war mit einem deutschen Thronfolger eng befreundet.

Der Angeklagte Cramer ist 1855 geboren, während seiner Militärzeit wegen Diebstahls gegen einen Kameraden in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt und im Jahre 1912 in London wegen Führung eines Spielklubs mit vier Wochen Haft bestraft. Er erklärt: Ich habe die Schule bis Terzia besucht und bin dann in einem Pensionat weiter gebildet worden. Nach Absolvierung meiner dreijährigen Dienstzeit in Frankfurt a. O., bin ich als Maschinenbauingenieur nach Spanien, Portugal, Rußland gegangen und habe mich dann dauernd in England niedergelassen. „Ich bin, so erklärt er weiter, ein gewerdmäßiger Glücksspieler und mache ein Gewerbe aus dem Spiel, aber nur da, wo man ein gewerdmäßiges Glücksspiel im Straßespiel nicht kennt, nämlich im Ausland. Ich habe in London 2500 bis 3000 Pfund jährlich verdient, teils als Quäntmacher, teils durch Börsenspekulationen, teils als Inhaber oder Mitinhaber von Spielklubs. Bei mir war zeitweise ein tägliches Toll und haben in Höhe bis zu 10 000 M. Es hat ein Jahr gegeben, wo ich allein für Kartengeld über eine Million bezahlte habe. Ich habe sehr bedeutende Bankten gegeben,

auch in Belgien. Stallmann habe ich 1897 oder 1898 kennen gelernt, an einem unglücklichen Tage, wo ich an ihm 60 000 bis 70 000 Mark im Spiel verloren habe. Ich habe damals in zwei oder drei Tagen 300 000 Frank verloren, und da habe ich mir die Gesichter der Herren gemerkt. Sonst habe ich keine persönlichen Beziehungen zu Stallmann. In England bin ich unter dem Namen von Cramer in vornehme Klubs eingeführt und habe auch andere adeliche Namen geführt.“

Es gelangen dann drei typische Fälle für das Vorgehen der Angeklagten zur Besprechung.

Im Mai 1910 wurde ein Herr Fritz Runtermann mit Niemela in Berlin bekannt. Durch diesen wurde die weitere Bekanntschaft mit Buies und Schenk von Schweinsberg vermittelt. Die vier spielten im Hotel Eplanade, Runtermann verlor an Niemela und an von Schenk je 3000 M.

Der zweite Illustrationsfall spielte in Wiesbaden. Dort befand sich Niemela, der als Offizier wegen seines leidenden Zustandes in eine dortige Heilanstalt geschickt war. Ein Landwirt Kiepert, Stallmann und Baron von Hoffstein spielten Vokarat. Kiepert verlor an einem Abend 17 000 M. Niemela erklärt auf den Vorhalt, daß es doch auffällig sei, daß er als kranker Offizier in eine Bar gehe und spiele: Ich war damals 24 Jahre alt, in der Bar waren immer 20 bis 24 Offiziere aus der Heilanstalt. Stallmann erklärt: Ich hatte einen Automobilunfall, mußte mich deswegen in Wiesbaden aufhalten. Allerdings habe ich beim Spiel etwa 12 000 M. gewonnen, aber das war nicht gewerdmäßig.

Der dritte Fall spielt in Chiavenna. Im Februar 1910 befand sich der Leutnant Wolf von Werber mit seiner Kusine Margarete von Redern in Davos. Er reiste nach St. Moritz, dort traf er Niemela, Buies und Stallmann. Nach einer Schüttenpartie nach Chiavenna wurde ein Spielchen entriert, bei dem von Werber 8400 M. an Niemela verlor. Niemela befand sich damals auf Erholungsurlaub. Der wegen Kesselspiels bereits verurteilte Buies war, wie Niemela behauptet, ein sehr frommer Mann. In Chiavenna ließ er sich die Kirche aufschließen, ging mit Fräulein von Redern hinein, betete dort und hat auch dort zwei Kerzen angezündet. „Solch frommer Mensch, dachte ich, kann doch nicht schlecht sein.“ Nach dem Spiel hatte Niemela die Karten gerissen. Die Anklage nimmt an, daß sei geschehen, um die Spuren des Kesselspiels zu beseitigen. Der Angeklagte behauptet, das sei so allgemeiner Brauch bei Spielern. Auf die Vorhaltung, den Charakter Buies habe er doch kennen müssen, denn er habe zu Vergeltung gesagt: Buies hat mich fest, wenn ich doch bloß von dem Hund loskommen könnte, erklärt er, Vergeltung sei ein Klapperpapa, er habe ihn falsch verstanden.

Wir werden das Urteil mitteilen. Die Verhandlung wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

## Aus aller Welt.

### Keine vorübergehende Erscheinung.

Mit allen möglichen Mitteln versucht man der größten Kultur- und Sozialbewegung aller Zeiten, der Sozialdemokratie, den Garaus zu machen. Allgemach haben die Herrschenden sich zwar überzeugt, daß der sozialistische Gedanke durchaus keine vorübergehende Erscheinung ist, deren Ueberwindung man getrost einem einzelnen überlassen kann. Denn wenn man die sozialdemokratische Bewegung mit mehr oder minder guten Reden einschlagen könnte, so gäbe es heute keine Sozialdemokratie mehr. Die besten ideologischen Hoffnungen sind zerstückelt an der eburnen Tafel, daß all die schönen Reden nur eine Stärkung der verhassten Bewegung bewirkt haben. Aber auch die gegen die sozialdemokratische Weltanschauung geübte Gewalt hat das Gegenteil der erhofften Wirkung erzielt. „Wie lange noch soll die verheerende Tätigkeit der Amstürzler dauern?“ fragt dann Herzog der in seiner Ausbeutungsfreiheit bedrohte Patriot.

Eine treffliche Antwort, die der Vergessenheit entrissen zu werden verdient, gibt auf diese Frage eine im „Volksstaat“ vom 15. Oktober 1875 abgedruckte Rede des Genossen Dr. Duff, Mannheim, in deren Schluß es heißt:

„So lange die Produktionsweise der neuen weltindustriellen internationalen Zeitepoche, die nur mit großen Mitteln noch und mit Naturkräften arbeiten kann, die kapitalistische Produktionsweise, nicht beseitigt ist für den ausbeuteten mißhandelten Produzenten findet und mit gleichem Maße alle Produzenten, Kapitalist und Arbeiter, nicht aus dem gemeinsamen Vorteil —; so lange die Arbeit nicht alle Proletarier ehrlich und ehrenvoll zu ernähren, nicht allen Familien eine menschenwürdige Existenz zu sichern vermag —;

so lange die Interessen der Völker, die Freundschaft und Arbeit sind, durch eine ehrgeizige Diplomatie geschädigt und geschändet, durch Gewalttätigkeiten, welche allein — allein über Krieg und Frieden bestimmen, verwüthet werden können in Ruhmestiegen und Nachkriegen —;

so lange die Liebe ein Handel und die Ehe eine Verkopplung von Interessen, Vorrechten und Kapitalien ist —;

so lange nicht eine Gerechtigkeit herrscht für alle —;

so lange der Unterricht, die freie Schule, die vollkommene Ausbildung der Geistesgaben nicht für den Leibeigenen wie für den Hochgeborenen gleich zugänglich, nicht dasselbe gleiche unveräußerliche Menschengut aller ist —

so lange ist die Sozialdemokratie eine eiserne Notwendigkeit!“

### Meuterei auf einem italienischen Kriegsschiffe.

Wie ein Telegramm aus Turin meldet, hat im Hafen von Venedig die Besatzung des italienischen Panzerkreuzers „Quarto“ gemeutert, weil ihr der Osterurlaub nicht gewährt worden ist. Die Mannschaft war alle Waffen und Schiffsinstrumente über Bord und verweigerte den Dienst. Der Marineminister hat eine strenge Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen angeordnet.

### Was zum Leben gehört.

Die Frage, ob 80 000 M. pro Jahr für den Unterhalt und die Erziehung eines vierzehnjährigen Mädchens eine übertriebene Forderung sind, stand kürzlich vor einem Reichsgericht in der Entscheidung. Es handelte sich dabei um den Fall von W. H. Dewitt, einer Erbin, deren Vermögen etwas über fünf Millionen Mark beträgt. Der Vormund des Mädchens machte vor Gericht geltend, daß die gerichtlich bewilligte Summe von 16 000 M. für die standesgemäße Unterhaltung des Mädchens nicht mehr ausreiche. „Die junge Dame“, führte er aus, „ist für ihr Alter geistig und körperlich außergewöhnlich entwickelt, und die Ausgaben für ihre Ausbildung sind ständig gewachsen und wachsen immer weiter, da ihre Einführung in das gesellschaftliche Leben naturgemäß eine Erhöhung des Toilettenbudgets nötig macht. Sie kann überdies ohne eine Kammergasse und eine Gesellschaft nicht mehr auskommen. Auch ist das Mädchen genötigt, zur Vervollständigung seiner Bildung ausgedehnte Reisen zu unternehmen.“ Das Gericht ließ sich denn auch durch die Argumente des Vormundes überzeugen und entschied, daß ein Betrag von 80 000 M. pro Jahr im vorliegenden Falle eine durchaus berechtigte Kostenforderung sei.

Die ausgleichende Gerechtigkeit sorgt dafür, daß etwa achtzig Arbeiterfamilien über die gleiche Summe als „berechtigtes“ Einkommen verfügen.

### Kleine Notizen.

Abstieg in den Tiroler Alpen. Der Münchener Kupferstecher Wilhelm Bach, der eine Partie auf den Sonnen im Kaisergebirge

unternahm, wurde vor einer Lawine 800 Meter tief herabgerissen. Es ist bisher noch nicht gelungen, die Leiche aufzufinden. Vergiftete Speisen. In der französischen Oststadt Sienne erkrankte eine aus fünf Personen bestehende Familie nach Genuß eines Bierchens. Eine Frau und ein Knabe sind der Vergiftung bereits erlegen. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung eingeleitet.

Eisenbahnunglück in Ungarn. In der Nähe der Station Tiszoloz ist ein Güterzug in einen Personenzug hineingefahren. Mehrere Waggons des Güterzuges waren zertrümmert, einige Waggons des Personenzuges entgleisten, desgleichen der Postwagen. Ein Bahnbeamter wurde getötet, zwei Beamte, ein Gendarm, eine Frau und deren Kind erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Bootsunglück an der französischen Küste. In der Nähe von Erteil-sur-Mer (Dep. Seine Inférieure) kenterte ein Boot, in dem der Pariser Arzt Dr. Query mit zwei Freunden einen Ausflug unternommen hatte. Die beiden Freunde ertranken, während Dr. Query mit großer Mühe gerettet werden konnte.

## Eingegangene Druckschriften.

Meine Abrechnung. Von Karl Kadel. Im Selbstverlag des Verfassers. 50 Seiten von der Buchhandlung der „Bremer Bürgerzeitung“. Preis 30 Pf.

Peter und Schwert. Von Th. Körner. 1,50 M. Morawe u. Scheffel, Berlin W. 50.

Die Junge, ihre Pflege im gesunden und kranken Zustande. Von Dr. F. Kiemer. 16 Seiten 3 M. A. J. Behr, Leipzig.

Rechtswissenschaften. Von Th. Körner. 1,50 M. Morawe u. Scheffel, Berlin W. 50.

Das Geseh gegen den unlauteeren Wettbewerb. Von D. Barr. 6 M. geb. 7,50 M. Kuttammer u. Wühlbergt, Berlin W. 50.

Die Gemeinde. Monatschrift für sozialdemokratische Kommunalpolitik. Jährlich 3 Nr. Redaktion und Verwaltung Wien, Rechte Wienzeile 7.

Arbeiterferien unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Metallindustrie. Nach einer Erhebung 1912. 96 Seiten. H. Schilde u. Co., Stuttgart.

Führer durch das Angestelltenversicherungsgesetz. Von G. Ansel. 2. Aufl. Gießen. 1 M.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vier Treppen — Parterre — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Eintrag und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnemententgeltung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen erfrage man in der Sprechstunde vor.

G. A. 51. Welten. Verjährung liegt nicht vor, da die Anklage nach ihrer Darstellung auf Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge lautet. — G. A. 19. 1. Der Logikwart würde nicht halten. 2. In zehn Jahren. — Weimelerstr. 1. Die Höhe des Invalidenversicherungsbeitrages richtet sich nach dem aus dem Status der Krankenliste resultierenden durchschnittlichen Tagelohn. — G. A. 6. Solern das Mädchen auch für ihr Gewerbe tätig ist, z. B. die gewerblichen Räume reinigt, sind die zur Einzahlung des Lohnes nicht berechtigt. Andersfalls könnten die mit etwaigen Schadenersatzansprüchen, sofern diese nachweisbar sind, aufrechnen. Die Papiere haben die auf Verlangen herauszugeben. Von der Eintragung der von Ihnen angegebenen Tatsachen in das Dienstbuch raten wir ab. — G. A. 103. Einkommen aus beiden Erwerbsteilen wird zusammenzurechnen. — G. A. 53. Die Frage ist nicht zu beantworten, da nähere Angaben über Art der Beschäftigung, das Geschlecht und das Alter des Arbeitnehmers fehlen. — Albert 57. Nach den in Berlin üblichen Mietverträgen nein. — An. 23. Nein. — G. 66. 1. Nein. 2. Klimente für die in Frage kommende Zeit sind weiszuzahlen. — 227. 7. 4 Jahre. — Semper 897. 1. Ja. 2. 1601 ff. B. G. B. 3. Nach den Grundbüchern der Bedürftigkeit auf Seiten der Eltern und der Leistungsfähigkeit auf Seiten der Kinder. 4. Der Sohn muß bei dem ausgehenden Einkommen zur Bedienung des vollen zum Unterhalt noch fehlenden Betrages verpflichtet. Wie hoch dieser Betrag etwa zu beurteilen ist, läßt sich ohne nähere Kenntnisse der Einkünfte- und Einkommensverhältnisse der gesamten in Frage kommenden Personen nicht beurteilen. 5. Klage beim Landgericht. Die Klage muß durch einen Anwalt erhoben werden. Falls ein Anwalt nicht zu erlangen ist, würde ein Rechtsanwalt vom Gericht beigeordnet werden. 6. Ja. 7. Falls Einkommen und Vermögen 150 M. — G. A. 30. Berechtigt wohl, aber nicht verpflichtet. — G. A. 56. Die Kosten für die Kinderanwaltschaft sind in diesem Falle n. C. abzugsfähig. Die bevorstehende Einbindung Ihrer Frau geben Sie bei der Reklamation mit an. Die bezeichneten Versicherungsprämien sind nicht abzugsfähig. — G. A. 33. 1. Ja. 2. Nein. — G. A. 12. Die Wohnung muß bis zum 2. April mittags geräumt sein, ein Zimmer jedoch schon am 1. April. — G. A. 9. Scheidungsfrage erscheint nicht durchführbar. — 142. H. G. ja. Vermögen Sie sich bei dem Pfandleiher um Einlösung des Pfandes. — G. A. 24. 1. Ja. Die Frau kann aber weitervermehren. 2. Falls der Verleiher für das Eigentumrecht der Frau schwierig ist, empfiehlt sich ein Ehevertrag zu notariellem oder gerichtlichen Protokoll. — Rechtsanw. 24. 1. und 2. Nein. — G. A. 32. An das Amtsgericht in Breslau. Verjährung ist noch nicht eingetreten. — Wette 1118. Seiten entscheiden wir nicht. — G. A. 333. 1. Die Beiträge zur Invalidenversicherung sind zu berücksichtigen. Die übrigen Beiträge, soweit sie im vorliegenden Kalenderjahr geleistet sind. 2. Nein. — Pantow 7. 1 u. 2 Strafbarkeit kann nicht angenommen werden. Handelt es sich um Umkehrung von unentgeltlichen Sachen, so kann Herausgabe gefordert werden. — G. A. 36. Nein. — G. A. 10. Sieherheiten Sie Ihre Anlage und geben Sie nach an, zu welchem Datum das Zahlungserlöb zugesandt ist. — W. D. 39. Eine bestimmte Zahlener ist nicht vorzuschreiben. Fordern Sie den Schuldner zur Einlösung unter Zahlung einer Frist auf und drohen ihm an, daß nach Ablauf der Frist Versteigerung erfolgt. Versteicht die Frist erfolglos, so können Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Versteigerung beauftragen. — G. A. 250. Im Alimentationsprozeß können Sie den Betroffenen als Zeugen bezeichnen. In derartigen Fällen kann in der Regel eine Verurteilung nicht erfolgen. — G. A. 41. 1. Ja. 2. Eine Reklamation aus dem Grunde könnte Erfolg haben. 3, 5, u. 6. Nein. — G. A. 12. Gegen die Entlassungsvorschrift sind Ihnen innerhalb vierzehn Tagen nach Zustellung des Recht der Beschwerde an den Oberpräsidenten in Potsdam und gegen einen etwa ablehnenden Bescheid derselben die Klage beim Oberverwaltungsgericht zu. Esendar sind diese Fristen von Ihnen veräumt, so daß sich in der Angelegenheit nichts mehr tun läßt.

G. A. 51. Welten. Verjährung liegt nicht vor, da die Anklage nach ihrer Darstellung auf Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge lautet. — G. A. 19. 1. Der Logikwart würde nicht halten. 2. In zehn Jahren. — Weimelerstr. 1. Die Höhe des Invalidenversicherungsbeitrages richtet sich nach dem aus dem Status der Krankenliste resultierenden durchschnittlichen Tagelohn. — G. A. 6. Solern das Mädchen auch für ihr Gewerbe tätig ist, z. B. die gewerblichen Räume reinigt, sind die zur Einzahlung des Lohnes nicht berechtigt. Andersfalls könnten die mit etwaigen Schadenersatzansprüchen, sofern diese nachweisbar sind, aufrechnen. Die Papiere haben die auf Verlangen herauszugeben. Von der Eintragung der von Ihnen angegebenen Tatsachen in das Dienstbuch raten wir ab. — G. A. 103. Einkommen aus beiden Erwerbsteilen wird zusammenzurechnen. — G. A. 53. Die Frage ist nicht zu beantworten, da nähere Angaben über Art der Beschäftigung, das Geschlecht und das Alter des Arbeitnehmers fehlen. — Albert 57. Nach den in Berlin üblichen Mietverträgen nein. — An. 23. Nein. — G. 66. 1. Nein. 2. Klimente für die in Frage kommende Zeit sind weiszuzahlen. — 227. 7. 4 Jahre. — Semper 897. 1. Ja. 2. 1601 ff. B. G. B. 3. Nach den Grundbüchern der Bedürftigkeit auf Seiten der Eltern und der Leistungsfähigkeit auf Seiten der Kinder. 4. Der Sohn muß bei dem ausgehenden Einkommen zur Bedienung des vollen zum Unterhalt noch fehlenden Betrages verpflichtet. Wie hoch dieser Betrag etwa zu beurteilen ist, läßt sich ohne nähere Kenntnisse der Einkünfte- und Einkommensverhältnisse der gesamten in Frage kommenden Personen nicht beurteilen. 5. Klage beim Landgericht. Die Klage muß durch einen Anwalt erhoben werden. Falls ein Anwalt nicht zu erlangen ist, würde ein Rechtsanwalt vom Gericht beigeordnet werden. 6. Ja. 7. Falls Einkommen und Vermögen 150 M. — G. A. 30. Berechtigt wohl, aber nicht verpflichtet. — G. A. 56. Die Kosten für die Kinderanwaltschaft sind in diesem Falle n. C. abzugsfähig. Die bevorstehende Einbindung Ihrer Frau geben Sie bei der Reklamation mit an. Die bezeichneten Versicherungsprämien sind nicht abzugsfähig. — G. A. 33. 1. Ja. 2. Nein. — G. A. 12. Die Wohnung muß bis zum 2. April mittags geräumt sein, ein Zimmer jedoch schon am 1. April. — G. A. 9. Scheidungsfrage erscheint nicht durchführbar. — 142. H. G. ja. Vermögen Sie sich bei dem Pfandleiher um Einlösung des Pfandes. — G. A. 24. 1. Ja. Die Frau kann aber weitervermehren. 2. Falls der Verleiher für das Eigentumrecht der Frau schwierig ist, empfiehlt sich ein Ehevertrag zu notariellem oder gerichtlichen Protokoll. — Rechtsanw. 24. 1. und 2. Nein. — G. A. 32. An das Amtsgericht in Breslau. Verjährung ist noch nicht eingetreten. — Wette 1118. Seiten entscheiden wir nicht. — G. A. 333. 1. Die Beiträge zur Invalidenversicherung sind zu berücksichtigen. Die übrigen Beiträge, soweit sie im vorliegenden Kalenderjahr geleistet sind. 2. Nein. — Pantow 7. 1 u. 2 Strafbarkeit kann nicht angenommen werden. Handelt es sich um Umkehrung von unentgeltlichen Sachen, so kann Herausgabe gefordert werden. — G. A. 36. Nein. — G. A. 10. Sieherheiten Sie Ihre Anlage und geben Sie nach an, zu welchem Datum das Zahlungserlöb zugesandt ist. — W. D. 39. Eine bestimmte Zahlener ist nicht vorzuschreiben. Fordern Sie den Schuldner zur Einlösung unter Zahlung einer Frist auf und drohen ihm an, daß nach Ablauf der Frist Versteigerung erfolgt. Versteicht die Frist erfolglos, so können Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Versteigerung beauftragen. — G. A. 250. Im Alimentationsprozeß können Sie den Betroffenen als Zeugen bezeichnen. In derartigen Fällen kann in der Regel eine Verurteilung nicht erfolgen. — G. A. 41. 1. Ja. 2. Eine Reklamation aus dem Grunde könnte Erfolg haben. 3, 5, u. 6. Nein. — G. A. 12. Gegen die Entlassungsvorschrift sind Ihnen innerhalb vierzehn Tagen nach Zustellung des Recht der Beschwerde an den Oberpräsidenten in Potsdam und gegen einen etwa ablehnenden Bescheid derselben die Klage beim Oberverwaltungsgericht zu. Esendar sind diese Fristen von Ihnen veräumt, so daß sich in der Angelegenheit nichts mehr tun läßt.

G. A. 51. Welten. Verjährung liegt nicht vor, da die Anklage nach ihrer Darstellung auf Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge lautet. — G. A. 19. 1. Der Logikwart würde nicht halten. 2. In zehn Jahren. — Weimelerstr. 1. Die Höhe des Invalidenversicherungsbeitrages richtet sich nach dem aus dem Status der Krankenliste resultierenden durchschnittlichen Tagelohn. — G. A. 6. Solern das Mädchen auch für ihr Gewerbe tätig ist, z. B. die gewerblichen Räume reinigt, sind die zur Einzahlung des Lohnes nicht berechtigt. Andersfalls könnten die mit etwaigen Schadenersatzansprüchen, sofern diese nachweisbar sind, aufrechnen. Die Papiere haben die auf Verlangen herauszugeben. Von der Eintragung der von Ihnen angegebenen Tatsachen in das Dienstbuch raten wir ab. — G. A. 103. Einkommen aus beiden Erwerbsteilen wird zusammenzurechnen. — G. A. 53. Die Frage ist nicht zu beantworten, da nähere Angaben über Art der Beschäftigung, das Geschlecht und das Alter des Arbeitnehmers fehlen. — Albert 57. Nach den in Berlin üblichen Mietverträgen nein. — An. 23. Nein. — G. 66. 1. Nein. 2. Klimente für die in Frage kommende Zeit sind weiszuzahlen. — 227. 7. 4 Jahre. — Semper 897. 1. Ja. 2. 1601 ff. B. G. B. 3. Nach den Grundbüchern der Bedürftigkeit auf Seiten der Eltern und der Leistungsfähigkeit auf Seiten der Kinder. 4. Der Sohn muß bei dem ausgehenden Einkommen zur Bedienung des vollen zum Unterhalt noch fehlenden Betrages verpflichtet. Wie hoch dieser Betrag etwa zu beurteilen ist, läßt sich ohne nähere Kenntnisse der Einkünfte- und Einkommensverhältnisse der gesamten in Frage kommenden Personen nicht beurteilen. 5. Klage beim Landgericht. Die Klage muß durch einen Anwalt erhoben werden. Falls ein Anwalt nicht zu erlangen ist, würde ein Rechtsanwalt vom Gericht beigeordnet werden. 6. Ja. 7. Falls Einkommen und Vermögen 150 M. — G. A. 30. Berechtigt wohl, aber nicht verpflichtet. — G. A. 56. Die Kosten für die Kinderanwaltschaft sind in diesem Falle n. C. abzugsfähig. Die bevorstehende Einbindung Ihrer Frau geben Sie bei der Reklamation mit an. Die bezeichneten Versicherungsprämien sind nicht abzugsfähig. — G. A. 33. 1. Ja. 2. Nein. — G. A. 12. Die Wohnung muß bis zum 2. April mittags geräumt sein, ein Zimmer jedoch schon am 1. April. — G. A. 9. Scheidungsfrage erscheint nicht durchführbar. — 142. H. G. ja. Vermögen Sie sich bei dem Pfandleiher um Einlösung des Pfandes. — G. A. 24. 1. Ja. Die Frau kann aber weitervermehren. 2. Falls der Verleiher für das Eigentumrecht der Frau schwierig ist, empfiehlt sich ein Ehevertrag zu notariellem oder gerichtlichen Protokoll. — Rechtsanw. 24. 1. und 2. Nein. — G. A. 32. An das Amtsgericht in Breslau. Verjährung ist noch nicht eingetreten. — Wette 1118. Seiten entscheiden wir nicht. — G. A. 333. 1. Die Beiträge zur Invalidenversicherung sind zu berücksichtigen. Die übrigen Beiträge, soweit sie im vorliegenden Kalenderjahr geleistet sind. 2. Nein. — Pantow 7. 1 u. 2 Strafbarkeit kann nicht angenommen werden. Handelt es sich um Umkehrung von unentgeltlichen Sachen, so kann Herausgabe gefordert werden. — G. A. 36. Nein. — G. A. 10. Sieherheiten Sie Ihre Anlage und geben Sie nach an, zu welchem Datum das Zahlungserlöb zugesandt ist. — W. D. 39. Eine bestimmte Zahlener ist nicht vorzuschreiben. Fordern Sie den Schuldner zur Einlösung unter Zahlung einer Frist auf und drohen ihm an, daß nach Ablauf der Frist Versteigerung erfolgt. Versteicht die Frist erfolglos, so können Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Versteigerung beauftragen. — G. A. 250. Im Alimentationsprozeß können Sie den Betroffenen als Zeugen bezeichnen. In derartigen Fällen kann in der Regel eine Verurteilung nicht erfolgen. — G. A. 41. 1. Ja. 2. Eine Reklamation aus dem Grunde könnte Erfolg haben. 3, 5, u. 6. Nein. — G. A. 12. Gegen die Entlassungsvorschrift sind Ihnen innerhalb vierzehn Tagen nach Zustellung des Recht der Beschwerde an den Oberpräsidenten in Potsdam und gegen einen etwa ablehnenden Bescheid derselben die Klage beim Oberverwaltungsgericht zu. Esendar sind diese Fristen von Ihnen veräumt, so daß sich in der Angelegenheit nichts mehr tun läßt.

G. A. 51. Welten. Verjährung liegt nicht vor, da die Anklage nach ihrer Darstellung auf Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge lautet. — G. A. 19. 1. Der Logikwart würde nicht halten. 2. In zehn Jahren. — Weimelerstr. 1. Die Höhe des Invalidenversicherungsbeitrages richtet sich nach dem aus dem Status der Krankenliste resultierenden durchschnittlichen Tagelohn. — G. A. 6. Solern das Mädchen auch für ihr Gewerbe tätig ist, z. B. die gewerblichen Räume reinigt, sind die zur Einzahlung des Lohnes nicht berechtigt. Andersfalls könnten die mit etwaigen Schadenersatzansprüchen, sofern diese nachweisbar sind, aufrechnen. Die Papiere haben die auf Verlangen herauszugeben. Von der Eintragung der von Ihnen angegebenen Tatsachen in das Dienstbuch raten wir ab. — G. A. 103. Einkommen aus beiden Erwerbsteilen wird zusammenzurechnen. — G. A. 53. Die Frage ist nicht zu beantworten, da nähere Angaben über Art der Beschäftigung, das Geschlecht und das Alter des Arbeitnehmers fehlen. — Albert 57. Nach den in Berlin üblichen Mietverträgen nein. — An. 23. Nein. — G. 66. 1. Nein. 2. Klimente für die in Frage kommende Zeit sind weiszuzahlen. — 227. 7. 4 Jahre. — Semper 897. 1. Ja. 2. 1601 ff. B. G. B. 3. Nach den Grundbüchern der Bedürftigkeit auf Seiten der Eltern und der Leistungsfähigkeit auf Seiten der Kinder. 4. Der Sohn muß bei dem ausgehenden Einkommen zur Bedienung des vollen zum Unterhalt noch fehlenden Betrages verpflichtet. Wie hoch dieser Betrag etwa zu beurteilen ist, läßt sich ohne nähere Kenntnisse der Einkünfte- und Einkommensverhältnisse der gesamten in Frage kommenden Personen nicht beurteilen. 5. Klage beim Landgericht. Die Klage muß durch einen Anwalt erhoben werden. Falls ein Anwalt nicht zu erlangen ist, würde ein Rechtsanwalt vom Gericht beigeordnet werden. 6. Ja. 7. Falls Einkommen und Vermögen 150 M. — G. A. 30. Berechtigt wohl, aber nicht verpflichtet. — G. A. 56. Die Kosten für die Kinderanwaltschaft sind in diesem Falle n. C. abzugsfähig. Die bevorstehende Einbindung Ihrer Frau geben Sie bei der Reklamation mit an. Die bezeichneten Versicherungsprämien sind nicht abzugsfähig. — G. A. 33. 1. Ja. 2. Nein. — G. A. 12. Die Wohnung muß bis zum 2. April mittags geräumt sein, ein Zimmer jedoch schon am 1. April. — G. A. 9. Scheidungsfrage erscheint nicht durchführbar. — 142. H. G. ja. Vermögen Sie sich bei dem Pfandleiher um Einlösung des Pfandes. — G. A. 24. 1. Ja. Die Frau kann aber weitervermehren. 2. Falls der Verleiher für das Eigentumrecht der Frau schwierig ist, empfiehlt sich ein Ehevertrag zu notariellem oder gerichtlichen Protokoll. — Rechtsanw. 24. 1. und 2. Nein. — G. A. 32. An das Amtsgericht in Breslau. Verjährung ist noch nicht eingetreten. — Wette 1118. Seiten entscheiden wir nicht. — G. A. 333. 1. Die Beiträge zur Invalidenversicherung sind zu berücksichtigen. Die übrigen Beiträge, soweit sie im vorliegenden Kalenderjahr geleistet sind. 2. Nein. — Pantow 7. 1 u. 2 Strafbarkeit kann nicht angenommen werden. Handelt es sich um Umkehrung von unentgeltlichen Sachen, so kann Herausgabe gefordert werden. — G. A. 36. Nein. — G. A. 10. Sieherheiten Sie Ihre Anlage und geben Sie nach an, zu welchem Datum das Zahlungserlöb zugesandt ist. — W. D. 39. Eine bestimmte Zahlener ist nicht vorzuschreiben. Fordern Sie den Schuldner zur Einlösung unter Zahlung einer Frist auf und drohen ihm an, daß nach Ablauf der Frist Versteigerung erfolgt. Versteicht die Frist erfolglos, so können Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Versteigerung beauftragen. — G. A. 250. Im Alimentationsprozeß können Sie den Betroffenen als Zeugen bezeichnen. In derartigen Fällen kann in der Regel eine Verurteilung nicht erfolgen. — G. A. 41. 1. Ja. 2. Eine Reklamation aus dem Grunde könnte Erfolg haben. 3, 5, u. 6. Nein. — G. A. 12. Gegen die Entlassungsvorschrift sind Ihnen innerhalb vierzehn Tagen nach Zustellung des Recht der Beschwerde an den Oberpräsidenten in Potsdam und gegen einen etwa ablehnenden Bescheid derselben die Klage beim Oberverwaltungsgericht zu. Esendar sind diese Fristen von Ihnen veräumt, so daß sich in der Angelegenheit nichts mehr tun läßt.

G. A. 51. Welten. Verjährung liegt nicht vor, da die Anklage nach ihrer Darstellung auf Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge lautet. — G. A. 19. 1. Der Logikwart würde nicht halten. 2. In zehn Jahren. — Weimelerstr. 1. Die Höhe des Invalidenversicherungsbeitrages richtet sich nach dem aus dem Status der Krankenliste resultierenden durchschnittlichen Tagelohn. — G. A. 6. Solern das Mädchen auch für ihr Gewerbe tätig ist, z. B. die gewerblichen Räume reinigt, sind die zur Einzahlung des Lohnes nicht berechtigt. Andersfalls könnten die mit etwaigen Schadenersatzansprüchen, sofern diese nachweisbar sind, aufrechnen. Die Papiere haben die auf Verlangen herauszugeben. Von der Eintragung der von Ihnen angegebenen Tatsachen in das Dienstbuch raten wir ab. — G. A. 103. Einkommen aus beiden Erwerbsteilen wird zusammenzurechnen. — G. A. 53. Die Frage ist nicht zu beantworten, da nähere Angaben über Art der Beschäftigung, das Geschlecht und das Alter des Arbeitnehmers fehlen. — Albert 57. Nach den in Berlin üblichen Mietverträgen nein. — An. 23. Nein. — G. 66. 1. Nein. 2. Klimente für die in Frage kommende Zeit sind weiszuzahlen. — 227. 7. 4 Jahre. — Semper 897. 1. Ja. 2. 1601 ff. B. G. B. 3. Nach den Grundbüchern der Bedürftigkeit auf Seiten der Eltern und der Leistungsfähigkeit auf Seiten der Kinder. 4. Der Sohn muß bei dem ausgehenden Einkommen zur Bedienung des vollen zum Unterhalt noch fehlenden Betrages verpflichtet. Wie hoch dieser Betrag etwa zu beurteilen ist, läßt sich ohne nähere Kenntnisse der Einkünfte- und Einkommensverhältnisse der gesamten in Frage kommenden Personen nicht beurteilen. 5. Klage beim Landgericht. Die Klage muß durch einen Anwalt erhoben werden. Falls ein Anwalt nicht zu erlangen ist, würde ein Rechtsanwalt vom Gericht beigeordnet werden. 6. Ja. 7. Falls Einkommen und Vermögen 150 M. — G. A. 30. Berechtigt wohl, aber nicht verpflichtet. — G. A. 56. Die Kosten für die Kinderanwaltschaft sind in diesem Falle n. C. abzugsfähig. Die bevorstehende Einbindung Ihrer Frau geben Sie bei der Reklamation mit an. Die bezeichneten Versicherungsprämien sind nicht abzugsfähig. — G. A. 33. 1. Ja. 2. Nein. — G. A. 12. Die Wohnung muß bis zum 2. April mittags geräumt sein, ein Zimmer jedoch schon am 1. April. — G. A. 9. Scheidungsfrage erscheint nicht durchführbar. — 142. H. G. ja. Vermögen Sie sich bei dem Pfandleiher um Einlösung des Pfandes. — G. A. 24. 1. Ja. Die Frau kann aber weitervermehren. 2. Falls der Verleiher für das Eigentumrecht der Frau schwierig ist, empfiehlt sich ein Ehevertrag zu notariellem oder gerichtlichen Protokoll. — Rechtsanw. 24. 1. und 2. Nein. — G. A. 32. An das Amtsgericht in Breslau. Verjährung ist noch nicht eingetreten. — Wette 1118. Seiten entscheiden wir nicht. — G. A. 333. 1. Die Beiträge zur Invalidenversicherung sind zu berücksichtigen. Die übrigen Beiträge, soweit sie im vorliegenden Kalenderjahr geleistet sind. 2. Nein. — Pantow 7. 1 u. 2 Strafbarkeit kann nicht angenommen werden. Handelt es sich um Umkehrung von unentgeltlichen Sachen, so kann Herausgabe gefordert werden. — G. A. 36. Nein. — G. A. 10. Sieherheiten Sie Ihre Anlage und geben Sie nach an, zu welchem Datum das Zahlungserlöb zugesandt ist. — W. D. 39. Eine bestimmte Zahlener ist nicht vorzuschreiben. Fordern Sie den Schuldner zur Einlösung unter Zahlung einer Frist auf und drohen ihm an, daß nach Ablauf der Frist Versteigerung erfolgt. Versteicht die Frist erfolglos, so können Sie einen Gerichtsvollzieher mit der Versteigerung beauftragen. — G. A. 250. Im Alimentationsprozeß können Sie den Betroffenen als Zeugen bezeichnen. In derartigen Fällen kann in der Regel eine Verurteilung nicht erfolgen. — G. A. 41. 1. Ja. 2. Eine Reklamation aus dem Grunde könnte Erfolg haben. 3, 5, u. 6. Nein. — G. A. 12. Gegen die Entlassungsvorschrift sind Ihnen innerhalb vierzehn Tagen nach Zustellung des Recht der Beschwerde an den Oberpräsidenten in Potsdam und gegen einen etwa ablehnenden Bescheid derselben die Klage beim Oberverwaltungsgericht zu. Esendar sind diese Fristen von Ihnen veräumt, so daß sich in der Angelegenheit nichts mehr tun läßt.

G. A. 51. Welten. Verjährung liegt nicht vor, da die Anklage nach ihrer Darstellung auf Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge lautet. — G. A. 19. 1. Der Logikwart würde nicht halten. 2. In zehn Jahren. — Weimelerstr. 1. Die Höhe des Invalidenversicherungsbeitrages richtet sich nach dem aus dem Status der Krankenliste resultierenden durchschnittlichen Tagelohn. — G. A. 6. Solern das Mädchen auch für ihr Gewerbe tätig ist, z. B. die gewerblichen Räume reinigt, sind die zur Einzahlung des Lohnes nicht berechtigt. Andersfalls könnten die mit etwaigen Schadenersatzansprüchen, sofern diese nachweisbar sind, aufrechnen. Die Papiere haben die auf Verlangen herauszugeben. Von der Eintragung der von Ihnen angegebenen Tatsachen in das Dienstbuch raten wir ab. — G. A. 103. Einkommen aus beiden Erwerbsteilen wird zusammenzurechnen. — G. A. 53. Die Frage ist nicht zu beantworten, da nähere Angaben über Art der Beschäftigung, das Geschlecht und das Alter des Arbeitnehmers fehlen. — Albert 57. Nach den in Berlin üblichen Mietverträgen nein. — An. 23. Nein. — G.

Vorzüglich  
ist die  
bekannte



3 Pfg.  
Cigarette



Das Ideal der Hausfrau  
ist eine  
Singer Nähmaschine

Zu haben in sämtlichen Läden  
mit nebenstehendem „S“-Schild  
oder durch unsere Agenten

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
Berlin, Leipziger Straße 92.  
Filialen in allen Stadtteilen.

FÜR DIE SCHULE



Heute und morgen  
Vegehühner,  
garant. junge, helle Legeh., verkauft  
F. Wegner,  
Berlin 50., Mariannenstr. 34.

Möbel-Cohn

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58  
2. Geschäft: Grüner Weg 109  
Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl  
Anzahlungen auf Stube und Küche:  
Mark 15 30 50 75  
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne  
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer  
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.  
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei  
von 5 M. Anzahlung an. Krankheit und Arbeits-  
losigkeit.  
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich,  
resp. nach Ueberrückkunft.  
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
Sonntags 12-2 geöffnet.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 27. März 1913

Anfang 4 Uhr.  
Urania. Aufs Matterhorn.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Cavalleria  
rusticana. Bajaggi.  
Kgl. Schauspielhaus. Ariadne auf  
Naxos.  
Deutsches. Der lebende Leichnam.  
Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.  
Jirkus Albert Schumann. Gala-  
vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. „Hohenzollern“-Fahrt.  
Mammerstele. Bürger Schappel.  
Festung. Der Biberpelz.  
Berliner. Himmelsberg.  
Königsgraber Straße. Die fünf  
Frankfurter.  
Kleines. Professor Bernhardt.  
Kurfürstener. Der Schmutz der  
Wahonna.  
Theater des Westens. Die beiden  
Quaren.  
Deutsches Schauspielhaus. Og-  
mont.  
Deutsches Opernhaus. Der Frei-  
lieb.  
Schiller O. Die Reise durch Berlin  
in 90 Stunden.  
Schiller-Charlottenburg. Ogges  
und sein Ring.  
Groß-Berlin. Das Farmernädchen.  
Metropol. Die Rino-Rödingin.  
Trianon. Beim Frauen reifen.  
Theater am Nollendorfsplatz.  
Extrazug nach Nizza.  
Reidens. Die Frau Präsidentin.  
Zahls. Puppchen.  
Montis Operetten-Theater.  
Der Zigeunerprimas.  
Residenz-Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Frau Präsidentin.  
(Madame la Présidente).  
Schwanz in 3 Akten  
von H. Hennequin u. V. Weber.  
Wort und folgende Tage:  
Die Frau Präsidentin.  
Luisen-Theater  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Im wunderschönen Monat Mai.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Im wunderschönen Monat Mai.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Im wunderschönen Monat Mai.  
Ein frühes Spiel in 4 Akten von  
Ludw. Spinnuth-Bodenstedt.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Groß sein.  
Anfang 9 Uhr.  
Admiralpalast. Eisballett: Gürtel in  
St. Moritz.  
Berliner Eispalast. Lebende Eis-  
skulpturen.  
Eisbar. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Ballett-  
Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Reise durch Berlin in 90 Stunden.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Geschwister. — Elga.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Reise durch Berlin in 90 Stunden.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Das Konzert.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Im weißen Rössl.  
Schiller-Theater Charlotten-  
burg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Gyges und sein Ring.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Andere.  
Sonntag, 8 Uhr: Zum 1. Male:  
Cyrano von Bergerac.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
König Lear.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Cyrano von Bergerac.  
Deutsches Schauspielhaus  
8 Uhr: Camont.  
Theater am Nollendorfsplatz  
In allen Tagen der Woche  
8 Uhr:  
Extrazug nach Nizza.  
Theater des Westens.  
Die beiden Husaren  
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Frauenfresser.  
Montis Operetten-Theater  
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.  
8 Uhr: Der Zigeunerprimas.  
Residenz-Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Frau Präsidentin.  
(Madame la Présidente).  
Schwanz in 3 Akten  
von H. Hennequin u. V. Weber.  
Wort und folgende Tage:  
Die Frau Präsidentin.  
Luisen-Theater  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Im wunderschönen Monat Mai.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Im wunderschönen Monat Mai.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Im wunderschönen Monat Mai.  
Ein frühes Spiel in 4 Akten von  
Ludw. Spinnuth-Bodenstedt.  
ROSE=THEATER  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Verlassene Frauen.  
Vollständ. in 5 Akten von H. Lingen.  
Morgen: Verlassene Frauen.  
Theater Königstadt-Casino.  
Gute Holzmarkt u. Alexanderstraße.  
1 Minute v. Bahnh. Wannowbrücke  
Tägl. abds. 7 1/2. Sonnt. 7 1/2 Uhr:  
O. diese Chauffeur!  
Lustspiel von Max Kehler — u. das  
groß. Spezialitätenprogramm  
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Urania.  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Aufs Matterhorn!  
Abends 8 Uhr:  
„Hohenzollern“-Fahrt.

„Cines“  
Nollendorf-Theater  
Nollendorfplatz 4.  
Die Sensation von Berlin!  
Quo vadis?  
Das gewaltigste Film-  
Drama aller Zeiten!  
Vorführung 5, 7, 9 Uhr.  
Eintrittspreise 1-3 M.  
(Logen 4 M.)  
Vorverkauf täglich von 10 Uhr ab  
an der Kasse.

Reichshallen-Theater  
Stettiner Sänger.  
„Bühnen-Größen“  
Burleske von  
Reysel und  
Britton.  
Anfang  
- 8 Uhr. -

„Clou“ :: Berliner ::  
Konzertthaus  
Mauerstraße 32. — Zimmerstraße 90/91.  
Großes Doppel-Konzert.  
Gaspisiel des Philharmonischen Blasorchesters  
aus Mailand. Dirigent: Maestro Lorato Tesona.  
Musik: Kaiser-Alexander-Reg. Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen bei freiem  
Wochenenden: Gr. Nachmittags-Konzert  
Eintritt.

Neu übernommen.  
Neu-Helgoland  
Rahnsdorf.  
Neu übernommen.  
Inhaber Paul Zimmermann.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften mein neu  
übernommenes Sommer-Establissement.  
Abkannnt vorzügliche Speisen und Getränke.  
Großer schattiger Garten. — Tischplätze für etwa 3000 Personen.  
herrlich am kleinen Müggelsee gelegen.  
Großer Reissaal. — 2 Regelmäßig. — Volksbelustigungen.  
Große Vereine und Gesellschaften bitte um vorherige  
Anmeldung.  
Um gütigen Zuspruch bittend, zeichnet hochachtungsvoll  
Paul Zimmermann.  
1. Geschäft: „Industrie-Vertrieb“, Seutblir. 19/20. Amt C. 1722.  
2. Geschäft: Neu-Helgoland, Rahnsdorf.  
Neu-Helgoland ist zu erreichen per Dampfer ab Jannowitzbrücke,  
Reederei Nollendorf, Fahrplan: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag  
und Sonntag Abfahrt 2 Uhr (Extrazugfahrten) sowie per Dampfer ab  
Friedrichshagen Drauer-Ausfahrt oder per Bahn bis Rahnsdorf,  
Ueberrückkunft vom Restaurant Müggelwerder und Dorf Rahnsdorf.

Metropol-Theater.  
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet!  
Die Kino-Königin.  
Operette in 3 Akten von Prof. Freund  
und G. Olfendoff.  
Musik von Jean Gilbert.  
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schütz.  
Karl Bachmann J. Giampietro  
G. Thielscher V. Norbert  
H. Ballot J. Russka Ly Winter

Passage-Panoptikum  
Mac-Frog, der unersättliche  
Froschschluckler  
Das Verschlucken u. Zurück-  
bringen leb. Frösche u. Fische.  
Die WILDEN  
Feuerfresser  
in ihren  
fanat. Märtyrer-Produktionen.  
Alles lebend!  
Alles ohne Extra-Entree!

Trianon-Theater.  
Täglich 8 Uhr:  
Wenn Frauen reisen . . .  
Sonntag 8 Uhr: Der selige Toupinel.

Neu übernommen.  
Neu-Helgoland  
Rahnsdorf.  
Neu übernommen.  
Inhaber Paul Zimmermann.  
Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften mein neu  
übernommenes Sommer-Establissement.  
Abkannnt vorzügliche Speisen und Getränke.  
Großer schattiger Garten. — Tischplätze für etwa 3000 Personen.  
herrlich am kleinen Müggelsee gelegen.  
Großer Reissaal. — 2 Regelmäßig. — Volksbelustigungen.  
Große Vereine und Gesellschaften bitte um vorherige  
Anmeldung.  
Um gütigen Zuspruch bittend, zeichnet hochachtungsvoll  
Paul Zimmermann.  
1. Geschäft: „Industrie-Vertrieb“, Seutblir. 19/20. Amt C. 1722.  
2. Geschäft: Neu-Helgoland, Rahnsdorf.  
Neu-Helgoland ist zu erreichen per Dampfer ab Jannowitzbrücke,  
Reederei Nollendorf, Fahrplan: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag  
und Sonntag Abfahrt 2 Uhr (Extrazugfahrten) sowie per Dampfer ab  
Friedrichshagen Drauer-Ausfahrt oder per Bahn bis Rahnsdorf,  
Ueberrückkunft vom Restaurant Müggelwerder und Dorf Rahnsdorf.

Zirkus  
Albert Schumann.  
Heute Donnerstag, 27. März,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Elite-Vorstellung.  
U. a.:  
Direktor A. Schumann  
mit seinen neuent. Creationen.  
10 Lio-Hol-Tschu's 10  
chinesische Gaukler.  
Der lebende Propeller.  
Mr. Bolly and Bera  
Apachen-Tanz  
der span. Clowns Carpi u. Noppi  
The 5 Lloyds, Wild-Weer-Akt.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.  
4 Bilder aus Indien.

Herrnfeld  
Theater  
Neuer großer Erfolg!  
Schonzeit-Jäger.  
Liebesprobe.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Concordia-Festsäle.  
Inh.: M. Wendt u. A. Schütze.  
64 Andreasstr. 64.  
Jeden Donnerstag:  
Große Soiree  
der allgemein beliebten  
und bekannten  
Hoffmanns Sänger  
mit vollständig  
neuem Programm  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der  
Soiree: Frei-Tanz.  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Admiralpalast.  
Allabendlich:  
Das neue mit durchschlag  
Erfolg aufgof. Eisballett  
Flirt in St. Moritz  
1. Akt: Winterport in  
St. Moritz. 2. Akt: Soiree  
im Luxushotel.  
3. Akt: Japanisches Fest  
Unter Mitwirkung  
der kl. Charlotte.  
Bis 6 U. v. v. 10 1/2, halb. Kassengr.  
Wein- u. Bier-Abteilung.

Schluss der Saison:  
Donnerstag, 3. April.  
Zirkus Busch.  
Heute Donnerstag, 27. März,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Der mysteriöse Deckenläufer?  
Karl-Eugen-Troupe,  
Gymnastik in höchst Vollend.  
Red & Beat, Manögekönig.  
Geschw. Fiachi  
in ihrem wundervoll. Reitakt.  
Clown Pepino, Tierdress  
Zum Schluss:  
Die große Frank-Pantomime  
„Sevilla“  
in 6 glänzenden Akten.

Zirkus Barum  
nebst gr. Raubtier-Dressuren.  
Berlin N., Triftstraße,  
an der Müllerstraße.  
Heute sowie täglich ab 8 1/2 Uhr:  
Gala-Abende.  
Mr. Miraldo, das Rätsel des  
20. Jahrhunderts, 1000  
und alle übrigen Attraktionen  
und Raubtierdressuren.  
Täglich wechselnd. Programm.

Casino-Theater  
Volbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr  
Stürme der Geisterwelt erregt  
die neue urkomische Posse  
Arturs Flitterwochen.  
Dazu der erstklassige hunte Teil  
Für Attraktionen 1. Rang.  
Sonntag 4 Uhr: Die Hochkaplerin.

Walhalla-Theater  
Weinbergsweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr:  
Parole: Walhalla!  
Große Jahresrevue.  
Borgungskarten haben stets Gültigkeit.  
Voigt-Theater.  
Donnerstag, den 27. März 1913:  
Gastspiel in Pabstmanns Theater,  
Schönhauser Allee 148.  
Ein christlicher Maffler.  
Vollständ. mit Ges. in 4 Akten v. Drehten.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Borngänge! Donnerstag, 3. April:  
Zum Verweis ihr Hans Kniespel:  
Im Jernbanke.

Folies Caprice.  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Die Novitäten.  
Des Löwen Erwachen.  
Bunter Teil.  
Floh Seitenprünge.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Berliner Theater.  
8 Uhr: Filmzauber.  
Theater in der Königgrätzer Straße  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.



### Schweres Automobilunglück.

Drei Personen getötet — fünf Personen schwer verletzt.

Ein furchtbarer Zusammenstoß zwischen einer besetzten Automobilmaschine und einem Straßenbahnwagen der Linie 87 erfolgte in der Nacht zum Mittwoch kurz vor 2 Uhr auf der Treptower Chaussee, nahe der Freiarchenbrücke. Der Anprall war so heftig, daß das Automobil fast vollständig zertrümmert und der Vorderperson des Straßenbahnwagens demoliert wurde. Alle sieben Insassen des Automobils und der Chauffeur wurden auf die Chaussee geschleudert und blieben schwer verletzt liegen. Bei zwei der Verunglückten trat der Tod nach wenigen Minuten ein und auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb noch eine dritte Person. Die fünf anderen Personen fanden im Krankenhaus am Urban und im Krankenhaus Bethanien Aufnahme. Drei von diesen Schwerverletzten schweben noch in Lebensgefahr. Das Unglück geschah auf der Rückfahrt von einer Vergnügungstour. Die Schuldfrage ist noch nicht aufgeklärt.

#### Die Liste der Toten.

Arbeiter Paul Gierke aus der Muskauer Straße 20 (Leichenschauhaus).

Reichenträger August Peters aus der Muskauer Straße 36 (Leichenschauhaus).

Postkaffner Karl Gabel aus der Muskauer Straße 36 (Krankenhaus Bethanien).

#### Schwerverletzt sind:

Jahntechniker Arthur Duederer aus der Muskauer Straße 22.

Schlosser Hans Dünker aus der Rantaustraße 30 und dessen Frau.

Arbeiterin Auguste Gabel aus der Büdlerstr. 43.

Chauffeur August Kölling aus der Hildegardstr. 24 in Wilmerdsdorf.

Die vier erlagenen Personen liegen im Krankenhaus Am Urban, während der Chauffeur im Krankenhaus Bethanien in ärztlicher Behandlung ist. Alle fünf haben in der Hauptsache Kopfverletzungen erlitten und sind zeitweise noch bewußlos. Bei dem Jahntechniker Duederer wurde auch ein Schulterbruch festgestellt.

Ueber das Unglück wird im einzelnen berichtet: Eine verhängnisvolle Spazierfahrt, die mit einem schweren Unglück endete, machte in der vergangenen Nacht mehrere Bewohner der Muskauer, Rantau- und Büdlerstraße. In der Gastwirtschaft der Witwe Wildgrube saßen Dienstagabend, am „dritten Feiertag“, mehrere Gäste aus der Nachbarschaft beim Glas Bier, als kurz vor 12 Uhr der Führer einer Kraftmaschine mit seinem Wagen vorgefahren kam und ebenfalls einkehrte. Der Mann erzählte, daß er schon drei Tage lang Randaufe feierte und gab einigen der Gäste ein Glas Bier und einen Kognak zum besten. Er schien angekränkt zu sein, während alle anderen Gäste durchaus nüchtern waren. Kurz nach dem Chauffeur kam auch noch der 28 Jahre alte Arbeiter D. Dünker aus der Rantaustraße mit seiner ebenso alten Frau Anna, geborenen Schulz. Diese wunderte sich, daß ein so feines Auto vor der Tür stand, und knüpfte daran die Bemerkung, daß sie noch nie mit einem Kraftwagen gefahren sei und daß eine Autofahrt doch etwas Schönes sein müsse. Der Chauffeur fiel ein, so eine Fahrt könne sie gleich haben, das lasse sich leicht machen. Das Ende der Unterhaltung war, daß der gefällige Wagenführer das Ehepaar Dünker nach Hause bringen wollte und daß die anderen Gäste gleich mitfahren sollten. Auch Frau Wildgrube wurde noch zur Mitfahrt eingeladen. Sie lehnte jedoch ab, weil ihr die Fahrt zur Nachtzeit zu gefährlich erschien, zumal weil der Wagen ohnehin schon stark beschadigt war. Neben dem Führer nahm Dünker Platz. Im Wagen selbst saßen sechs Personen: Frau Dünker, der 41 Jahre alte Postkaffner Karl Gabel aus der Muskauer Straße 36, dessen Schwester, die 28 Jahre alte Arbeiterin Auguste Gabel aus der Büdlerstraße 43, der 62 Jahre alte Reichenträger August Peters aus der Muskauer Straße 36, ein Witwer, und zwei Junggesellen, der 25 Jahre alte Jahntechniker Arthur Duederer aus der Muskauer Straße 22 und der 47 Jahre alte Zimmermann Paul Gierke aus der Muskauer Straße 20. Einige von ihnen waren nur in Hauskleidung, weil sie ganz aus der Nähe gekommen waren, um in ihrem Stammlokal noch einen Abendstopp zu trinken.

Der ursprüngliche Plan, nur noch Hause zu fahren, wurde gleich aufgegeben, ob mit Wissen und Willen der Fahrgäste, läßt sich noch nicht sagen. Frau Wildgrube, die dem Wagen nachsah, wunderte sich, daß er gleich die ganze Muskauer Straße hinunter, an der Rantaustraße vorbeifuhr, und verlor ihn dann aus den Augen. Wohin die Fahrt weiter gegangen ist, ob durch den Treptower Park oder über Treptow hinaus, weiß man noch nicht, ebensowenig, ob man noch irgendwo eingelehrt ist.

Kurz vor zwei Uhr kam der Straßenbahnmotorwagen 2934 der Linie 87 (Schöneberg-Treptow) durch die Schlesische Straße, um nach dem Straßenbahnhof in Treptow zu fahren. Es war der letzte Wagen auf dieser Strecke. Jenseits der Freiarchenbrücke sah der Führer, daß ihm auf der Chaussee ein Mißwagen entgegenkam, gleich darauf erbllickte er in einiger Entfernung hinter dem Mißwagen die Scheinwerfer eines sehr schnell fahrenden Kraftwagens. Als sich 60 Meter hinter der Brücke an der Laterne 3 auf Treptower Gebiet Straßenbahn- und Mißwagen in gleicher Höhe befanden, hatte der Kraftwagen, es war der Wagen mit den Gästen der Frau Wildgrube, den Mißwagen fast erreicht. Was nun sein Führer wollte, kann der Führer des Straßenbahnwagens nicht sagen. Er sah nur, daß er plötzlich seinen Wagen in voller Fahrt nach links bis auf die andere Straßenseite und dann gleich wieder nach rechts herumtrieb, als ob er zunächst den Mißwagen überholen und dann zwischen Straßenbahn- und Mißwagen hindurchfahren wollte. Der Führer des Motorwagens bremste mit voller Kraft und ließ auch seinen ganzen Sandvorrat auf die Schienen laufen, um den unvermeidbaren Zusammenstoß nach Möglichkeit zu mildern. Der Kraftwagen hatte aber so starke Fahrt, daß er doch mit voller Wucht auf die vordere Plattform des Straßenbahnwagens aufstieß. Der Anprall war so gewaltig, daß das Automobil in Stücke zerbrach und der Motorkasten sich in den Bordteil des Straßenbahnwagens hineinbohrte. Einem lauten Ausschrei der Fahrgäste folgte das Krachen der zerbrochenen Wagentheile und das Klirren der zertrümmerten Scheiben, dann ein herzerstöhrendes Jammern und Schreien der Schwerverwundeten. Einige der Insassen des zertrümmerten Automobils flogen auf die Straße hinaus und blieben besinnungslos liegen. Andere krochen aus den Trümmern hervor, schleppen sich bis auf den Bürgersteig und brachen dort ebenfalls bewußlos zusammen. Große Blutlachen zeichneten noch gestern vormittag die Unglücksstelle. Fahrgäste des Straßenbahnwagens, acht Personen, die zum größten Teil mit dem Schreden davon kamen, riefen die Feuerwehr zur Hilfe, die alsbald mit Rettungsgeräten erschien. Ihr bot sich ein erschreckendes Bild. An der Stelle der Vermählung lagen zwei Menschen tot, der Reichenträger Peters und der Zimmermann Gierke. Der Kraftwagenführer und seine anderen Fahrgäste lagen noch mit zerbrochenen Knochen und aus schweren Schnittwunden blutend, ohne Besinnung da. Die beiden Leichen wurden sofort nach Berlin in das Schauhaus gebracht, die Schwerverwundeten nach der Hiltzstraße am Wörlicher Bahnhof und von dort nach dem Krankenhaus, der Chauffeur und Gabel nach Bethanien, Duederer, Dünker und Frau und Fräulein Gabel nach dem Urban. In Bethanien erlag Gabel bald nach der Aufnahme seinen Verletzungen. Alle anderen liegen noch besinnungslos daneben. Der Chauffeur kam

auf kurze Zeit zu sich, fragte verwirrt, was geschehen sei und wo er sich befinde, verlor dann aber gleich wieder das Bewußtsein. Auf dem Straßenbahnwagen erlitten der Führer und einer der Fahrgäste, ein Kaufmann Güttner, leichtere Verletzungen. Die übrigen Fahrgäste blieben unverletzt.

Von den Getöteten war Gabel Familienvater. Seine Frau ist augenblicklich verzeilt und wurde durch den Draht von dem Unglück benachrichtigt. Der beiden Kinder von 10 und 12 Jahren nahm sich vorläufig Frau Wildgrube an. Das Kind des Schwerverletzten Ehepaars Dünker wurde zu Verwandten gebracht.

Zur Untersuchung des Unglücks und besonders der Schuldfrage wurde noch in der Nacht die Kriminalpolizei gerufen. Sie nahm die Unglücksstelle mit dem schwerbeschädigten Straßenbahnwagen und den Trümmern des Kraftwagens photographisch auf. Der Fahrpreisanzeiger stand auf 1,50 M. Wäre der Wagen von der Gastwirtschaft der Frau Wildgrube, die er gegen 12 1/2 Uhr verließ, bis zur Zeit des Unglücks ohne Unterbrechung gefahren, so hätte der Preis wesentlich höher stehen müssen. Ob nun der Anzeiger zeitweilig, vielleicht während der Fahrt durch den Park, ausgeschaltet gewesen ist, oder ob die Gesellschaft noch irgendwo eine Gastwirtschaft aufgesucht hat, wird sich erst feststellen lassen, wenn die Verwundeten sich soweit erholt haben, daß sie vernommen werden können. Der verunglückte Wagen ist ein ziemlich neuer Opelwagen, der einem Fuhrwerksbesitzer in Wilmerdsdorf gehört. Wer ihn die letzten Tage und in der Unglücksnacht gefahren hat, ließ sich noch nicht feststellen.

### Partei-Angelegenheiten.

Tempelhof. Am Freitagabend 7 Uhr erfolgt im zweiten Gemeindevorstand für die am Sonntag stattfindende Nachwahl zur Gemeindevertretung eine Auvotverteilung. Die Genossen der anderen Bezirke werden ersucht, sich daran zu beteiligen und sich in den Lokalen von Martin Müller, Ringbahnstr. 42, Forstsch. Ringbahnstraße Ecke Germaniastraße, und Schreiter, Gottlieb-Dunkel-Straße 59, einzufinden.

### Berliner Nachrichten.

#### Vom Wagen der Kirche.

Einen kleinen Einblick in den kirchlichen Haushalt Berlins gibt der neue Haushaltsplan der Berliner Stadtmode für das Jahr 1913. Die Aufstellung des Etats schließt in Einnahme und Ausgabe mit 544114 M. ab, also mit nahezu 5 1/2 Millionen Mark. Soweit es sich um die Ausgaben handelt, so werden aus den Mitteln der Stadtmode 745892 Mark für Beihilfen zu Pfarrgehältern, 44321 Mark für Beihilfen zu Einkommen von Kirchenbeamten, 10383 Mark an Gehälter für Stadtvikare, 432657 Mark für allgemeine Verwaltung, 11100 Mark für dauernde Kosten der Stadtmode, 49596 Mark für Beihilfen zu sonstigen persönlichen Ausgaben geleistet. Die Schuldenverwaltung beträgt 964496 Mark, während zu landeskirchlichen Umlagen 2012582 Mark Beiträge zu leisten sind.

Um zu dem Zentralfriedhof in Stahnsdorf zu gelangen, mußte ein Kraftwagenbetrieb Bannsee-Südwestkirchhof eingerichtet werden, der trotz der hohen Fahrpreise noch einen Zuschuß von 25000 Mark erforderte. Dieser Zuschuß fällt nunmehr fort mit der Eröffnung der Eisenbahn.

Die Einnahmen der Stadtmode sind in der Hauptsache die Kirchensteuern. Man hat versucht, in diesem Jahre wiederum mit einem Kirchensteuererlass von 20 Prozent zum Austritt aus der Landeskirche nicht noch mehr Stoff zu liefern. Es sind an Kirchensteuern 4800000 Mark Einnahme angenommen, das sind 150000 Mark mehr als im Vorjahre. Bemerkenswert ist noch die geplante Erwidderung des Kirchensteuerbureaus der Stadtmode. Hoffentlich wird endlich dafür gesorgt, daß die fortgesetzten Verlästigungen derjenigen Personen aufhören, die seit Jahren aus der Landeskirche ausgeschieden sind, aber immer wieder von der Stadtmode zur Zahlung von Kirchensteuern veranlagt werden. Es ist nicht selten, daß Personen veranlagt werden, die schon vor Jahren der Synode den Nachweis geliefert haben, daß sie zu Unrecht veranlagt wurden und daraufhin von der Zahlung der Steuer befreit werden mußten. In einer geordneten Verwaltung sollte man derartige Vorkommnisse nicht für möglich halten. Es scheinen überhaupt nicht unerhebliche Steuersummen zu Unrecht erhoben zu werden, wenn man bedenkt, daß im Etat für Steuerrückzahlungen die Summe von 51000 Mark eingesetzt worden ist.

Die oben angegebenen Ziffern lassen nur einen kleinen Einblick in das kirchliche Getriebe in Berlin tun. Klarer sehen könnte man erst, wenn man die von den einzelnen Kirchengemeinden zusammengebrachten Gelder in die Aufstellung einbeziehen würde, die aus Trauungen, Taufen, aus dem Betrieb der Kirchhöfe u. a. oft sehr reichlich fließen. Und wenn man dann noch die von der katholischen Kirche aufgebrauchten Mittel hinzunimmt, so würde sich zeigen, in welcher Weise die Berliner Bevölkerung der Kirche tributpflichtig ist.

Von der Kirche kann nur der zur Leistung von Steuern nicht herangezogen werden, der mit der Kirche gebrochen und gerichtlich seinen Austritt aus der Landeskirche erklärt hat.

#### Kinder bei öffentlichen Tanzlustbarkeiten.

Das Landgericht Berlin II hatte die Gastwirtin Ruhm auf Grund der vom Regierungspräsidenten zu Potsdam erlassenen Polizeiverordnung vom 7. März 1904 zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie es zugelassen habe, daß schulpflichtige Kinder von einer an den Saal grenzenden Veranda durch die geöffneten Saalfenster dem öffentlichen Tanze zusahen. Die Verordnung bestimmt, daß schulpflichtige Kinder während der Dauer der öffentlichen Tanzlustbarkeiten in allen dazu benutzten Räumen sich nicht aufhalten dürfen sowie nicht in Räumen, von wo aus sie dem Tanze zusehen können.

Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision und führte aus: Die fragliche Bestimmung sei rechtmäßig. Und zwar aus denselben Erwägungen wie die Bestimmungen, die die Beschränkungen des Besuchs der Kinematographentheater durch Kinder vorsehen. Es solle verhütet werden, daß Kinder etwas in ihr Gemüt aufnehmen, was ihnen nicht frommt und in seiner Fortwirkung auch auf ihre Gesundheit schädlich einwirkt. Vor gewissen Erregungen ihres Gemüts, die ebenfalls auf die Gesundheit der Kinder schädlich wirkten, sollten sie bewahrt werden.

Von den Volksbibliotheken der Stadt Berlin hat die 20. Bibliothek (Nadensstraße) schon seit vielen Jahren stets die stärkste Benutzung aufzuweisen gehabt. Im Etatsjahr 1911

dem letzten, aus dem ein Zählungsergebnis abgeschlossen vorliegt — ließ diese Bibliothek 150 652 Bände aus, so daß hier bei einem Bücherbestand von rund 10 000 Bänden jeder Band durchschnittlich 15 mal weggegeben wurde. Die 20. Bibliothek wurde, wie die Mehrzahl der Volksbibliotheken Berlins, an allen Wochentagen je drei Stunden und an Sonntagen zwei Stunden offen gehalten, aber selbst diese bisher längste Betriebszeit hat im Etatsjahr 1912 sich schließlich als unzureichend erwiesen. Im Etatsjahr 1913 wird nun für die 20. Bibliothek eine noch längere Betriebszeit eingeführt: die Bibliothek wird an den Wochentagen je 6 Stunden (von 3 Uhr nachmittags ab) und an Sonntagen 2 Stunden offen gehalten, so daß für die ganze Woche ein 38 stündiger Betrieb sich ergibt. Eingeführt wird dieselbe Betriebszeit sogleich auch für die 9. Bibliothek (Wilmsstraße), bei der infolge ähnlich starker Benützung der Betrieb von 38 Stunden pro Woche gleichfalls dringend nötig ist. Im Etatsjahr 1911 ließ diese Bibliothek 101 618 Bände aus, das bedeutete bei ihrem Bestand von 12—13 000 Bänden durchschnittlich 8 Ausleihungen pro Band. Von den 26 übrigen Volksbibliotheken werden 16 den bisherigen Betrieb von 20 Stunden pro Woche (an allen Wochentagen je drei Stunden, an Sonntagen zwei Stunden) beibehalten, und 10 wollen sogar mit dem Betrieb von nur sechs Stunden pro Woche (Mittwoch, Sonnabend, Sonntag je 2 Stunden) weiter auskommen. Zu den letzteren gehören neben den schwachbenutzten Bibliotheken auch einige mit noch ganz leidlicher Benützung, z. B. die 27. Bibliothek (Frenzlaue Allee) und die 12. Bibliothek (Turnstraße), die 42 192 und 40 941 Bände in 1911 ausliehen. Die schwächstbenutzte Bibliothek war in 1911 mit nur 10 400 ausgeliehenen Bänden die 23. Bibliothek (Olivaer Straße).

#### „Jugendpflege“ nebst Stockhieben!

Durch die Presse geht eine Mitteilung über das Jüchtigungsrecht der Fortbildungsschullehrer. In einem Streitfall habe das Reichsgericht entschieden, daß in Preußen an den gewerblichen Fortbildungsschulen den Lehrern das Jüchtigungsrecht zusteht.

Diese Nachricht bringt nichts Neues. Daß hinsichtlich der körperlichen Jüchtigung die Schüler gewerblicher Fortbildungsschulen noch den Volksschülern gleichgestellt werden und die Rechtspredung das billigst ist längst bekannt. Aber in unserer Zeit des „Jugendpflege“-Rummels ist es gut, daß allen, die es angeht, diese Tatsache immer mal wieder vor Augen gerückt wird. Ganz eigenartig muß die Wirkung der „Jugendpflege“ eines Fortbildungsschullehrers sein, der vielleicht im Laufe einer Unterrichtsstunde ein halbes Duzend seiner Schüler durchwisch und zum Schluß die ganze Klasse zur Beteiligung an einem gemächlichen Beisammensein, an einer gemeinschaftlichen Wanderung, an Turnen und Spiel usw. einlädt.

Großen vom Gebrauch des Jüchtigungsrechtes sind aus Pflichtfortbildungsschulen Berlins gelegentlich im „Vorwärts“ bekanntgegeben worden. Unter den Lehrern sind hier mit etwa 70 Prozent die nur nebenamtlich an Fortbildungsschulen beschäftigten Gemeindevolksschullehrer vertreten, denen ja die Aufgabe, auch Ohrfeigen und Stockhiebe als Erziehungsmittel zu probieren, nichts Fremdes ist. Um die Anwendung des Jüchtigungsrechtes gegen Fortbildungsschüler richtig würdigen zu können, muß man berücksichtigen, daß die Schüler der Pflichtfortbildungsschulen junge Leute im Alter bis zu 17 Jahren sind.

Schülern höherer Lehranstalten wird schon sehr viel früher eine Feinsüßigkeit zugetraut, die ihnen die körperliche Jüchtigung als entehrend erscheinen ließe. In den neunklässigen höheren Lehranstalten darf schon ein Untersekundaner nicht mehr geprügelt werden. Ein in Untersekunda noch prügelnder Lehrer hätte nicht nur ein Disziplinarverfahren, sondern auch eine Verleumdungsklage zu gewärtigen und würde dabei böse hineinfallen. In die Untersekunda gelangen viele Schüler bereits mit Vollendung des 14. Lebensjahres, sie sind also hier nicht älter als die entlassenen Volksschüler, die in die Fortbildungsschule übergehen.

Wir wiederholen: es ist gut, immer wieder auf diese Sonderstellung der Fortbildungsschüler hinzuweisen. Für den „höheren Schüler“ kann bei normalem Aufwuchs schon nach dem 14. Lebensjahr der Zeitpunkt eintreten, wo kein Lehrer mehr ihn antasten darf. Aber der Gaudverleherling und der Arbeitskurche, die Schüler der Pflichtfortbildungsschule, bleiben bis zum 17. Lebensjahr unter der Fuchtel ihrer Lehrer. Noch dem Siebzehnjährigen kann es passieren, daß er vor versammelter Klasse dem Lehrer das Gesicht darbieten muß, um eine Tracht Hiebe in Empfang zu nehmen. Gegen jeden Schüler der Pflichtfortbildungsschule steht dem Lehrer das Jüchtigungsrecht zu, wie gegen ein Volksschulkind.

Werk's euch, ihr Arbeiterkinder, die ihr jetzt aus der Volksschule entlassen worden seid und in die Fortbildungsschule übergehen sollt! Ihr euch und eure Kameraden gelten noch auf weitere drei Jahre die Ohrfeigen und Stockhiebe als sozusagen „landesgemäße“ Erziehungsmittel. Im übrigen aber werden eure Lehrer durch die „Jugendpflege“ euch „nahe zu kommen“ suchen.

#### Bejuchtsordnung für die Königl. Museen im Sommerhalbjahr.

Das Alte und Neue Museum, das Kaiser-Friedrich- und Kunstgewerbe-Museum, das Museum für Völkertunde sowie die Sammlung für deutsche Volkskunde sind an den Sonntagen und an den zweiten Tagen der höheren Feste im April bis September von 11 1/2—4 Uhr geöffnet. Montags bleiben die Museen wegen der Reinigung geschlossen; ausgenommen hiervon ist das Museum für Völkertunde, das Montags geöffnet und dafür Dienstags geschlossen wird, damit wochentags stets eines der Museen an der Königsgraben- und Pring-Albrecht-Straße dem Publikum zugänglich ist. An den übrigen Wochentagen werden die Museen um 10 Uhr morgens geöffnet und um 4 Uhr geschlossen, nur im Kaiser-Friedrich-Museum erfolgt wochentags die Schließung um 6 Uhr nachmittags. Die Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums ist wochentags von 10—10 Uhr geöffnet. Am Himmelfahrtstage und am ersten Pfingstfeiertage bleiben die Museen geschlossen. Der Besuch der Museen ist unentgeltlich, bis auf das Kaiser-Friedrich-Museum, in welchem Dienstag und Mittwoch 50 Pf. Eintrittsgeld erhoben werden.

#### Heberfall in der Reichenberger Straße.

Ein räuberischer Heberfall ist gestern vormittag in dem Hause Reichenberger Str. 63 verübt worden. Dabei wurde die Heberfallene, eine Frau Hochschild, durch einen Schlag am rechten Arm erheblich verletzt. Zu dem Vorfall, der große Aufregung verursachte, erfahren wir folgendes: In dem Hause Reichenberger Str. 63a be-

# Aus der Frauenbewegung.

## Bürgerliche Frauen an der Hebung des Kellnerinnenstandes.

Seit Jahren arbeiten bürgerliche Frauenvereine an der Hebung des Kellnerinnenstandes. Die Triebfeder dieser Vereine ist die Kellnerinnen mehr vor religiösen und sittlichen Gefahren zu schützen, als die wirtschaftliche Besserstellung der Kellnerinnen in erster Linie zu erstreben. Durch die wirtschaftliche Hebung dieser Arbeiterinnen werden die von den Frauen bürgerlichen Couleurs an erste Stelle gerückten Missetaten von selbst auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Zurzeit ist diese Frage durch die Bekämpfung der Kaminierkneipen in München wieder aktuell geworden. 13 Frauenvereinigungen hatten eine Versammlung einberufen, welche sich mit den Schäden, die Kaminierkneipen und deren Bekämpfung befaßte. Die Frauenvereine bleiben mit ihren Forderungen auf halbem Wege stehen, oder sie verlangen unmögliches. So verlangten 5 Frauenvereine 1910 in einer Eingabe an den bayerischen Landtag eine gesetzliche Bestimmung, daß Mädchen erst nach vollendetem 21. Jahre den Gastwirtschaftsbetrieben angeschlossen werden dürfen. Die schlechten Verhältnisse, unter denen die Kellnerinnen zu arbeiten gezwungen sind, würden dadurch nicht beseitigt. In wirkungsvoller Weise vertrat damals Abg. Timm (Soz.) die Forderungen der Gastwirtschaftsangehörigen, unter Hinweis auf die vorhandenen Schäden. Das von den genannten Vereinen sonst noch gefordert wurde, ist inzwischen mit teilweisem Erfolg von dem Verband der Gastwirtschaftlichen in Angriff genommen worden.

In München allein gibt es jetzt 5000 Frauen und Mädchen, die ihr Brot ehrlich und hauer als Kellnerinnen verdienen müssen. Die Forderung von Kellnerinnen und Kellnerinnen ist eine sehr große. In sehr vielen Geschäften werden auch die Filiales von den Kellnerinnen „ausgebildet“. Die Zahl der Filiales, Bier- oder Wasserkrügerinnen (in Bierrestaurants nennt man die weiblichen Lehrlinge Bier- in Cafés Wasserkrügerinnen), erreicht oft die Zahl der Kellner und Kellnerinnen. In vielen Geschäften sind mehr Lehrlinge als Gehilfen oder Gehilfinnen beschäftigt. Eine weitere Ursache für den Kellnerinnenstand sind die kleinen Wirtschaften, denen die Mittel für eine Kellnerin angeblich nicht reichen. Es wird das Küchenmädchen zur Bedienung verwendet um zugleich Lohn zu sparen, und alsobald ist die Kellnerin fertig.

Durch das Erfahren des Verbandes und durch die Flucht an die Öffentlichkeit ist es besser geworden. Noch gibt es aber „Arbeitsgeber“, die keinen Lohn zahlen, keine Kost und keine Wohnung gewähren und dazu noch bis zu 2,50 M. pro Tag an Abgaben von den Kellnerinnen verlangen. So erreichen die Abgaben, welche die Kellnerinnen eines Großbetriebes an und für den Arbeitgeber zu leisten haben, die Summe von 35 000 M. pro Jahr. Die Abgaben der Kellnerinnen setzen sich in den verschiedensten Geschäften aus Bruch- und Puggeld, Abgaben für den Filialen, das Bier- oder Wasserkrügerinnen und Bezahlung der zum aufschreiben von Speisen und Getränken verwendeten Papierblöcke zusammen. Vereinzelt ist noch die Kuchhilfe zu bezahlen, sowie die Benutzung der Toilette. Besonders häufiger Restaurantbesitzer begnügen sich damit nicht. Obwohl sie tägliches Bruchgeld fordern, sind getrocknete Sachen extra zu bezahlen. Die meisten Gäste wissen nicht, daß die von ihnen gelesenen Tageszeitungen und Wochenschriften in noch manchen Geschäften von den Kellnerinnen bezahlt werden müssen. Staats- und Gemeindebetriebe sind auch in diesem Falle keine Ausnahmen. Ja, im städtischen Stadtkeller haben die Kellnerinnen noch täglich 1,30 M. an Abgaben zu leisten.

Durch diese Verhältnisse hat die Organisation gute Fortschritte gemacht. Der Verband der Gastwirtschaftlichen zählt 800 Kellnerinnen zu seinen Mitgliedern in München. Außer einem Arbeitgeberverein, der 700 Mitglieder zählt, hat der Verband mit 30 anderen Großbetrieben Tarifverträge abgeschlossen, die 1914 endigen. Wenn durch die abgeschlossenen Tarife die Verhältnisse nicht wie notwendig gebessert wurden, so ist doch die Grundlage geschaffen, auf der weiter gebaut werden kann. Es sind mindestens 1000 Kellnerinnen, welche die ersten Anfänge des Tarifes genießen. Die wichtigsten Mindestforderungen sind die Verringerung jeder Abgaben, ein monatlicher Lohn von 16 M. nebst freier Kost, Beseitigung des unentgeltlichen städtischen Arbeitsnachweises und die Bezahlung der Kuchhilfen mit täglich 1,25 M. bis 2,50 M. Die bestehenden Forderungen lassen die mitleidige Lage der Kellnerinnen deutlich erkennen.

Der Kreis derjenigen Arbeitgeber, die „freiwillig“ Verbesserungen schaffen, wächst ständig. Während vor drei Jahren die Ausschillen nichts oder das übliche „Fußgänger“ erhielten, ist auch die vom Verband geforderte Bezahlung üblich geworden. Die gemäßigten Stellenvermittlung ist auf ein Minimum herabgedrückt. 200 Anzeigen wurden seit Bestehen des neuen Gesetzes erteilt, die bezweckten, daß nur noch fünf Stellenvermittlerinnen vorhanden sind. Die Vergangenheit lehrt auch hier, daß alle Eingaben bürgerlicher Frauenvereine, so wohlgemeint sie auch sein mögen, nichts nützen. Dauernde und durchschlagende Besserung kann nur durch die freigezweckliche Organisation erreicht werden.

**Marktpreise von Berlin am 25. März 1913.** nach Ermittlungen des k. k. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,76 bis 19,90, mittel 19,54—19,66, geringe 19,30—19,42. Roggen, gute Sorte 16,23—16,35, mittel 16,19—16,31, geringe 16,15—16,17 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,30, mittel 16,10—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,40—17,70, mittel 16,10—17,30 (frei Wagen und ab Bahn). Reis (mitz), gute Sorte 14,45—14,80. Reis 5,70—7,00.

**Marktschillingenpreis.** 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speiseerbsen, weiße 30,00—30,00. Linsen 30,00—30,00. Pastoffeln (Reinweiß) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kale 1,60—3,20. Rander 1,60—3,60. Hühner 1,60—2,60. Gänse 1,20—2,40. Schafe 1,40—3,20. Bleie 0,90—1,60. 60 Stück Kresse 4,00—24,00.

### Witterungsübersicht vom 26. März 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Zwettende	772R		1	wolkig	3	Kaparang	754	SW	2	bedeckt	1
Darmstadt	772SD		3	wolkig	2	Wien	765B		1	wolkig	2
Berlin	772SD		2	heiter	2	Stettin	769D		3	wolkig	8
Frankfurt a. M.	766RD		2	wolkig	3	Flensburg	767E		2	wolkig	5
München	766D		4	bedeckt	4	Paris	761WRD		4	bedeckt	4
Wien	768WRD		2	bedeckt	6						

### Wetterprognose für Donnerstag, den 27. März 1913.

Zunächst vorwiegend heiter, nachts wieder sehr kühl, um mittag ziemlich mild bei lebhaften östlichen Winden; nachher zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 25. 3.		am 24. 3.		Wasserstand	am 25. 3.		am 24. 3.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Elbe	423	+4	423	+4	Saale, Großh.	100	-2	100	-2
Regel, Elbe	133	+13	133	+13	Saale, Ganderh.	72	+2	72	+2
Weiße, Elbe	210	+7	210	+7	Elbe, Rathenow	119	-2	119	-2
Dier, Elbe	208	+18	208	+18	Elbe, Bismarck	84	-6	84	-6
Kroffen, Elbe	141	+1	141	+1	Elbe, Bismarck	90	+3	90	+3
Frankfurt, Elbe	144	+3	144	+3	Elbe, Bismarck	234	-8	234	-8
Saale, Elbe	90	-4	90	-4	Elbe, Bismarck	334	+2	334	+2
Saale, Elbe	74	+1	74	+1	Elbe, Bismarck	488	+2	488	+2
Rehe, Elbe	29	+15	29	+15	Elbe, Bismarck	284	+2	284	+2
Elbe, Elbe	92	+11	92	+11	Elbe, Bismarck	334	+2	334	+2
Dresden, Elbe	-50	-37	-50	-37	Elbe, Bismarck	218	-5	218	-5
Harz, Elbe	103	-3	103	-3	Elbe, Bismarck	197	+9	197	+9
Magdeburg, Elbe	154	+2	154	+2	Elbe, Bismarck	305	-6	305	-6

+) + bedeutet Hoch, - Niedrig. -) Unterpegel.

findet sich eine Filiale der Weingroßhandlung Hermann Meyer u. Co., A.-G., die von der Witwe Hochschild betrieben und verwaltet wird. Kurz vor 10 Uhr erschien in dem kleinen Laden ein etwa zwanzigjähriger junger Mann, der ziemlich heruntergekommen ausah und kaufte eine kleine Flasche Sfor. Er bejahte mit einem Zwieswerg und als die Verkäuferin ihm darauf herausgeben wollte, zog er plötzlich eine Schußwaffe aus der Tasche hervor und richtete sie gegen die Frau. Unwillkürlich hielt die Bediente den rechten Arm schützend vor das Gesicht und nur dieser Geistesgegenwart hat sie wahrscheinlich ihr Leben zu verdanken, denn der Schuß, den der Mann auf sie abgab, drang in den rechten Oberarm, dicht hinter dem Ellenbogen ein. Der Räuber verließ dann noch die Ladenkasse zu plündern, ließ jedoch davon ab, als auf das Hilfeschrei der Frau Hochschild Hausbewohner herbeikamen und stürzte. Er lief in die Dicht neben dem Laden befindliche Küche und sprang durch das offene Fenster auf den Hof. Als er hier mehreren Hausbewohnern begegnete, lief er in das Haus zurück und rannte auf den Boden, wo er sich versteckte. Unglücklicherweise hatte niemand der Hausbewohner darauf geachtet, wohin der Räuber geflohen war und man glaubte er sei entkommen. Inzwischen bemühte man sich um die ohnmächtig gewordene Leberläse und brachte sie zu einem in der Nähe wohnenden Arzt. Dieser stellte fest, daß die Armverletzung glücklicherweise nicht gefährlich war. Frau H. konnte, nachdem ihr ein Notverband angelegt worden war, sich nach ihrer Wohnung zurückbegeben. Die Kugel befindet sich noch im Fleische und wird erst durch einen operativen Eingriff entfernt werden. — Der Verbrecher hielt sich etwa drei Viertelstunden auf dem Boden verborgen und verließ sein Versteck erst, als sich das Publikum wieder zerstreut hatte. Er ging dann ruhig die Treppen hinauf und entkam unbehelligt. Ihm waren zwei Hausbewohner begegnet, die aber von dem Vorfalle noch keine Kenntnis hatten. Diese glaubten in dem jungen Menschen einen Bettler zu sehen. Die Kriminalpolizei hat sofort umfangreiche Nachforschungen nach dem Räuber angestellt. Gewandt ist nichts worden.

Schulen	Zahl der Schüler	Gemeindezuschuß pro Schüler	Schulgelder pro Schüler	Gesamtkosten pro Schüler
Realschule	625	180,48	140,16	320,64
Oberrealschule	884	104,07	138,80	242,87
Gymnasium u. Oberlyzeum	841	122,71	144,11	266,82
Höhere Lehrstellen	2350	131,06	139,11	270,17
Gemeindeschulen	6484	105,94	16,57	122,53

Die hier gegebene Zahl der Gemeindeschüler ist die von Ende 1912. Sie kann als annähernd richtig angenommen werden, weil der im laufenden Jahre zu erwartende Zugang durch die Abwanderung nach den neuen Mittelschulen ausgeglichen werden dürfte. Aus vorstehender Zusammenstellung ergibt sich, daß die Gemeinde für einen Schüler der höheren Lehranstalten im Durchschnitt 131,06 M. aufwendet, während ein solcher der Gemeindeschulen 105,94 M. erfordert. Die obigen Zahlen zeigen, ein wie großer Unterschied zwischen den Gesamtkosten eines höheren und denen eines Gemeindeschülers liegt. Während die Durchschnittszahl für die höheren Lehranstalten 270,17 M. beträgt, beläuft sie sich für die Gemeindeschulen auf 122,53 M. Die Differenz zwischen Gemeindeaufwand und Gesamtkosten wird bei den höheren Lehranstalten durch Schulgelde, bei den Gemeindeschulen durch eine geringe Staatsbeihilfe, die Alterszulagen-Entscheidungen für die Volksschullehrer aus der Staatskasse und Schulgelde für Reichsausländer und Auswärtige ausgeglichen. Wenn man angesichts dieser Zahlen das bei jeder Gelegenheit erhobene Lamento des hiesigen Grundbesitzes über seine ungeheure Belastung durch die Gemeindeschulen richtig würdigt, so haben die Herrschaften wahrlich wenig Grund zum Klagen. Sind doch die höheren Lehranstalten in der Hauptsache in ihrem Interesse geschaffen worden. Man wollte finanzkräftiges Publikum nach Pankow ziehen, was ja teilweise gelungen ist. Dem Grundbesitz kam es aber neben dem steuerkräftigen vor allem auf das mietzahlungssträfige Publikum an. Daher die erheblichen Anforderungen für die hohen Schulen. Daher werden, um diese existenzfähig zu erhalten, Jahr für Jahr ganz erhebliche Summen (im laufenden Jahre 41 580 Mark) für auswärtige Schüler an den höheren Lehranstalten von Gemeindegeldern aufgebracht — ein recht hübsches Extragehäufel an den Grundbesitz. Groß war natürlich das Geschrei der Grundbesitzer über die Schulgeldfreiheit von Reichsausländern an den hiesigen Gemeindeschulen und ohne Bedenken hat man vor kurzem diesen zum Teil Beamten der Armen ein Schulgeld von 88 M. pro Schüler aufgedrückt und ihnen eine Vagante wegen — es sollen mit dem Schulgeld für Auswärtige zusammen dafür im laufenden Jahre 9000 M. aufkommen — die Bildungsmöglichkeit erschwert. Mit Pauken und Trompeten hat man dagegen der Errichtung von Mittelschulen zugestimmt, nicht zum mindesten in der Erwartung, damit indirekt dem Grundbesitz genügt zu haben. Aus alledem erwächst für unsere Vertreter in der Gemeindevertretung die Pflicht, nicht nur unermüdlich auf den weiteren Ausbau der Gemeindeschule zu dringen, sondern vor allem auch auf die gelegentlich der Mittelschulberatungen so emphatisch in Rede gestellte Benachteiligung des Gemeindeschulwesens ein wichtiges Augen zu haben.

### Schöneiche (Nieder-Barnim).

Gemeindeverordnetenwahl. Für den aus der Gemeindevertretung geschiedenen Gemeindevorordneten Wiebel ist eine Ersatzwahl notwendig geworden, die schon am Freitag, den 28. d. M., stattfindet. Knapp eine Woche — wozu noch Karfreitag und die Osterfeiertage abgehen — hat man den Wählern der dritten Klasse Zeit gelassen, um die Vorbereitungen zur Wahl zu treffen. Unsere Partei-Genossen haben beschlossen, sich der Wahl zu enthalten, da der mit den Forderungen getriebene Anflug (der durch die Gründung eines neuen Grundbesitzervereins diesmal bis zum Höhepunkt gesteigert wird) die Stimme der Arbeiterschaft vollständig erdrückt. Die Arbeiterschaft wird dafür in eine Kleinigkeit für den Wahlverein eintreten, damit der bevorstehende Landtagswahlkampf mit Erfolg betrieben werden kann.

### Pankow.

Neuer eine unliebsame Arbeitskonkurrenz wird aus Arbeiterkreisen Klage geführt. Anfangs voriger Woche wurde beobachtet, daß in dem Garten des Restaurants „Rindspark“ an der Stahndorfer Straße vier Chauffeure unter Leitung eines hier wohnenden Straßenmeisters mit Planierungs- und Befestigungsarbeiten beschäftigt waren. Da der Straßenmeister wie auch die Chauffeure Arbeiter im Dienste der Provinzial- oder Kreisverwaltung stehen und von dieser bezahlt werden, könnte man annehmen, daß die Arbeiten ohne Wissen und Willen der zuständigen Verwaltung ausgeführt werden. Sollte diese Annahme nicht zutreffen, dann wäre dies höchst bedauerlich, denn gerade zur jetzigen Zeit, wo das Bauwerk am Orte daniederliegt, sind hier sehr viele Arbeiter beschäftigungslos, die gern bereit wären, derartige Arbeiten auszuführen. Wie von glaubwürdiger Seite berichtet wird, ist die Ausführung derartiger Privatarbeiten durch Chauffeure bereits öfter beobachtet worden.

### Potsdam.

Die gewerbliche Fortbildungsschule hat gegenwärtig 782 Zwangsschüler und 34 freiwillige Schüler. An der Anstalt sind außer vier hauptamtlichen Lehrern 18 Lehrer und zwei Praktiker nebenamtlich beschäftigt. Wöchentlich werden 108 Stunden erteilt, davon werden 28 Stunden am Sonntagvormittag gegeben. Nachdem durch den Gemeindevorstand vom 8. November 1912 der Reorganisationsplan genehmigt worden ist, soll nunmehr dem Prinzip der berufsmäßigen bzw. sachmäßigen Ausbildung der Lehrlinge in erhöhtem Maße Rechnung getragen werden. Der Unterrichtsplan soll so eingerichtet werden, daß die Lehrlinge eines Gewerbes oder doch verwandter Gewerbe in drei aufsteigenden Klassen unterrichtet werden, sofern eine hinreichende Zahl von Schülern vorhanden ist. Die Zahl der Schüler wird dadurch, daß auch die auswärtig wohnenden Lehrlinge, welche hier lernen, die Schule besuchen müssen, auf 950—1000 steigen. Es sind folgende Klassen in Aussicht genommen: eine dreiklassige Enderklasse für Bäcker und Konditoren, eine ebensolche für Bau- und Kunstschlosser, ferner für Tischler, für Maler und Lackierer und für Maschinenbauer; zweiklassige Enderklassen sind vorgesehen für Barbier, für Mechaniker, für Dreher und Formner, für Tapezierer und für das graphische Gewerbe; eine einklassige Enderklasse erhalten die Schmiede. Für die Schuhmacher, Sattler, Schneider, Klempner und Installateure, für Maurer und Zimmerleute werden Gruppenklassen gebildet. — Die kaufmännischen Fortbildungsschulen werden gegenwärtig von 156 männlichen und 138 weiblichen Angehörigen des Kaufmannstandes besucht. Es werden wöchentlich 78 Stunden in beiden Schulen erteilt. Die Schule für weibliche Angestellte enthält sieben, die für männliche Angestellte sechs Klassen. Sämtliche Klassen werden von einem Oberlehrer geleitet, außer welchem noch 15 Lehrer nebenamtlich beschäftigt sind.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Weißensee. Deuts Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, und morgen Freitag, 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Albertstr. 6, Staatsberatung.  
Nieder-Schönhausen. Freitag, den 28. März, nachmittags 6 Uhr, Gemeindevertretungssaal.  
Vorhwalde-Wittenau. Deuts nachmittags 5 Uhr im Rathaus, Staatsberatung.  
Germersdorf bei Berlin. Freitag, den 28. März, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dieckmann, Krefeld. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Bornworts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

findet sich eine Filiale der Weingroßhandlung Hermann Meyer u. Co., A.-G., die von der Witwe Hochschild betrieben und verwaltet wird. Kurz vor 10 Uhr erschien in dem kleinen Laden ein etwa zwanzigjähriger junger Mann, der ziemlich heruntergekommen ausah und kaufte eine kleine Flasche Sfor. Er bejahte mit einem Zwieswerg und als die Verkäuferin ihm darauf herausgeben wollte, zog er plötzlich eine Schußwaffe aus der Tasche hervor und richtete sie gegen die Frau. Unwillkürlich hielt die Bediente den rechten Arm schützend vor das Gesicht und nur dieser Geistesgegenwart hat sie wahrscheinlich ihr Leben zu verdanken, denn der Schuß, den der Mann auf sie abgab, drang in den rechten Oberarm, dicht hinter dem Ellenbogen ein. Der Räuber verließ dann noch die Ladenkasse zu plündern, ließ jedoch davon ab, als auf das Hilfeschrei der Frau Hochschild Hausbewohner herbeikamen und stürzte. Er lief in die Dicht neben dem Laden befindliche Küche und sprang durch das offene Fenster auf den Hof. Als er hier mehreren Hausbewohnern begegnete, lief er in das Haus zurück und rannte auf den Boden, wo er sich versteckte. Unglücklicherweise hatte niemand der Hausbewohner darauf geachtet, wohin der Räuber geflohen war und man glaubte er sei entkommen. Inzwischen bemühte man sich um die ohnmächtig gewordene Leberläse und brachte sie zu einem in der Nähe wohnenden Arzt. Dieser stellte fest, daß die Armverletzung glücklicherweise nicht gefährlich war. Frau H. konnte, nachdem ihr ein Notverband angelegt worden war, sich nach ihrer Wohnung zurückbegeben. Die Kugel befindet sich noch im Fleische und wird erst durch einen operativen Eingriff entfernt werden. — Der Verbrecher hielt sich etwa drei Viertelstunden auf dem Boden verborgen und verließ sein Versteck erst, als sich das Publikum wieder zerstreut hatte. Er ging dann ruhig die Treppen hinauf und entkam unbehelligt. Ihm waren zwei Hausbewohner begegnet, die aber von dem Vorfalle noch keine Kenntnis hatten. Diese glaubten in dem jungen Menschen einen Bettler zu sehen. Die Kriminalpolizei hat sofort umfangreiche Nachforschungen nach dem Räuber angestellt. Gewandt ist nichts worden.

### Von einem Balken erschlagen.

Gestern vormittag gegen 10 1/2 Uhr wurde der Monteur Gustav Dreße, in Lichtenberg, Niederbarnimstr. 19 wohnhaft, auf dem Neubau Hochstr. 6/7 von einem herabstürzenden Balken getroffen. Er brach sofort infolge Genickbruchs tot zusammen.

Seinen Verletzungen erliegen ist der 48 Jahre alte Maurer August Hoheisel aus der Lüttenberg Str. 1. Der Mann, der verheiratet und Familienvater ist, wurde vor 14 Tagen beim Ueberfahren des Fahrdammes am Böttcher Bahnhof von einem Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden geworfen. Er erlitt dabei eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen er gestern im Krankenhaus verstarb.

Verlesen wurde am Sonntag, den 23. d. Mts, nachts zwischen 1—2 Uhr, auf dem Wege Kiehlstraße, Ecke Karpenteierstraße bis Cuvrystraße eine Damentasche 81 635/253. Der Finder wird gebeten, dieselbe bei Schöning, Cuvrystr. 43, abzugeben.

Bei der Parteiliste des sechsten Kreises am Karfreitag ist ein Schirm einem Genossen in Verwahrung gegeben worden. Der Betreffende wird um Angabe seiner Adresse im Bureau des Wahlvereins, Neue Hochstr. 23, gebeten.

# Vorort-Nachrichten.

## Schöneberg.

Großfeuer brach gestern nachmittags in der Hauptstr. 73 aus. Bei Ankunft der Löschzüge stand der Dachstuhl des Hauses schon in ganzer Ausdehnung in Flammen und das Feuer hatte auch bereits einen Weg nach dem rechten Seitensügel gefunden. Nach einstündiger Löschstätigkeit war die Gewalt des Brandes gebrochen. Der Dachstuhl des rechten Seitensügels brannte bis zum Treppenhause nieder. Mit der vollständigen Ablösung und den Aufräumungsarbeiten hatte die Wehr noch bis in die achte Abendstunde hinein zu tun. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

## Stralau.

Lebhafte Klagen werden über die der Stralauer Glashütte gehörigen drei Wohnhäuser geführt, die vom Volkstum als Armenhäuser bezeichnet werden. Jedes dieser drei Häuser enthält 24 Wohnungen. Wie uns nun berichtet wird, genügen diese Wohnungen keineswegs den Anforderungen großstädtischer Verhältnisse. Vor allen Dingen läßt die Wasserversorgung viel zu wünschen übrig. Von dem Haus O, wird behauptet, daß dessen Bewohner sehr oft an Wassermangel zu leiden haben. Zurückgeführt wird dieser Mangel auf die Tatsache, daß alle drei Häuser von einem Rohr gespeist werden. Ein solcher Zustand bildet für die Bewohner eine Gefahr, die sich besonders in Brandgefahren bemerkbar macht. Zudem kann infolge öfteren Fehlens von Wasser nicht immer für die erforderliche Reinhaltung der Klosetts Sorge getragen werden, so daß vom Standpunkt der Hygiene die ernstesten Bedenken vorhanden sind. Da in den Häusern auch Kellerräume fehlen, sind die Bewohner derselben gezwungen Heizmaterialien auf dem Boden aufzubewahren, ein Zustand, der eine gesteigerte Feuergefahr in sich birgt. Die Bewohner der Häuser sind mit wenigen Ausnahmen bei der Firma beschäftigt. Hausverwalter ist ein Angehöriger der Firma, von dem behauptet wird, daß er ein strenges Regiment führt. Namentlich wird darauf gedrungen, daß jeder Mieter pünktlich seine Miete entrichtet. Umso mehr sollte auch erwartet werden, daß die Direktion für Abstellung vorhandener Missetaten Sorge trägt. Daß solche Klagen über die Gesellschaft überhaupt vorgebracht werden müssen, wird schon deshalb verwunderung erregen, weil der Direktor derselben in der Gemeinde den Anschein zu erwecken sucht, als ob er ein Freund und Förderer von Wohlfahrtsanstalten wäre.

## Ober- und Nieder-Schönweide.

Mit der bevorstehenden Gewerbeerichtswahl wird sich heute, Donnerstag, den 27. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Restaurant Barock, Wilhelminenhofstr. 18, eine Arbeitgebersammlung beschäftigen. Die parteigenösslichen Arbeitgeber werden ersucht, für den Besuch dieser Versammlung zege sie agilitieren.

## Pankow.

Die Pankower Schulverhältnisse waren anlässlich der letzten Etatsberatung Gegenstand eingehender Erörterung. Vom Bürgermeister wurde hierbei auch darauf verwiesen, daß im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden das Verhältnis der Kosten eines Schülers der höheren Lehranstalten zu denen eines solchen der Gemeindeschulen zugunsten der letzteren ausfalle. Wie weit dies zutrifft, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls sollte dieser Hinweis eine Art Trost sein für das arme Verhältnis zwischen den Gemeindeaufwendungen für höhere und Gemeindeschulen. Ein Vergleich zeigt denn auch, wie erheblich höher die Ausgaben der Gemeinde für einen Schüler der ersten gegenüber einem solchen der letzteren sind. Neben den sechs Gemeindeschulen besitzt Pankow zurzeit an höheren Lehranstalten: ein Realgymnasium, eine Oberrealschule und ein Lyzeum mit Oberlyzeum. Außerdem treten mit dem 1. April d. N. die vor kurzem von der Gemeindevertretung beschlossenen Mittelschulen ins Leben, wozu die Mädchenmittelschule zunächst im Anschluß an das Seminar als Lehrgangsschule für Seminaristinnen errichtet wird. Letztere Schulgebäude lassen naturgemäß noch keine Schlüsse zu. Mit Einschluß der gewerblichen Fortbildungsschule betragen im Rechnungsjahr 1913 die Gesamtkosten für die Schüler Pankows 1 447 900 M., das ist auf den Kopf der Bevölkerung (55 250 Einwohner am 1. März d. J.) 26,20 M., wovon 18,22 M. durch die Gemeinde und 7,98 M. durch Schulgelde usw. aufzubringen